

VIII. Vereine und Interessenverbände auf überregionaler (cisleithanischer) Ebene

von

WERNER DROBESCH

1. *Verbandewesen und Staatspatriotismus in Vormärz und Neoabsolutismus*

„Die Zeit der poetischen Träumereien geht für Österreich zu Ende, der Ernst bemächtigt sich seines jungen Geistes, die politische Bühne verdrängt die Theaterhelden und die Welthändler treten an die Stelle der Backhändler.“¹⁾ Mit diesen Worten – geschrieben im Zusammenhang mit dem Anwachsen des literarisch-politischen Diskurses in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts – hat der Metternichkritiker Adolph Wiesner über den Wandel im politischen Leben des österreichischen Vormärz eine treffende Diagnose gestellt. Tatsächlich neigte sich eine Ära ihrem Ende zu. Davon betroffen war auch die Organisierung der politischen Interessen. Von der Plattform einer kryptopolitischen Ersatzöffentlichkeit, nämlich den Salons, verlagerte sich die politische Diskussion zunehmend auf die Ebene einer neuen Sozialform, den Verein. Außerhalb des altständischen politischen Gefüges konstituierten sich zwar nicht ausschließlich, aber doch maßgeblich im lokalen Bereich „Assoziationen“, „Societäten“ und „Gesellschaften“ sowie – noch vereinzelt – Vereinigungen mit einem nicht nur regionalen Vertretungsanspruch.

Die neue Form privater Interessenorganisierung bot sich als Vermittlungsinstanz zwischen Regierung, Staatsapparat und privater Initiative an. Die Haltung der staatlichen Stellen zu den Assoziationen war und blieb, wie die Vereinsgesetzgebung und die Handhabung der Vereinsgesetze zeigen, nicht eindeutig. Nicht zu übersehen ist, daß man staatlicherseits ab etwa 1830 das Assoziationswesen zu fördern begann. Andererseits standen einzelne politische Repräsentanten dem Vereins- bzw. Verbandewesen reserviert gegenüber. Noch galten die Vereine als „deutsche Pest“²⁾. Eindeutig politische Organisationen wurden per legem verboten, unpolitische an die staatliche Kandare genommen. Überhaupt gestaltete sich die Vereinsgesetzgebung bis 1867 repressiv. Vereine hatten sich

¹⁾ *Grenzbote* 1844, 2. Semester, Bd. 1, 138 zitiert nach HUBERT LENGAUER, *Ästhetik und liberale Opposition. Zur Rollenproblematik des Schriftstellers in der österreichischen Literatur um 1848* (=Literatur in der Geschichte, Geschichte in der Literatur 17, Wien – Köln 1986) 65.

²⁾ Vgl. LUDWIG AUGUST FRANKL, *Erinnerungen*, hg. von Stefan Hock (=Bibliothek deutscher Schriftsteller aus Böhmen 29, Prag 1910) 292.

ausschließlich auf Geselligkeit, Bildung, sozial-karitative Aktivitäten und die Ökonomie zu beschränken. In einer Atmosphäre, die selbst „in den größeren Städten fast nur Spielgesellschaften“ gestattete, „wo man anfangs Kaffee oder Tee trank und dabei von Theater, Mode und Stadtneuigkeit sprach, dann aber auch einige Stunden die Karten in die Hand nahm“³⁾, waren der Ausbildung eines den Gesamtstaat umfassenden oder wenigstens überregionalen Verbändewesen enge Grenzen gesetzt.

Es überrascht daher nicht, daß sich bis zum Vereinsgesetz des Jahres 1867 ein Vereinswesen mit einem länderübergreifenden Organisationsnetz in Form eines Verbandes nur marginal etablieren konnte⁴⁾. Das heißt aber nicht, daß die Staatsführung diesbezüglichen Bestrebungen grundsätzlich negativ gegenübergestanden wäre. Trotz des Festhaltens an einer restriktiven Vereinspolitik stellte man sich die Frage nach den Möglichkeiten einer Einbindung der Assoziationen in das bestehende politische System, ohne jedoch den Vorrang der staatlichen Autorität über den privaten Bereich nur im geringsten in Frage zu stellen.

Faktum ist, daß Verbände im engeren Sinne des Wortes bis in die dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts nicht existierten. Allerdings gab es lokale Vereinigungen mit einem das gesamte Staatsterritorium umfassenden Vertretungsanspruch. Mit ihren der Herkunft nach aus verschiedenen Kronländern stammenden aristokratischen Mitgliedern stellte die „k. k. Gesellschaft der Musikfreunde des österreichischen Kaiserstaates“ (1812) den ersten Versuch dar, zumindest im Vereinsnamen einem österreichischen Gesamtstaatsbegriff zu entsprechen⁵⁾. Doch

³⁾ IGNAZ BEIDTEL, *Geschichte der österreichischen Staatsverwaltung 1740–1848*, mit einer Biographie desselben aus seinem Nachlaß, hg. von Alfons Huber, 2 Bde. (Innsbruck 1896 und 1898), hier II: 1792–1848. Mit einem Anhang: Übersicht der österreichischen Kirchengeschichte von 1848 bis 1861, 95.

⁴⁾ Den folgenden Ausführungen liegt für die Zeit nach 1867 der durch das Vereinsgesetz vom 15. November 1867, REICHSGESETZBLATT FÜR DAS KAISERTUM ÖSTERREICH [RGBl.] Nr. 134, vorgegebene Verbands-Begriff zugrunde. Demnach werden unter dem Terminus „Verband“ jene Organisationen subsumiert, „deren Wirksamkeit sich durch Zweigvereine auf mehrere Länder erstreckt, sowie ... Verbände von Vereinen, welche mehreren Ländern angehören“ (§ 11). Das heißt aber nicht, daß Vereine, deren Aktivitäten sich auf den regionalen bzw. lokalen Bereich beschränkten oder – wie im Falle der politischen Vereine – sich beschränken mußten (§ 33), von der Thematik ausgeschlossen bleiben. Gerade während des Vormärz und zum Teil noch im Neoabsolutismus traten lokale privatrechtliche Organisationen als Vertreter überregionaler Interessen gegenüber den staatlichen Stellen auf und nahmen so den Charakter eines länderübergreifenden Vereines an, der in den Willensbildungs-, Entscheidungs- und Vollzugsprozeß der staatlichen Politik eingriff bzw. einbezogen wurde. Zu den rechtlichen Aspekten der Verbandsbildung vgl. das Kapitel „Die räumliche Ausdehnung der Vereine und die Vereinsverbindungen“ in KARL HUGELMANN, *Studien zum österreichischen Vereins- und Versammlungsrechte* (Graz 1879) 103–119.

⁵⁾ Zu ihren prominenten Mitglieder zählten u. a.: Anton Graf Appony, Moritz Graf Dietrichstein, Michael Graf Esterházy, Friedrich Landgraf zu Fürstenberg, Franz Grillparzer, Josef Edler von Henikstein, Karl Edler von Henikstein, Bernhard Freiherr von Knorr, Josef Fürst Lobkowitz, Josef Graf Pergen, Maria Anna Gräfin Pöck, Louis Freiherr Prandau, Matthäus Rosthorn, Antonio Salieri, Friedrich Graf Stadion, Rudolf Graf Wallis, Friedrich Weckbecker; vgl. RICHARD VON PERGER, ROBERT HIRSCHFELD, *Geschichte der k. k. Gesellschaft der Musikfreunde in Wien*,

blieb die Gründung ein Einzelfall. Vieles spricht dafür, daß staatlicherseits kein Interesse bestand, derartige private reichsumspannende Initiativen zu legalisieren. 1816 beeinspruchten Kommerzhofkommission und niederösterreichische Landesregierung die vom Wiener Großhändler Heinrich Hopf nach französischen und englischen Vorbildern betriebene Gründung eines „Vereines zur Beförderung der vaterländischen Gewerbebetriebsamkeit“, obwohl dieser fernab der Politik zu agieren beabsichtigte und lediglich bestrebt war, der „gerade damals in einem Zustande der Depression sich befindende[n] Industrie den nötigen Aufschwung“ zu geben, „um die Konkurrenz mit dem Ausland aushalten zu können“⁶⁾.

Der entscheidende Anstoß zur Duldung von Vereinen ging von der ökonomischen Krise am Beginn der dreißiger Jahre aus. Unter den Auspizien einer Neugestaltung der Industrie- wie Gewerbepolitik begann die Staatsbürokratie die Möglichkeiten des „Bewußtseins freier und selbständiger Wirksamkeit“ als Ergänzung zu den eigenen Absichten zu erkennen⁷⁾. Angesichts einer „durch vieljährige außerordentliche Auslagen geschwächten Ökonomie“ setzte der Staat auf private Initiative und war bereit, seine gesellschaftsbestimmende Omnipotenz, zumindest was die Ökonomie betraf, zurückzunehmen. Das war die Stunde der Vereine, für die sich eine doppelte Chance eröffnete: zum einen als Schaltstelle für eine institutionelle Verzahnung von staatlichen Interessen mit jenen der aufstrebenden bürgerlichen Gesellschaft, zum anderen durch ihre Instrumentalisierung im Zusammenhang mit der Ausbildung bzw. Verfestigung der staatlichen Einheit. Beides paßte gut in das Konzept der Metternichschen Politik. Primär erblickte man nun im überregionalen Verbändewesen nicht nur ein taugliches Mittel zur Überwindung der ökonomischen Misere, sondern auch – auf lange Sicht gesehen – eine Möglichkeit, partikularistische Tendenzen im Kaiserstaat einzubremsen und die Kronländer wie die Nationalitäten stärker dem Gesamtstaat zu verpflichten. In zweiter Linie ging es auch darum, das Verhältnis von privaten bürgerlichen Wirtschaftsinteressen einerseits und der Staatspolitik andererseits auf eine neue Grundlage zu stellen. Das schlug sich in konkreten Gesetzen nieder. Aktiengesellschaften (1822), dann die Gewerbe- und Industrievereine (1817, 1838) und zuletzt die Sparkassen (1844) erhielten eine gesetzliche Basis. Damit geriet das Vereins- und Verbändewesen in das Spannungsfeld von Staat und bürgerlicher Gesellschaft, und es half mit, daß der moderne Staatsgedanke mit seinem Glauben an die abstrakte Norm das vormärzliche Österreich zu durchdringen begann⁸⁾.

hg. von der Direktion der k.k. Gesellschaft der Musikfreunde in Wien (Wien 1912) 7; sowie MORIZ VON STUBENRAUCH, Statistische Darstellung des Vereinswesens im Kaiserthume Österreich. Nach amtlichen Quellen bearbeitet (Wien 1857) 348.

⁶⁾ JOHANN SLOKAR, Geschichte der österreichischen Industrie und ihrer Förderung unter Kaiser Franz I. Mit besonderer Berücksichtigung der Großindustrie und unter Benützung archivalischer Quellen verfaßt (Wien 1914) 212.

⁷⁾ FRIEDRICH ENGEL-JANOSI, Der Wiener Juridisch-politische Leseverein. Seine Geschichte bis zur Revolution; in: Mitteilungen des Vereines für die Geschichte der Stadt Wien 4 (1923) 58–66, hier 58.

⁸⁾ EBD.

Trotz aller noch bestehenden Hemmnisse setzte seit den dreißiger Jahren die Konstituierung eines überregionalen Verbändewesens ein. Vor dem Hintergrund einer ambivalenten Haltung der politischen Stellen, die einerseits – wie im Falle des gescheiterten Versuches einer Zusammenführung der Landwirtschaftsgesellschaften von Steiermark, Kärnten und Krain – überregionale Zusammenschlüsse zu fördern bestrebt waren, andererseits sich aber Verbandsbildungen auch entgegenstemmten, formierten sich in Überwindung regionaler Interessen Früh- und Vorformen eines über die Kronlandsgrenzen hinausgreifenden Verbändewesens: der „Verein zur Beförderung der Gewerbs-Industrie in Steiermark und Illyrien“ (1837, 1843 zum „Verein zur Beförderung und Unterstützung der Industrie und der Gewerbe in Innerösterreich und dem Lande ob der Enns mit Salzburg“ umbenannt), oder der „Geognostisch-montanistische Verein für Innerösterreich und das Land ob der Enns“ (1846). Anders als im Falle des „Vereines zur Ermunterung des Gewerbsgeistes in Böhmen“ (1828) oder des „Niederösterreichischen Gewerbevereines“ (1839, ein Jahr zuvor als „Österreichischer Gewerbeverein“ gegründet) handelte es sich hierbei nicht um regionale Industrievereine. Vielmehr erstreckten sie – und das war das Modellhafte – ihren Wirkungskreis auf mehrere Kronländer und wurden zum Sammelbecken eines überregional agierenden Industriebürgertums. Ganz offenkundig deckte sich im Falle dieser Gründungen die private Initiative mit dem Bestreben der Regierung, neue, dem nationalen Prinzip entgegengesetzte Verwaltungseinheiten zu schaffen⁹⁾. Nicht umsonst umfaßte der „Innerösterreichische Gewerbeverein“ neben den Gebieten mit einer mehrheitlich deutschsprachigen Bevölkerung auch erhebliche Teile des slowenischsprachigen Siedlungsgebietes. Rasch dehnte er sich aus. 1845 hatte er bereits Zweigniederlassungen in Laibach (Ljubljana), Klagenfurt (Celovec), Steyr, Linz, Ried, Gmunden und Waidhofen an der Ybbs. 1847 kam Salzburg hinzu¹⁰⁾. Parallel mit der regionalen Ausbreitung erhöhten sich die Mitgliederzahlen rasant: von 357 Mitgliedern im März 1838 auf 2391 im Jahre 1847¹¹⁾; und die Mitglieder rekrutierten sich nicht nur aus den innerösterreichischen Ländern, sondern aus der gesamten Monarchie.

⁹⁾ Vgl. HELMUT RUMPLER, Zentralistische Reichspolitik oder Germanisierung? Zum nationalpolitischen Gehalt der Politik der Wiener Regierung gegenüber Illyrien-Krain von der Revolution 1848 zum Neoabsolutismus; in: HELMUT RUMPLER, ARNOLD SUPPAN (Hgg.), Geschichte der Deutschen im Bereich des heutigen Slowenien 1848–1941/Zgodovina nemcev na območju današnje Slovenije 1848–1941 (=Schriftenreihe des Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts 13, Wien – München 1988) 63–84; HERBERT MATIS, Österreichs Wirtschaft 1848–1913. Konjunkturelle Dynamik und gesellschaftlicher Wandel im Zeitalter Franz Josephs I. (Berlin 1972) 46; OTTO HWALETZ, Zur ökonomischen, sozialen und ideologisch-politischen Formierung des industriell-gewerblichen Bürgertums. Das Beispiel der Industrievereine; in: ERNST BRUCKMÜLLER, ULRIKE DÖCKER, HANNES STEKL, PETER URBANITSCH (Hgg.), Bürgertum in der Habsburgermonarchie (Wien – Köln 1990) 177–204, hier 198 Anm. 38.

¹⁰⁾ SLOKAR, Industrie 219.

¹¹⁾ HWALETZ, Industriell-gewerbliches Bürgertum 198 Anm. 29.

Tabelle 19: HERKUNFT DER MITGLIEDER DES „INNERÖSTERREICHISCHEN GEWERBEVEREINES“
(ENDE 1838/1847)

	Ende 1838	1847
Steiermark	353	458
Kärnten	338	170
Krain	168	121
Österreich unter der Enns	56	140
Österreich ob der Enns	34	1342
Salzburg	–	160
Küstenland	26	–
Böhmen	16	–
Ungarn	4	–
Mähren	2	–
Venedig + Ionische Inseln	2	–
Tirol	1	–
Dalmatien	1	–

Quelle: OTTO HWALETZ, Zur ökonomischen, sozialen und ideologisch-politischen Formierung des industriell-gewerblichen Bürgertums. Das Beispiel der Industrievereine; in: ERNST BRUCKMÜLLER, ULRIKE DÖCKER, HANNES STEKL, PETER URBANITSCH (Hgg.), Bürgertum in der Habsburgermonarchie (Wien – Köln 1990) 177–204, hier 198 Anm. 29.

Sicher dominierte im „Innerösterreichischen Gewerbeverein“ das deutsche Element. Das bedeutete jedoch nicht, daß er ausschließlich die Interessen des deutschsprachigen Wirtschaftsbürgertums vertrat, wie überhaupt nationale Überlegungen im Vereinsleben anfangs eine geringe Rolle spielten. Daher war ein deutsch-slowenisches Problem auch nicht existent. Belastender waren die breite regionale Streuung und die branchenmäßige wie soziale Divergenz in der Mitgliederstruktur (Adelige, industrielle Großbürger, Kleingewerbetreibende, Beamte). In Verbindung mit einem Provinzialpartikularismus erzeugte das eine Interessenheterogenität, die nur schwer auszugleichen war und die die Chancen einer Mitgestaltung bzw. Mitsprache in wirtschaftspolitischen Fragen auf staatlicher Ebene erheblich verringerte¹²⁾. Die Herstellung einer Verbindung zu den staatlichen Instanzen zählte unerschwinglich zu einem der vorrangigen Vereinsziele. Doch stellte sich das Problem der Zusammenarbeit zwischen Regierung und Staatsadministration für den „Innerösterreichischen Gewerbeverein“ noch nicht. Einerseits war die Beamtenschaft zahlenmäßig zu gering vertreten, andererseits durfte er noch keine gezielte Interessenpolitik, sondern nur Fortbildung betreiben. Daher traten jene Konflikte, wie sie wenig später im Falle des „Niederösterreichischen Gewerbevereines“ zutage traten, nicht auf. Anders als dieser enthielt sich der „Innerösterreichische Gewerbeverein“ des Anspruchs auf eine Mitgestaltung der staatlichen Wirtschaftspolitik. Dennoch war mit seiner Konstituierung ein Schritt zur Befreiung der Ökonomie aus der staatlichen Be-

¹²⁾ DERS., Zur sozialen Zusammensetzung des innerösterreichischen Industrie- und Gewerbevereines; in: Zeitschrift des Historischen Vereins für Steiermark 78 (1987) 267–276, hier 273.

vormundung ebenso wie zur Institutionalisierung privater wirtschaftsliberaler Anliegen einer bürgerlich–aristokratischen Elite auf überregionaler Ebene getan worden.

Wirtschaftspolitisch bedeutsamer war das Auftreten des mitgliederschwächeren „Niederösterreichischen Gewerbevereines“ (1839), der 1846 1129 Mitglieder zählte. Er wurde zum Sammelpunkt führender Unternehmer (u. a. Heinrich Edler von Coith, Michael Spörlin, Christian Georg Hornbostel, Rudolf Arthaber) sowie der Hochbürokratie (Ferdinand Graf Colloredo–Mannsfeld, k.k. General-Hofbau–Direktor, als Vorstand). Als gesamtterritorialer Verband, d.h. als „Österreichischer Gewerbeverein“, geplant, hatte er eine Einschränkung seines Wirkungsbereiches auf das Kronland Österreich unter der Enns zu akzeptieren, was ihn nicht daran hinderte, sich zum wirksamsten Forum großbürgerlich–aristokratischer Unternehmerinteressen mit dem Ziel einer zeitgerechten Gewerbe- und Industriepolitik für den Gesamtstaat zu entwickeln. Er war „der einzige Ort, wo die Intelligenz der Stände sich zusammenfand zu gemeinsamem Streben, wo [es] dem Bürger gestattet war, sich mit allgemeinen Angelegenheiten zu befassen, außer seinem privatlichen Geschäftskreis eine allgemeine, nutzbringende, anregende und dadurch sich selbst lohnende Tätigkeit zu üben“¹³). In ihm wurden Perspektiven einer künftigen österreichischen Wirtschaftspolitik diskutiert, so zum Beispiel die Auswirkungen des künftigen Suez-Kanals auf den österreichischen Außenhandel. Mehr noch: Er beeinflusste bis 1848 im Rahmen von Begutachtungen und der Entwicklung handelspolitischer Perspektiven mitunter die Zoll-, Gewerbe- und Musterschutzgesetzgebung nachhaltig. Damit war sein Betätigungsfeld nicht erschöpft. Ihm übertrug das Hofkammerpräsidium nämlich auch die jährliche Abfassung eines Berichtes über den Zustand der österreichischen Industrie und des staatlichen Handels. Wenngleich ihm staatlicherseits ein breites Aktivitätsfeld zugestanden wurde, wäre es übertrieben, ihn als die bestimmende wirtschaftliche Interessenvertretung im vormärzlichen Österreich zu klassifizieren. Er füllte zwar ein (wirtschafts-)politisches Vakuum aus, letztlich blieben seinem Wirken aber noch Grenzen gesetzt. Wie die übrigen Gewerbevereine blieb er über weite Strecken ein Instrument der staatlichen Wirtschaftspolitik. Andererseits – das war der moderne Zug – repräsentierte er „die Öffentlichkeit gegenüber dem bürokratischen Geheimwesen“, wirkte er „auf die politische und soziale Bildung nicht allein der Vereinsmitglieder, sondern auch auf die Arbeiter“ ein, brachte „Kenntnisse und Gedanken in Kreise ..., wohin sie, durch eine träge und absolute Regierung verhindert, niemals oder spät gedrungen wären“¹⁴).

Indirekt verflochten sich ökonomische Interessenvertretung und politische Betätigung, was sich in den Märztagen 1848 mit einem „eklatanten Mißtrauensvotum“ gegenüber der Regierung erstmals deutlich manifestierte¹⁵). In diesem

¹³) 50 JAHRE GEWERBLICHER BESTREBUNGEN. Festschrift zur Feier des 50jährigen Jubiläums des Niederösterreichischen Gewerbevereines (Wien 1890) 50.

¹⁴) FRANKL, Erinnerungen 299.

¹⁵) 50 JAHRE GEWERBLICHER BESTREBUNGEN 50.

Zusammenhang ist es kein Zufall, daß die Initiative zur Errichtung der Handelskammern als gewerblich-industrielle Standesvertretung vom „Niederösterreichischen Gewerbeverein“ ausging. Jener vom Hofkammerpräsidenten Karl Friedrich Freiherr von Kübeck zur Ausarbeitung eines Handelskammer-Statuts eingesetzten Kommission gehörten nahezu ausschließlich Gründer des „Niederösterreichischen Gewerbevereines“ an. Aus seinen Reihen kam mit Theodor Hornbostel im Revolutionsjahr 1848 auch der erste Handelsminister. Auf dessen Vorschlag genehmigte der Ministerrat die „provisorischen Bestimmungen in Betreff der Errichtung von Handelskammern“. Das war der Beginn eines staatlich geduldeten wirtschaftspolitischen Engagements großbürgerlicher Kreise.

In einer ähnlich komplexen Beziehung zur Regierung und Bürokratie, aber auch zum politischen Establishment des Kaiserstaates, stand ein anderer lokaler Verein der Metropole Wien, der „Juridisch-politische Leseverein“ (1841), wohl die bedeutendste inoffizielle politische freie Vereinigung während des Vormärz. Obwohl eigentlich kein Verband, sondern nur ein lokaler Verein, übte er nachhaltigen Einfluß auf die Politik aus. Vieles von dem, was im Rahmen der „politischen Abendessen“ und Vortragsabende diskutiert wurde, wirkte als Anregung für die staatlichen Stellen. Mit dem „Leseverein“ eröffneten sich neue Formen des Zusammenwirkens von bürgerlicher Gesellschaft und Staatsmacht, insbesondere durch die enge personelle Verknüpfung von Vereinsorganisation und Staatsbürokratie. Im Gegensatz zu den Gewerbevereinen in der Provinz bildete er das einzige standesübergreifende Gremium, das tief im politisch-wissenschaftlichen Netz der Residenzstadt Wien verankert war. Die Mitglieder entfalteten eine über den Verein hinausgehende und von seinem geistigen Klima inspirierte Tätigkeit. Neben der breiten territorialen Streuung der Herkunft seiner Mitglieder stellte sich das als eine seiner Stärken heraus. Wenngleich alt- bzw. deutschliberales Gedankengut das feste Korsett bildete, definierte er sich weltanschaulich nicht eindeutig. So blieben Konservative und Linksliberale nicht ausgeschlossen. Weniger vielfältig stellte sich das soziale Spektrum dar. Beamte, Advokaten und Professoren (u. a. Joseph von Winiwarter, Joseph Kudler, Johann Springer, Moritz von Stubenrauch, Emil Franz Rössler, Joseph Würth) bildeten den aktiven Kern des „Lesevereines“. Hinzu kamen vormärzliche Oppositionsliteraten wie Anastasius Grün (=Anton Alexander Auersperg), ferner Ständepolitiker wie Franz von Sommaruga, Philipp von Krauß, Anton von Doblhoff-Dier, Alexander Bach, Theodor von Hornbostel, Anton von Schmerling und Leo Graf Thun-Hohenstein¹⁶⁾. Spätere deutschliberale Minister wie Leopold Hasner oder Eduard Herbst erhielten in jungen Jahren durch die Mitgliedschaft im „Leseverein“ ihre geistige Prägung. Es steht außer Frage, daß der Verein jene für sich selbst beanspruchte „Macht der öffentlichen Meinung“ ausüben und bestimmend auf die Gestaltung gesellschaftlicher wie rechtlicher Reformen einwirken konnte. Trotz eines überdurchschnittlichen politischen Aktivismus seiner Mitglieder wäre

¹⁶⁾ WILHELM BRAUNEDER, Leseverein und Rechtskultur. Der Juridisch-politische Leseverein zu Wien 1840 bis 1990 (Wien 1992) 202 f.

es aber unzutreffend, ihn als „Generalstab der politischen Opposition“¹⁷⁾ zu bezeichnen. Jedoch – und das hebt ihn von den anderen Vereinen ab – war er während der März-Revolution der Ausgangspunkt der politischen Mobilisierung. Seine Mitglieder artikulierten in zahlreichen Petitionen deutschliberal-bürgerliche Interessen, machten gegen die Regierung mobil und schalteten sich in die politischen Entscheidungsprozesse ein. Darin liegt auch seine gesamtstaatliche Relevanz. Wie der „Niederösterreichische Gewerbeverein“ setzte er, obwohl nur als lokaler Verein zugelassen, sich mit Fragestellungen der Gesamtstaatspolitik auseinander, nicht nur mit der allgegenwärtigen Frage einer künftigen Konstitution im Habsburgerstaat, sondern ebenso mit dessen künftiger außenhandelspolitischen Orientierung. Für beide war nur eine enge Bindung an die deutschen Staaten denkbar. In einer Vollversammlung am 6. März 1848 beschlossen die „Gewerbevereins“-Mitglieder, eine Note an den Kaiser zu richten, in der sie nebst einer Reihe anderer Maßnahmen für eine Umgestaltung des Staatswesens „ein festes, inniges Anschließen Österreichs an die Interessen des gemeinsamen deutschen Vaterlandes“ forderten. Nur damit könne „das alte, so oft erprobte Vertrauen [zur Regierung] wieder“ gewonnen werden¹⁸⁾. Das waren erste Ansätze zu einer Deutschtums-Ideologie, die dann im deutschnationalen Schutzverein, dem „Verein der Deutschen aus Böhmen, Mähren und Schlesien zur Aufrechterhaltung ihrer Nationalität“ (1848), schon um einiges pointierter gefaßt wurde. Den Intentionen seiner Gründer gemäß sollte er den sich formierenden tschechischen Nationalismus kontrastieren¹⁹⁾.

Jedenfalls waren „Gewerbe-“ wie auch „Leseverein“ in dem sich wechselseitig bedingenden Prozeß einer fortschreitenden Verstaatlichung der Gesellschaft und der sich gleichzeitig durchsetzenden Vergesellschaftung des Staates im Gegensatz zu den „Agricultur-Societäten“ ein gestaltender Faktor der Politik. In ihnen bündelten sich die politischen Hoffnungen und Ziele eines sich emanzipierenden deutschliberalen Wirtschafts- und Bildungsbürgertums, das seinen Anteil an der Staatsmacht reklamierte und dafür bereit war, auf die Barrikaden zu gehen. Den Gesamtstaat stellte man nicht in Frage. In einer ersten Existenzkrise der Monarchie während der Revolution von 1848 verzichtete man auf einen Totalumsturz der Machtverhältnisse und begnügte sich mit einer Staatsreform. Daher verabschiedeten sich die Vertreter des „Gewerbe-“ und des „Lesevereins“ in dem Augenblick von der Revolution, als sie mit der gewährten Konstitution ihr Ziel erreicht zu haben glaubten. Murrte man früher gegen das System Metternich, so „kurz darauf gegen die Revolution“²⁰⁾. Diese versandete wohl auch deswegen, weil zur Artikulation der liberal-konstitutionellen Interessen eine überregionale Organisation in Verbänden fehlte.

¹⁷⁾ Vgl. EBD. 159.

¹⁸⁾ JOSEF BITTNER (Hg.), Festschrift 150 Jahre Gewerbeverein (Wien 1990) 178.

¹⁹⁾ GEORG FRANZ, Liberalismus. Die deutschliberale Bewegung in der Habsburgischen Monarchie (München 1955) 348 ff.

²⁰⁾ Vgl. LEOPOLD KAMMERHOFER, Das politische Vereinswesen und der deutschösterreichische Liberalismus in Zisleithanien von 1867 bis 1879, geisteswiss. Diss. (Wien 1986) 74 f.

Auf der konservativen Seite des politischen Spektrums bestanden vorerst überhaupt noch keine Ansätze zur Verbandsbildung. Der österreichische Katholizismus war in sich gespalten und verfügte bis 1848 nur über eine schmale Basis im Organisationsbereich. Eine dem liberalen Lager entgegengesetzte konservativ-katholische Sammelbewegung mit überregionalen Aktivitäten hatte sich nicht konstituiert. Der „Hofbauer-Kreis“ war bestenfalls ein informelles Forum²¹⁾. Was an Vereinigungen vorhanden war, beschränkte sich in der Organisationsform von Bruderschaften auf Religiös-Kontemplatives. Hinzu kam, daß aufgrund der internen Entwicklung eine Paralyisierung der österreichischen Kirche um sich griff²²⁾. Den Intentionen der katholischen Restaurationsbewegung gemäß richteten sich die Aktivitäten auf die Herausbildung eines „die Grenzen der staatskirchlichen Ordnung tendenziell überschreitenden Selbstbewußtseins des Kirchenvolkes“²³⁾. Der österreichische Gesamtstaat war für die Kirche vorerst kein Anliegen. Erst die katholisch-politische Volks- und Erneuerungsbewegung um Johann Emanuel Veith und Anton Günther während der Revolution von 1848 schuf im „Katholikenverein für Glaube, Freiheit und Gesittung“ ein organisatorisches und geistiges Gremium, das sich überregional zu organisieren begann. Anfangs nur auf Wien beschränkt, wurden bald auch in anderen Kronländern (Niederösterreich, Oberösterreich, Steiermark, Salzburg, Tirol, Böhmen und Mähren) Zweigvereine gegründet, die nicht allein auf die deutschsprachige Bevölkerung beschränkt blieben. Von seiten der kirchlichen Autoritäten, allen voran vom Wiener Erzbischof Vinzenz Eduard Milde, mißtrauisch bis ablehnend behandelt, entwickelte sich der „Katholikenverein“ zu dem Kampfinstrument für die katholische Sache gegen den Liberalismus²⁴⁾. Das Ziel einer freien, vom Staat unabhängigen Kirche in einem Verfassungsstaat vor Augen, opponierte er gegen „die aufklärerische, gottlose Revolution“ der Liberalen im Reichstag von Kroměříž²⁵⁾. Sein Scheitern war vorprogrammiert. Er verfügte nämlich nicht wie die liberalen Gruppierungen über personelle Kontakte zur Staatsbürokratie, war außerdem im Kroměřížer Reichstag schwach vertreten und stand auch dem Restaurations-Gedanken der Regierung Schwarzenberg ablehnend gegenüber. Nach dem politischen Umschwung im Oktober 1848 bekam der „Katholikenverein“ die Rech-

²¹⁾ GERHARD SILBERBAUER, Österreichs Katholiken und die Arbeiterfrage (Graz – Köln – Wien 1966) 14 ff.

²²⁾ Vgl. RUDOLF TILL, Hofbauer und sein Kreis (Wien [1951]).

²³⁾ WALTER SAUER, Katholisches Vereinswesen in Wien. Zur Geschichte des christlichsozial-konservativen Lagers vor 1914 (=Geschichte und Sozialkunde, Forschungen 5, Salzburg 1980) 24.

²⁴⁾ HILDEGARD KRISIANOWSKY, Die Anfänge des katholischen Vereinswesens nach 1848 in Wien, phil. Diss. (Wien 1937) 28 f.; JOHN W. BOYER, Political Radicalism in late imperial Vienna. Origins of the Christian Social Movement 1848–1897 (Chicago – London 1981) 135 f.; ORTWIN HEIM, Die katholischen Vereine im deutschsprachigen Österreich 1848–1855 (=Veröffentlichungen des Internationalen Forschungszentrums für Grundfragen der Wissenschaften Salzburg. N.F. 41 = Publikationen des Instituts für kirchliche Zeitgeschichte 25, Salzburg 1990), insbes. 48–52.

²⁵⁾ SIEGMUND GUGGENBERGER, Die Anfänge der katholischen Volksbewegung in Österreich; in: Volkswohl. Christlich soziale Monatsschrift 13 (1922) 165–170, 196–202, 236–242, hier 197.

nung für seine politische Positionierung unverzüglich präsentiert. Im Gegensatz zu den liberalen Vereinigungen gestattete man ihm nicht, seine Aktivitäten wieder aufzunehmen, weil er einerseits antiliberal war, andererseits dem Ziel einer politischen Restauration im Sinne eines „Bündnisses von Thron und Altar“ fernstand²⁶⁾. Als „ein Kind der jüngsten Revolution“ fiel er der postrevolutionären Politik des Kabinetts Schwarzenberg zum Opfer.

Nach der Niederschlagung der Revolution trat die Verbandsbewegung in eine neue Phase. Die neoabsolutistische Vereinsgesetzgebung (Vereinspatent vom 26. November 1852, RGBl. Nr. 253) unterband jegliche Form einer politischen Partizipation an den staatlichen Entscheidungsprozessen. Konsequenterweise wurde das politische Vereins- und Verbändewesen verboten. Gemäß seinem Ziel, den österreichischen Staatsbildungsprozeß über die Schaffung eines bürokratisch-zentralistischen Einheitsstaates voranzutreiben, nützte der neoabsolutistische Staat jedoch die Vereine für seine Absichten. Man erkannte, daß das „in Österreich immer mächtiger sich entwickelnde Vereinsleben ... unserem geliebten Vaterlande die segensreichsten Früchte bringen“ könnte²⁷⁾. Erstmals wurde den Verbänden im Rahmen der staatlichen Politik eine, wenn auch eingeschränkte politische Funktion zugestanden. Klar ersichtlich ist das an den überregionalen Verbandsbildungen, deren Entstehen im Zusammenhang mit dem Bemühen der Staatsführung, einen „österreichischen Patriotismus“ zu kreieren, zu sehen ist. Die erste Gründungswelle brachte vorwiegend wissenschaftliche, wirtschaftliche sowie kulturelle Verbände hervor: den „Österreichischen Ingenieurs-Verein in Wien“ (1848), den „Central-Verein der Stenographen des österreichischen Kaiserstaates in Wien“ (1849), den „Österreichischer Kunstverein zu Wien“ (1850), den „Reichsforst-Verein in Wien“ (1852), den „Forstverein für die österreichischen Alpenländer in Wien“ (1852), die „Central-Gesellschaft für Flachs- und Hanfcultur“ in Wien (1852), die „k. k. Geographische Gesellschaft in Wien“ (1856) sowie den „Verein für Rübenzuckerindustrie im Kaiserthum Österreich“ (1854). Wenn auch, was die Herkunft der Mitglieder betrifft, vorwiegend auf die Metropole Wien konzentriert, wurde mit diesen Gründungen erstmals ein umfassender überregionaler Anspruch im Sinne eines gesamtstaatlichen Denkens manifest.

Diese Vereine, allen voran die ökonomischen Verbände, paßten gut in das Konzept der neoabsolutistischen Politik. Mit deren Hilfe glaubte die Staatsführung, ihr Programm einer liberal-kapitalistischen Wirtschaftspolitik bei gleichzeitigem Abblocken konstitutioneller Wünsche abstützen zu können. Diese Rechnung ging nicht auf. Besonders schwer wog der Umstand, daß die Verbände nicht Gründungen „von unten“ waren. Die schmale Mitgliederbasis, die fehlende Vernetzung über das gesamte Staatsterritorium in Form von Filialen, sowie die einseitige Mitgliederrekrutierung aus dem aristokratischen bzw. großbürgerlichen Milieu Wiens führten den Anspruch, gesamtstaatlich orientiert zu sein, eigentlich ad absurdum.

²⁶⁾ SAUER, Katholisches Vereinswesen 37.

²⁷⁾ STUBENRAUCH, Statistische Darstellung 367.

Konträr zur Entfaltung des ökonomischen Verbändewesens verlief die Entwicklung im kirchlichen Bereich, der sich in Reaktion auf das Erstarken des Liberalismus nachhaltiger mit den Prinzipien des absolutistischen Staates solidariserte. In beiderseitigem Interesse schlossen sich katholische Kirche und Staat zu einem „Bollwerk gegen die Revolution“ zusammen. Nicht unberührt davon blieb die Entwicklung der katholischen Verbandskultur. Hand in Hand mit der Zurückdrängung der jungkatholischen Bewegung erfolgte unter der Federführung Kardinal Rauschers seitens der kirchlichen Hierarchie eine generelle Neubewertung der Vereinsbewegung. Deren Stellenwert für das öffentliche Wirken des Katholizismus wurde neu definiert und zielte auf eine totale Entpolitisierung ab. Was an katholischen Vereinen die Revolution und Restauration überstanden und, wie der „Katholikenverein“, politische Ambitionen gehabt hatte, wurde im Sinne des neuen Kirchenkurses auf rein religiöse Ziele festgelegt. In den Mittelpunkt der kirchlichen Verbände rückten nun ausschließlich seelsorgliche und karitativ-soziale Anliegen. Als geeignete Organisationsform hiezu wurde nicht der Verein bzw. Verband angesehen, der eine Ausnahme blieb („Verein vom Heiligen Vinzenz von Paul“, 1855, „Katholischer Gesellenverein“, 1852), sondern in Rückgriff auf ein traditionelles Organisationsmuster die Bruderschaft. Das führte zu einer Marginalisierung des katholischen Verbändewesens. Im Sinne des mit dem Konkordat von 1855 geschaffenen „Bündnisses von Thron und Altar“ reduzierten sich die gesellschaftspolitischen Ziele des ohnedies nur schattenhaft existenten katholischen Verbändewesens auf die Sammlung und moralische Aufrüstung der österreichischen Katholiken in der Konfrontation mit dem Liberalismus²⁸). Die Konsequenzen dieses Kurses zeigten sich rasch. Durch die Festlegung auf das Unpolitische entstand, wenn auch nicht überall, ein geistiges Vakuum, das der Deutschliberalismus für seine bessere Positionierung nützte.

Da half es auch nichts, daß sich auf nationaler Basis religiös-kulturelle Verbände zu konstituieren begannen. In Anknüpfung an bestehende regionale Vereinigungen („Društvo sv. Janeza Nepomučna [Verein des Heiligen Johannes von Nepomuk] in Prag (Praha); „Verein zur Herausgabe guter katholischer Bücher“ in Wien; „Društvo sv. Cirila in Metoda“ [Verein der Hll. Cyrill und Method] in Mähren) wurde zur Wahrung und Festigung des „der slawischen Nation sprichwörtlich zukommenden religiösen und sittlichen Geistes“ von Anton Janežič der „Društvo sv. Mohorjeva“ [Verein des Heiligen Hermagoras] (1852) gegründet. Wie andere katholische Kulturorganisationen entwickelte sich der „Društvo sv. Mohorjeva“ zu einer institutionellen Basis nationaler Selbstfindung. Das forderte erst recht den Widerstand der Liberalen und des Staates heraus.

Letztlich fielen diese kirchlichen Vereinigungen der Solidaritätspolitik der kirchlichen Hierarchie mit der Staatsführung zum Opfer. Der Anspruch der katholischen Laien auf ein eigenständiges Handeln hatte sich gegenüber der bischöflichen Vereinsskepsis nicht durchgesetzt. 1860 wurde der „Društvo sv. Mohorjeva“ in eine Bruderschaft, „Družba sv. Mohorja“ [Hermagoras-Bruder-

²⁸) SAUER, Katholisches Vereinswesen 31.

schaft], „welche die Slowenen Innerösterreichs in der Frömmigkeit übe und nebenbei unter ihnen gute katholische Bücher verbreite“²⁹⁾, umgebildet und gänzlich unter bischöfliche Kuratel gestellt. Unberührt von alledem blieb jedoch der kulturpolitische Auftrag, nämlich die Herausgabe von Büchern, „die in einem wohlfeilen und richtigen Slowenisch geschrieben sind“, aufrecht. „Ganz den Intentionen der Staatsmacht und der kirchlichen Führung entsprechend unterließ die Verbandsspitze jegliche direkte politische Einflußnahme auf ihre Mitglieder. Man beschränkte sich auf den in den Satzungen definierten kulturpolitischen Auftrag, der allerdings gleichzeitig auch ein nationaler war. In diesem Punkt unterschied sich die „Hermagoras-Bruderschaft“ nicht von der zur „Pflege des religiösen Empfindens“ gegründeten Wiener „Jednota svätého Methoděje“ [Hl. Method-Verein] (1865) und von der auf Betreiben von Bischof Georg/Juraj Haulik gegründeten kroatischen „Društvo sv. Jeronima“ [Verein des Heiligen Hieronymus] (1867). Sämtliche Bruderschaften wurden fürs erste keine Massenorganisationen. Die „Družba sv. Mohorja“ zählte 1860 in den vormaligen innerösterreichischen Ländern lediglich 1116 Mitglieder und die „Jednota svätého Methoděje“ zum Zeitpunkt der Gründung 300³⁰⁾. Dementsprechend gering blieb vorerst ihre Breitenwirkung.

Insgesamt hatte der Katholizismus mit der Festlegung seines Vereins- und Verbändewesens auf ein nichtpolitisches Agieren eine Chance vertan. So faszinierend der Gedanke war, dem habsburgischen Vielvölkerstaat mit Hilfe der katholischen Religion und Kirche unter Zuhilfenahme des Verbändewesens ein einigendes Fundament zu geben, so wenig ließ er sich in der Praxis umsetzen. Regierung wie Kirchenführung verabsäumten es, sich durch die Zulassung eines breitgefächerten, staatsreuen Verbändewesens in der Bevölkerung einen starken Rückhalt zu verschaffen. Die Chancen der Instrumentalisierung des Katholizismus als staatsintegratives Element verringerten sich entscheidend. Wenn 1859 gesagt wurde, die katholische Religion wäre der „wichtigste Faktor des Bestandes und Zusammenhaltes des österreichischen Kaiserstaates“, war das mehr Wunsch als Wirklichkeit.

In letzter Konsequenz war die neoabsolutistische Verbandspolitik wenig stringent und daher wenig erfolgreich. Zwar haben die ökonomischen Verbände im Einklang mit der Doktrin einer Reichszentralisation in den Jahren 1849 bis 1867 einen ersten Beitrag zur Ausbildung eines Gesamtstaatsbewußtseins geleistet. Doch steht demgegenüber, daß über die Verbandsbildung im kirchlichen Bereich der Grundstein zu einer stärkeren Betonung der Eigenständigkeit der Nationalitäten gelegt wurde. Die Vereine, auch wenn sie gesamtstaatliche Verbände waren, wurden in den Dienst der Nationalitätenpolitik genommen. Hier wurde der

²⁹⁾ KOLEDAR DRUŽBE SVETEGA MOHORJA 1878 v Celovcu [Kalender der Hermagoras-Bruderschaft 1878 in Klagenfurt] (Celovec 1878] 141 f.

³⁰⁾ JANKO MODER, Iz zdravih korenin, močno drevo. Iz zgodovine Družbe sv. Mohorja [Aus gesunden Wurzeln ein starker Baum. Aus der Geschichte der Hermagoras-Bruderschaft], 2 Bde. (Celje o.J. [1952 und 1953]) hier II 311; MONIKA GLETTLER, Die Wiener Tschechen um 1900. Strukturanalyse einer nationalen Minderheit in der Großstadt (=Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 28, München – Wien 1972) 117.

Keim zur gemeinschaftlichen Identifikation mit dem Wunschbild der nationalen Gemeinschaft, ohne den Gesamtstaat in Frage zu stellen, gelegt. Das führte in der Frühphase der österreichischen Verbandsentwicklung noch zu keinen folgenreichen Konfrontationen, da auf eine Politisierung der Verbände verzichtet werden mußte. Erst mit dem liberalen Vereinsgesetz von 1867 ergaben sich entscheidende Veränderungen.

*2. Einheit in der Vielfalt – Vielfalt in der Einheit:
die industriellen und agrarischen Verbände als Sonderfall*

Den gewerblich-industriellen und den landwirtschaftlichen Vereinigungen kam innerhalb der Entwicklung des Verbändewesens nach 1867 eine Sonderstellung zu. Im Vergleich zu anderen Vereinstypen hatten sie in der Gesetzgebung eine bevorrechtete Position. Jener seit der thesesianischen Epoche vorhandene Freiraum der Organisierung ökonomischer Interessen wurde konsequent erweitert. Die während des Vormärz eingeschränkte Förderung im Sinne einer Dienstbarmachung für die staatliche Wirtschaftspolitik verstärkte sich nach der Revolution von 1848 trotz der Schaffung der Handels- und Gewerbekammern als öffentlich-rechtliche Interessenorganisation.

Es war naheliegend, daß zuerst der ökonomische Sektor des Vereins- bzw. Verbändewesens von der Tolerierung organisatorischer Zusammenschlüsse profitierte. Zweierlei war dafür ausschlaggebend: Er paßte in das Konzept der ökonomischen Modernisierung des österreichischen Kaiserstaates, und er stieß – anders als die politischen und kulturellen Vereinigungen – auf ein geringeres Mißtrauen seitens der staatlichen Stellen. So konnte sich ein ökonomisches Verbändewesen relativ frei von staatlichen Kontrollmechanismen entwickeln. Der Erfolg stellte sich bald ein. Auf Betreiben böhmischer Industrieller hatte sich bereits 1854 der „Verein für Rübenzucker-Industrie im Kaiserthum Österreich“ konstituiert (seit 1874 „Centralverein für Rübenzucker-Industrie in der österreichisch-ungarischen Monarchie“). Seine Gründung stellte ein Novum dar. Von Beginn an als Universalverein für die gesamte Monarchie konzipiert, artikulierte er die Anliegen der Rübenzuckerindustriellen, indem er Enqueten veranstaltete oder zu Regierungsvorlagen Gutachten abgab, wie etwa jenes zum Gesetzentwurf über die Einhebung der Rübenzuckersteuer nach der Menge und dem Zuckergehalt des Rübensaftes im Jahre 1860. Handelte es sich anfangs doch mehr um eine eher lose Branchenorganisation mit einer eingeschränkten wirtschaftspolitischen Kompetenz, so verstärkte sich Ende der fünfziger Jahre der überregionale Verbandscharakter. Als Interessenvertretung richtete die Verbandsspitze wiederholt Petitionen an die Regierungen und den Reichsrat, um auf die den Export hemmenden hohen Tarife hinzuweisen. Vor allem ging es dem Verein um den Abbau der Produktionsüberschüsse am österreichischen Markt³¹⁾.

³¹⁾ DER CENTRALVEREIN FÜR RÜBENZUCKER-INDUSTRIE IN DER ÖSTERREICHISCH-UNGARISCHEN MONARCHIE (Verein für Rübenzucker-Industrie im Kaiserthum Österreich) 1854–1904. Festschrift anlässlich des fünfzigjährigen Bestandes des Vereines (Wien 1904) 80 f.

Eingebettet in den einsetzenden Differenzierungsprozeß gesellschaftlicher Interessen und parallel zum Wirken der Handels- und Gewerbekammern markierte seine Gründung eine neue Phase industrieller Interessenwahrung, die in den sechziger Jahren deutliche Konturen erhielt, als sich der Trend zur Organisierung der österreichischen Industrie in Form von Branchenverbänden durchsetzte. Wenn auch das neue Vereinsrecht des Jahres 1867 für das ökonomische Verbändewesen keine einschneidende Zäsur darstellte, erweiterten die neuen legislativen Rahmenbedingungen dessen Wirkungsmöglichkeiten. Für das gewerblich-industrielle Verbandswesen setzte eine Phase der Expansion ein: von zehn Interessenverbänden im Jahre 1857 wuchs deren Zahl auf 86 im Jahre 1882, wobei die Große Depression von 1873 zusätzlich stimulierend wirkte³²⁾.

Während die Wirtschaftsverbände ausschließlich durch Initiativen von Unternehmern entstanden, kam in der Landwirtschaft der Impuls zur Organisierung „von oben“. Dieser Entwicklung entsprachen unterschiedliche Ausgangsvoraussetzungen. In der Landwirtschaft überlebten die traditionellen Strukturen und Mentalitäten länger als in anderen Sektoren. Die während des Reformabsolutismus eingeleitete Modernisierung verlangsamte sich. Zwar waren im Agrarsektor früher als in der Industrie vereinsähnliche Zusammenschlüsse entstanden, doch entwickelten sich daraus keine privaten, freien Interessenvereinigungen. Das landwirtschaftliche Organisationswesen blieb im Gegensatz zum industriellen eng mit der staatlichen Politik verbunden³³⁾. Seitens des Staatsapparates wurde es für Behördenfunktionen verwendet und nicht als ein Forum zur Formulierung agrarischer Interessen gegenüber dem Staat angesehen. Noch schwerer wog die starke Regionalisierung des österreichischen Agrarmarktes bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts. Beide Faktoren zeichneten dafür verantwortlich, daß im landwirtschaftlichen Sektor das Verbändewesen eine andere Qualität hatte als in der Industrie, obwohl die gesetzlichen Rahmenbedingungen für beide Sektoren bis in die achtziger Jahre nahezu ident waren.

Die Initiative zur Wahrung agrarischer Interessen beschränkte sich praktisch auf die ökonomische Elite der Großagrarien. In den „Landwirtschafts-Gesellschaften“ bzw. „Agricultur-Societäten“ der einzelnen Kronländer sammelten sich nicht die Massen der Bauern, in deren konservative Denk- und Lebensformen das Modell des bürgerlichen Vereins als Instrument moderner Selbstorganisation noch nicht hineinpaßte, sondern mehrheitlich die als Grundherren mit der Landwirtschaft verbundenen aristokratischen Großagrarien, bestenfalls noch einige Bürgerliche und Beamte. Trotz ihrer regionalen Orientierung fehlte es nicht an Bestrebungen, insbesondere seitens der Wiener „k. k. Landwirtschafts-Gesellschaft“ (1768 bzw. 1812), gesamtstaatliche Agrarinteressen zu vertreten. Dem hohen Anspruch, „gleichsam die Mutter der übrigen [Landwirtschaftsgesellschaften]“ zu sein – denn bei ihr gab es „begüterte Glieder aus allen Pro-

³²⁾ Vgl. STUBENRAUCH, Statistische Darstellung 216–252.

³³⁾ ERNST BRUCKMÜLLER, Landwirtschaftliche Organisationen und gesellschaftliche Modernisierung. Vereine, Genossenschaften und politische Mobilisierung in der Landwirtschaft Österreichs vom Vormärz bis 1914 (=Geschichte und Sozialkunde, Forschungen 1, Salzburg 1977) 48.

vinzen“ –, konnte sie in der politischen Praxis nie gerecht werden³⁴). Wohl repräsentierten ihre Mitglieder (u. a. Anton Carl Freiherr von Bartenstein, Ferdinand Fürst Colloredo-Mannsfeld, Nikolaus Fürst Esterházy, Ernest Graf Hoyos, Carl Fürst Lichnowsky, Franz Fürst Lobkowitz, Ferdinand Graf Pálffy, Carl Altgraf Salm-Reifferscheid, Joseph Fürst Schwarzenberg) mehr als ein regionales Gremium agrarisch engagierter hochadeliger Großgrundbesitzer, doch zeitigten die Bemühungen des Protectors, Erzherzogs Johann, aus ihr eine den anderen Gesellschaften übergeordnete zentrale agrarische Koordinationsstelle zu machen, keinen Erfolg³⁵). Alle ähnlichen Initiativen in diese Richtung blieben ergebnislos, so auch jene des großdeutsch orientierten „Wandervereines der deutschen Landwirtschaft“ (1837), der, obwohl er einen Teil seiner Mitglieder aus den Provinzen des österreichischen Kaiserstaates rekrutierte und Versammlungen in Wien bzw. den Provinzialhauptstädten Prag und Graz abhielt, nie den Status einer staatsweiten Organisation erreichte.

Sicherlich können diese Versuche einer organisatorischen Zusammenführung agrarischer Interessen vor 1867 als Ausdruck eines gestiegenen Interesses an landwirtschaftlichen Angelegenheiten seitens der damit befaßten Bevölkerungsgruppen bewertet werden³⁶). Ebenso sicher ist, daß man seitens der Landwirte einer überregionalen Interessenabstimmung auf Vereinsbasis keine Priorität einräumte, weil man eben ökonomisch noch ganz auf den kleinräumigen Markt bezogen war. Erst im Gefolge der Auflösung der alten feudalen Gesellschaftsordnung begannen sich nach 1848 auf lokaler Ebene Interessengemeinschaften bäuerlicher Produzenten zu formieren, ohne den nächsten Schritt zur überregionalen Verbandsbildung zu tun.

Die große Wende in der Entwicklung überregionaler agrarischer und industrieller Verbände vollzog sich in den Bahnen tiefgreifender Veränderungen der Staatsstruktur. 1867 war das politische System auf eine neue konstitutionelle Basis gestellt worden. In der Ökonomie endete die Hochkonjunktur der sechziger Jahre mit der „Großen Depression“ (1873), und in der Gesellschaftsverfassung zeigten sich im Dezennium nach 1870 die ersten Symptome eines Modernisierungsschubes, der neue Konkurrenzsituationen schuf. Das führte zu einer breiteren Fächerung der Interessen; die Reibungsflächen zwischen den partikularen Interessen vermehrten sich. Zugleich gestalteten sich die Beziehungen zwischen den einzelnen Sektoren, die um den Einfluß auf die staatliche Politik rangen, konfliktreicher. Der Wille, auf den politischen Entscheidungsprozeß Einfluß zu nehmen, nötigte zum umfassenderen Zusammenschluß. Das war das Motiv für die Interessenkonstituierung in Verbandsform. Im Vorfeld und im Schatten des „economic break down“ begannen sich die industriekapitalistischen Interessengruppen in Branchenverbänden zu formieren. Mittels kollektiver

³⁴) JOSEPH RITTER VON SCHREIBERS, Darstellung der Gründung und Entwicklung der k.k. Landwirtschafts-Gesellschaft in Wien als Fest-Album bei Gelegenheit der fünfzigjährigen Jubiläumsfeier der Gesellschaft (Wien [1857]) 14; GERHARD SCHNEIDER, Die k.k. Landwirtschaftsgesellschaft in Wien im Vormärz 1808–1850, geisteswiss. Diss. (Wien 1982) 16 f.

³⁵) SCHREIBERS, Landwirtschafts-Gesellschaft 7 f.

³⁶) BRUCKMÜLLER, Landwirtschaftliche Organisationen 53.

Selbsthilfe hofften sie, die Wirtschaftskrise zu meistern, ihre Gruppenegoismen durchzusetzen und die öffentliche Meinung, die politischen Parteien und den Reichsrat für die eigenen Anliegen zu gewinnen.

a) Wirtschaft und Politik: der Lobbyismus der Industrieverbände

Die Impulse zur Ausbildung eines vielfältigen Verbandssystems kamen insbesondere aus der Industrie. Bereits vor der „Großen Depression“ hatten sich erste überregionale Wirtschaftsverbände, deren Ziele zunächst allgemein in der Förderung industrieller Interessen lagen, konstituiert. Obwohl sich ihre Aktivitäten keineswegs als bahnbrechend herausstellten, waren es Versuche von Industriebranchen, zu einer gemeinsamen Interessenformulierung zu gelangen. Dabei ging es weniger um binnenwirtschaftliche Wünsche, sondern um eine Neufestsetzung der Leitlinien der österreichischen Außenhandelspolitik, wo man dem Freihandelsprinzip abschwor und an seine Stelle das Programm des „nationalen Protektionismus“ setzte. Der auf Betreiben Alexander von Peez' gegründete „Verein der österreichischen Industriellen“ (1862) forderte schon frühzeitig diesen zollpolitischen Kurswechsel³⁷⁾. In Summe stellte seine Gründung einen ersten Reflex des österreichischen Unternehmertums auf die einschneidenden Veränderungen im Gefüge der europäischen Wirtschaftskonstellationen in Richtung Freihandel anfangs der sechziger Jahre, konkret auf die handelspolitische Annäherung zwischen Frankreich und Preußen im Handelsvertrag von 1862, dar³⁸⁾.

Aber er paßte auch gut in die außen- und wirtschaftspolitische Strategie der Regierung Erzherzog Rainer-Schmerling, von der er sich kurzzeitig instrumentalisieren ließ. Die Übereinstimmung von staatlichen und privatwirtschaftlichen Interessen zeigte sich in der Reise einer Verbandsdelegation (Gustav Pacher von Theinburg, Franz Liebig, Alexander von Schoeller, Hermann Dietrich Lindheim Sohn) in die süddeutschen Staaten, die man für ein mitteldeutsches Zollbündnis gegen den Deutschen Zollverein zu gewinnen hoffte. Als sich die Regierung Belcredi im April 1865 zum Handelsvertrag mit dem Deutschen Zollverein entschloß und damit eine dem protektionistischen Programm des „Vereines der österreichischen Industriellen“ entgegengesetzte Position einnahm³⁹⁾, war das der

³⁷⁾ In diesem Sinne nahm er sich auch Fragen des österreichischen Binnenwirtschaftsraumes an, den er vor einer Zweiteilung bewahren wollte. Doch erblickte er darin nicht das vordringliche Ziel. Die stärkeren Akzente lagen auf dem Gebiet der Außenhandelspolitik, wo man den freihändlerischen Prinzipien abschwor. GERALD STURMAYR, Industrielle Interessenpolitik in der Donaumonarchie. Entfaltung, Zentralisierung und politische Effizienz der Fach- und Spitzenverbände 1848–1914, geisteswiss. Diss. (Innsbruck 1991) 169 Anm. 5; DERS., Industrielle Interessenpolitik in der Donaumonarchie (=Sozial- und wirtschaftshistorische Studien 22, Wien 1996) 56 f.

³⁸⁾ Vgl. DENKSCHRIFT DES VEREINES DER ÖSTERREICHISCHEN EISENINDUSTRIELLEN über den französisch-preußischen Handelsvertrag (Wien 1862).

³⁹⁾ KLAUS KOCH, Österreich und der Deutsche Zollverein 1848–1871; in: ADAM WANDRUSZKA, PETER URBANITSCH (Hgg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918 VI/1: Die Habsburgermonarchie im System der internationalen Beziehungen (Wien 1989) 537–560, hier 551; JOSEF MENTSCHL, Das österreichische Unternehmertum; in: ADAM WANDRUSZKA, PETER URBANITSCH (Hgg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918 I: Die wirtschaftliche Entwicklung (Wien 1973) 250–277, hier 271.

Anfang vom Ende seiner wirtschaftspolitischen Ambitionen. Dennoch war die von ihm postulierte Maxime des nationalen Schutzzolles nicht gegenstandslos geworden.

In der Endzeit der wirtschaftsliberalen Ära tauchte der Gedanke des Protektionismus wieder auf. Ausgangspunkt war das gesteigerte Sicherheitsbedürfnis der österreichischen Industrie und Landwirtschaft, das sich in der Gründung von überregionalen Spitzenverbänden manifestierte. Neben den Handels- und Gewerbekammern entwickelten sie sich für die cisleithanische Unternehmerschaft zu einem zweiten, immer bedeutsamer werdenden Standbein der Interessenartikulation und -durchsetzung. Am Beginn jener epochemachenden Verbandsgründungen der zweiten Generation, gleichsam Signal für den dauerhaften Eintritt organisierter ökonomischer Interessen in den wirtschaftspolitischen Willensbildungsprozeß, standen die in Reaktion auf die ökonomische Krisenlage der siebziger Jahre gegründeten branchenbezogenen Fachverbände. Die Zusammenfassung branchenspezifischer Anliegen der Papier- und Montanindustrie leitete eine neue Ära in der staatsumfassenden („staatsumfassend“ nun allerdings primär nur mehr auf das Gebiet von Cisleithanien bezogen) Verbandsbewegung ein. Gegenüber dem alten Verbandstyp der Honoratiorenvereinigung teilte sich der Interessenverband andere Aufgaben und Funktionen zu. Einerseits wandte er sich an ein breiteres Spektrum der politischen Öffentlichkeit, andererseits sah er seine Aufgaben und Funktionen darin, auf die Politik im Sinne seiner programmatischen Leitsätze einzuwirken.

Sieht man von der Textilbranche ab, die infolge einer uneinheitlichen Interessenlage bis in die neunziger Jahre überhaupt nicht zu einem umfassenden Fachverband zusammenfand, gingen die Verbandsgründungen in den übrigen Industriebranchen relativ komplikationslos vonstatten. Nach dem Vorbild des „Rübenzuckervereines“ konstituierten sich als erste dieser branchenbezogenen Koordinations- und Agitationsstellen der „Verein der österreichisch-ungarischen Papierfabrikanten“ (1872) und der „Verein der Montan-, Eisen- und Maschinenindustriellen in Österreich“ (1873). Beide Gründungen waren Ausdruck der Wende in der wirtschaftspolitischen Gesinnung innerhalb des österreichischen Unternehmertums. In Abkehr von der seit den fünfziger Jahren propagierten Laissez-faire-Haltung ging dieses über, das Heil in defensiven Strategien zu suchen. Angesichts des Kampfes um das ökonomische Überleben war man in erster Linie bestrebt, die staatliche Wirtschaftspolitik dahin zu drängen, in der Zoll- und Handelspolitik die Anliegen der Eisen- und Papierbranche zu schützen bzw. zu vertreten sowie Maßnahmen gegen den Preisverfall am Inlandsmarkt zu ergreifen⁴⁰). Dieses Forderungspaket lief auf die Wiedereinführung des Schutzzollsystems hinaus. Fürs erste blieb aber ihr Durchsetzungsvermögen gegenüber der Politik noch gering. Die Fabrikanten waren selbst uneinig über ihre wirtschaftspolitischen Wünsche. Manche Verbände wiederum, wie etwa der „Verein

⁴⁰) DIE GESCHICHTE DES VEREINES DER ÖSTERREICHISCH-UNGARISCHEN PAPIERFABRIKANTEN 1872–1898. Eine Festschrift zur Feier des 25jährigen Bestandes des „Vereines der österreichisch-ungarischen Papierfabrikanten“ (Wien 1898) 38 f.

der österreichisch-ungarischen Papierfabrikanten“, sprachen nicht für die gesamte Branche, sondern beschränkten sich auf die Vertretung der großbetrieblichen Wünsche in den Industriezentren. Daher war dem Agieren der „Allianz der Schutzzöllner“, wie es sich bei den Verhandlungen und dem Ende 1869 erfolgten Abschluß der „Nachtragskonvention“ zum österreichisch-britischen Handelsvertrag von 1865 zeigte, noch Grenzen gesetzt.

Zwei Tendenzen kennzeichneten die Entwicklung der Wirtschaftsverbände während der siebziger Jahre: Einerseits spaltete sich die Industrie in einander konkurrierende Branchenverbände auf, andererseits wurden im Zeichen der ökonomischen Krise Versuche gestartet, zu einer intensiveren Kooperation industrieller Interessen auf Verbandsbasis zu gelangen. Was sich mit der Gründung diverser Branchenverbände erstmals konkreter abzeichnete, verstärkte sich nach dem konjunkturellen Einbruch von 1873: die Bündelung industrieller Interessen in einem Zentralverband. Neben den Branchen- bzw. Fachverband trat der „Verband der Verbände“ als neue Organisationsform ökonomischer Interessenvertretung auf Staatsebene.

Produkt derartiger Bestrebungen war der auf Initiative Wilhelm von Gutmanns gegründete „Industrielle Club“ (1875). Er war die erste und über mehr als ein Dezennium die einzige, theoretisch die gesamte cisleithanische Reichshälfte umspannende Interessenvereinigung der österreichischen Industrie. Als solche hatte er bis Anfang der neunziger Jahre eine Monopolstellung inne. Von Beginn an belasteten zwei Handikaps seine Tätigkeit: die schmale Mitgliederbasis, die ihn praktisch zu einem Exklusivzirkel von Großindustriellen (Anton Dreher, David Gutmann, Emanuel von Proskowetz, Gustav von Schöller, Alfred von Skene, Friedrich von Leitenberger, Arthur Krupp, Max von Gutmann) machte, und die faktische territoriale Begrenztheit auf den böhmischen, mährischen sowie niederösterreichischen Raum. In Anlehnung an den franzisko-josephinischen Leitspruch „Viribus unitis“ strebte er die Intensivierung der Zusammenarbeit unter den österreichischen Industriellen an. Als Sammelpunkt allgemeiner großindustrieller Anliegen gegründet, verschob sich die bei der Gründung noch bestehende Parität zwischen Eisen-, Hütten- und Textilindustrie in den Führungsgremien immer mehr zugunsten der Montanindustrie. Unberührt vom Problem der Gewichtung der einzelnen Wirtschaftssektoren im Verband blieb die Frage, welche Generallinie der „Industrielle Club“ verfolgen solle. Angesichts des dramatischen Konjunkturreinbruchs nach der „Großen Depression“ war er ganz auf die wirtschaftspolitischen Probleme des industriellen Sektors fixiert, den nach seinem Dafürhalten nur eine radikale Kehrtwendung in der österreichischen Wirtschaftspolitik vor einem Desaster retten konnte. Vehement forderten seine Vertreter den Schutz der österreichischen Industrie vor ausländischen Wettbewerbern und die Revision des österreichisch-ungarischen Handelsbündnisses von 1867⁴¹⁾. Anfangs vertrat er sein Programm mit Erfolg. So verdrängten seine Überlegungen jene des noch unter den Auspizien einer liberalen Wirtschaftsauffassung gegründeten „Österreichisch-ungarischen Export-Vereines“ (1872, ab 1909:

⁴¹⁾ 60 JAHRE INDUSTRIELLER CLUB 1875–1935 (Wien o.J. [1935]) 12 f.

„Österreichischer Exportverein“), der, „ohne selbst Handel zu treiben, den Landwirten, Fabrikanten, Gewerbetreibenden und Kaufleuten ... einen Vereinigungs- und Stützpunkt für gemeinschaftliche Unternehmungen“ bieten wollte⁴²⁾. Und doch geriet man allmählich in eine Sackgasse. Durch das Ausklammern der neuen industriellen Wachstumsbranchen reduzierte sich der „Club“ auf einen bloßen Zoll- und Handelsagitationsverband der großbetrieblichen Montan- und Textilindustrie, der auf dem Gebiet der Außenhandelspolitik extensiv protektionistische Ziele verfolgte und in der Binnenökonomie die Kartellbildung befürwortete. Es war nur eine Frage der Zeit, bis die Interessengegensätze zwischen der Großindustrie und der Fertigungs- bzw. weiterverarbeitenden Industrie, die von seinen Wünschen negativ betroffen waren, offen ausbrachen.

1891 ließ sich der latente Konflikt zwischen Grundstoff- und Fertigindustrie, der auch ein Konflikt der großbetrieblich organisierten Unternehmer gegen die Mittel- und Kleinbetriebe war, nicht mehr bagatellisieren. Als Folge der Unzufriedenheit der cisleithanischen Unternehmer mit den „Dezemberverträgen“ (Handelsverträge Österreich-Ungarns mit dem Deutschen Reich, Italien und der Schweiz, 1891)⁴³⁾ wurde auf Initiative des „Verbandes der Baumwollindustriellen Österreichs“ der „Centralverband der Industriellen Österreichs“ (1892) als zweiter Spitzenverband ins Leben gerufen. Prinzipiell verfolgte man mit seiner Gründung das schwierige Ziel, das Bündnis von Montanindustrie und Großagrariern bei der Gestaltung des Hochschutz-Zolltarifs zu sprengen. Der „Centralverband“ präsentierte sich nämlich als eine inhomogene Organisation, deren Branchenverbände gerade in der Frage des Zolltarifs unterschiedlichste Auffassungen vertraten. Letztlich setzten sich auch in ihm die großbetrieblichen Interessen der Montan- und Textilindustrie gegenüber den übrigen, auf mittel- und kleinbetrieblicher Basis arbeitenden Branchen durch. Bis 1913 bestimmten sie die Verbandspolitik.

Es war nur folgerichtig, daß große Teile der verarbeitenden Industrie dem Bündnis der Schwer- und der Textilindustrie die Gefolgschaft verweigerten und sich gegenüber dem „Centralverband“ wie dem „Industriellen Club“ abgrenzten. Die explizite Konzentration der beiden Verbände auf die Handels- und Zollpolitik sowie die Ausrichtung auf die Interessen der industriellen Zentralräume der österreichischen Reichshälfte bei Zurückstellung der Arbeitgeber- und Sozialpolitik führte zur Gründung des „Bundes Österreichischer Industrieller“ (1897). Fortan gab es drei in Gegnerschaft zueinander stehende Zentralverbände. Hervorgegangen aus dem „Industriellen Aktions-Comitee“ der Wiener Industriellen zur Eindämmung der sich in den neunziger Jahren ausbreitenden Streikbewegung, setzte der „Bund Österreichischer Industrieller“ neue Prioritäten: die Artikulation fertigungsindustrieller Interessen und die Konzentration auf sozialpolitische Fra-

⁴²⁾ DENKSCHRIFT DES ÖSTERREICHISCHEN EXPORT-VEREINES ZUR FEIER SEINES VIERZIGJÄHRIGEN BESTANDES 1872–1912 (Wien 1912) 9.

⁴³⁾ Vgl. dazu LOTHAR HÖBELT, Die Handelspolitik der österreichisch-ungarischen Monarchie gegenüber dem Deutschen Reich; in: ADAM WANDRUSZKA, PETER URBANITSCH (Hgg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918 VI/1: Die Habsburgermonarchie im System der internationalen Beziehungen (Wien 1989) 561–583, hier 570–575; UGO COVA, Österreich-(Ungarn) und Italien; in: EBD. 630–686, hier 670–675.

Tabelle 20: MITGLIEDERVERBÄNDE DES „CENTRALVERBANDES DER INDUSTRIELLEN ÖSTERREICHS“ NACH BRANCHEN 1894–1912

	A	B	C	D	E	F	G	H
1894	1	5	–	–	1	2	–	–
1895	1	6	–	–	1	1	–	–
1896	3	8	–	3	1	1	1	–
1897	4	8	–	4	1	1	1	–
1898	4	9	1	4	2	1	1	–
1899	4	10	1	4	2	1	1	–
1900	4	10	2	4	2	1	1	–
1901	4	10	3	4	2	2	1	–
1902	4	10	3	4	2	1	1	–
1903	5	11	4	4	2	2	1	–
1904	6	14	6	4	2	2	1	–
1905	6	14	6	4	2	2	1	–
1906	6	14	6	4	2	2	1	–
1907	6	14	6	4	2	2	1	–
1908	6	14	6	4	2	2	1	–
1909	6	14	6	4	2	2	1	–
1910	6	14	6	4	6	3	1	1
1911	5	14	6	5	6	3	1	1
1912	6	17	7	6	6	3	1	2

A = Montan- und Hüttenindustrie, Maschinenbau

B = Textilindustrie

C = Nahrungs- und Genußmittelindustrie

D = Glas-, Ton-, Teer- und Zementindustrie

E = Holz- und Holzverarbeitende Industrie

F = Chemische Industrie

G = Papier- und Zelluloseindustrie

H = Automobil- und Elektroindustrie

Quelle: GERALD STURMAYER, Industrielle Interessenpolitik in der Donaumonarchie (=Sozial- und wirtschaftshistorische Studien 22, Wien 1996) 98 Tabelle 9.

gen, deren Stellenwert im Steigen begriffen war. Obwohl auch er hauptsächlich die zentralen Industrieformen vertrat, war seine Zielgruppe weniger die Branche, als vielmehr der einzelne klein- und mittelindustrielle Fertigungsbetrieb, der vom „Centralverband“ nicht vertreten wurde. Dementsprechend übertraf er bezüglich der Mitgliederzahlen seine beiden Konkurrenten (vgl. Tabelle 21).

Das Prinzip der Mitgliedervertretung nach Regionen entsprach weitestgehend dem unterschiedlichen Industrialisierungsgrad Cisleithaniens bzw. es korrespondierte mit dem gewerkschaftlichen Organisationsgrad in den industriellen Zentren Böhmen, Mähren und Niederösterreich. 80 Prozent seiner Mitglieder stammten aus diesen Kronländern (vgl. Tabelle 22).

Allerdings waren die hohen Mitgliederzahlen noch lange keine Garantie für die Anerkennung als industrieller Spitzenverband seitens der Ministerialbürokratie

tie und für eine gesicherte Finanzierung seiner Aktivitäten. Trotz ansehnlicher Einnahmen gelang es dem „Bund“ nicht, im Vergleich zu seinen beiden Rivalen ein ausgeglichenes Budget zu erstellen (vgl. Tabelle 23).

Sein Verbandshaushalt blieb defizitär, was sich wiederum für seine wirtschafts-politischen Ambitionen als Erschwernis herausstellte. So ergab sich die paradoxe Situation, daß der auf eine schmale Schicht finanzkräftiger Schwer- und Textil-industrieller beschränkte „Industrielle Club“ sowie der „Centralverband“ die Geldmittel effektiver einsetzten und engere Kontakte zu Regierung, Parlament und Bürokratie aufbauten als der mitgliederstarke „Bund“. Aufgrund seiner stetigen Finanzknappheit konnte er sich keinen bürokratischen Apparat größeren Stils leisten und mußte daher seine Agitations- und Propagandatätigkeit einschränken.

Tabelle 21: ZAHL DER MITGLIEDER IM „INDUSTRIELLEN CLUB“, „CENTRALVERBAND DER INDUSTRIELLEN ÖSTERREICHS“ UND IM „BUND ÖSTERREICHISCHER INDUSTRIELLER“ 1883–1912

	Industrieller Club	Centralverband	Bund österreichischer Industrieller
1883	62	–	–
1885	54	–	–
1887	57	–	–
1889	55	–	–
1890	52	–	–
1891	50	–	–
1892	56	11	–
1893	53	12	–
1894	k. A.	12	–
1895	k. A.	13	–
1896	55	22	–
1897	58	25	302
1898	k. A.	30	686
1899	k. A.	31	941
1900	k. A.	32	1197
1901	k. A.	33	1370
1902	k. A.	34	1597
1903	k. A.	38	1929
1904	k. A.	45	2027
1905	117	45	1967
1906	k. A.	45	2190
1907	137	45	2341
1908	139	45	2401
1909	212	45	2466
1910	k. A.	55	2497
1911	k. A.	55	2595
1912	k. A.	63	k. A.

k.A. = keine Angabe

Quelle: STURMAYR, Interessenpolitik 65 Tabelle 1, 113 Tabelle 10.

Tabelle 22: RELATIVE VERTEILUNG DER MITGLIEDER DES „BUNDES ÖSTERREICHISCHER INDUSTRIELLER“ IN DEN EINZELNEN KRONLÄNDERN BEZOGEN AUF DEN GESAMTMITGLIEDERSTAND

	1897/98	1900/01	1906/07
Böhmen	205 (29,8%)	344 (25,1%)	681 (29,0%)
Mähren	18 (2,4%)	137 (10,0%)	254 (10,8%)
Schlesien	20 (2,9%)	82 (6,0%)	83 (3,5%)
Galizien	13 (1,9%)	30 (2,2%)	30 (1,3%)
Bukowina	0	0	42 (1,8%)
Niederösterreich	360 (52,4%)	537 (38,2%)	683 (29,1%)
Oberösterreich	22 (3,1%)	75 (5,5%)	121 (5,1%)
Kärnten	6 (0,9%)	23 (0,9%)	42 (1,8%)
Steiermark	25 (3,6%)	93 (6,8%)	134 (5,8%)
Krain	3 (0,4%)	11 (0,9%)	37 (1,5%)
Küstenland	3 (0,4%)	8 (0,6%)	107 (4,6%)
Salzburg	5 (0,7%)	18 (1,3%)	25 (1,0%)
Tirol und Vorarlberg	6 (0,9%)	22 (1,6%)	102 (4,3%)

Quelle: FESTSCHRIFT. Herausgegeben aus Anlaß seines 10jährigen Bestandes vom Bund Österreichischer Industrieller. 1897–1907 (Wien 1907) Anhang Blatt III.

Tabelle 23: JAHRESBILANZEN DES „BUNDES ÖSTERREICHISCHER INDUSTRIELLER“, 1898–1906 UND DES „INDUSTRIELLEN CLUBS“, 1892–1908

Bund Österreichischer Industrieller

Jahr	Mitglieder	Einnahmen aus Beiträgen	Ausgaben	Mitgliedsbeitrag
1898	686	fl. 15.766	fl. 20.605	fl. 23
1899	941	fl. 21.375	fl. 23.230	fl. 23
1900	1.197	K 56.245	K 60.707	K 47
1901	1.629	K 68.580	K 72.682	K 42
1902	1.703	K 75.781	K 89.745	K 44
1903	1.975	K 87.189	K 109.960	K 44
1904	2.023	K 99.973	K 118.246	K 49
1905	2.190	K 144.900	K 153.725	K 66
1906	2.299	K 151.475	K 164.906	K 66

Industrieller Club

Jahr	Mitglieder	Einnahmen aus Beiträgen	Ausgaben	Mitgliedsbeitrag
1892	[50]	fl. 5.000	fl. 4.364	fl.100
1906	[128]	K 51.400	K 39.619	K 400
1907	137	K 55.200	K 46.508	K 400
1908	140	K 58.020	K 54.241	K 417

Quelle: STURMAYR, Interessenpolitik 70 Tabelle 3, 71 Tabelle 4, 134 Tabelle 16.

Noch schwerwiegender war, daß man sich bei der finanziellen Unterstützung von Kandidaten für die Reichsratswahlen nicht in dem Maße engagieren konnte wie die beiden Rivalen. All das bedingte sein Schattendasein und seine weitestgehende Ausgrenzung in den wirtschaftspolitischen Entscheidungen.

Alle drei Spitzenverbände wirkten hauptsächlich, aber nicht ausschließlich in den wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen auf die Gesetzgebung und Regierungspolitik ein. Die Wege, die sie beschritten, wie der Grad ihres Einflusses waren unterschiedlich und standen in engem Konnex zum Wandel der politischen Rahmenbedingungen in der cisleithanischen Reichshälfte. „Centralverband“ und „Industrieller Club“ bestimmten das Gesetz des Handelns bei der permanent geführten Debatte über die Neugestaltung der Zolltarife im protektionistischen Sinne. Angesichts der Krise von 1873 setzten beide die Abkehr von der liberalen Wirtschaftsdoktrin an die erste Stelle ihres Forderungskataloges. Als Mandatäre des Abgeordnetenhauses intervenierten ihre Vertreter (Alexander von Peez, Alfred von Skene, Gustav Pacher von Theinburg, Julius Magg, Alfred Lenz) mit Erfolg seit Oktober 1875 für einen neuen außenhandelspolitischen Kurs⁴⁴). Die praktisch auf ihr Betreiben hin zustande gekommene Kündigung des Handelsvertrages mit England markierte den Beginn einer neuen Ära im österreichischen Außenhandel. Damit gaben sie sich nicht zufrieden. Als Ersatz für die ausländischen Märkte sollte ab nun der Binnenmarkt dienen. Daher machte man sich für infrastrukturelle Maßnahmen zur Ausweitung des Binnenwirtschaftsraumes stark. In der Praxis bedeutete das den Abbau der Reste von Handelserschwernissen am Inlandsmarkt, konkret die zollpolitische Einbindung der okkupierten Länder Bosnien und Herzegowina sowie des Freihafens Triest (Trst, Terst, Trieste) in den österreichischen Großwirtschaftsraum unter dem Motto: „Ein Reich, ein Zollgebiet“. Auf Druck des „Industriellen Club“ hin wurde der Triester Freihafen aufgehoben (1891). In der Frage des 1867 im Rahmen des Ausgleichs mit Ungarn geschlossenen Zoll- und Handelsbündnisses vertrat der „Club“ eine zunehmend radikal-partikularistische Position, die „eine Trennung Österreichs von Ungarn einem schlechten Ausgleich“ vorzog, vor allem dann, wenn in der Quotenfrage Interessen der cisleithanischen Großunternehmer den ungarischen Wünschen um der politischen Einheit willen geopfert werden sollten⁴⁵). In dieser Frage deckte sich der Standpunkt mit dem der deutschliberalen Fraktionen. Man bediente sich ihrer, um die industriellen Anliegen in der Legislative umzusetzen. Einen Niederschlag fand diese Kongruenz von industrieller Interessenpolitik und Deutschliberalismus in der Erstellung des neuen österreichischen Zolltarifs durch das Handelsministerium unter Johann Freiherr von Chlumecky⁴⁶). Mit der Forderung „Österreich den Österreichern“ angetreten, erreichten die im „Industriellen Club“ versammelten und im Abgeordnetenhaus durch den Wollwarenfabrikanten Alfred von Skene aus Brünn (Brno) sowie den Baumwollindustriellen Friedrich von Leitenberger aus Reichenberg (Liberec)

⁴⁴) MATIS, Österreichs Wirtschaft 372.

⁴⁵) 60 JAHRE INDUSTRIELLER CLUB 13 ff. und 27 f.

⁴⁶) STURMAYR, Interessenpolitik 161.

prominent vertretenen böhmisch-mährischen Textilfabrikanten schließlich die volle Berücksichtigung ihrer Anliegen im Rahmen der Zollreform. In den Agrariern fanden sie einen Verbündeten.

Die primär klein- und mittelbetrieblich strukturierte Landwirtschaft der Alpenländer fing an, unter den Auswirkungen der agrarischen Revolution zu leiden. Infolge der amerikanischen Konkurrenz auf dem Getreidemarkt war sie seit Mitte der siebziger Jahre zunehmend unter Druck geraten. Zur Abwehr der überseeischen Importe hielten die Agrarproduzenten nach Bündnispartnern Ausschau. In einem Teil der Industrie fanden sie einen Mitstreiter für ihre Sache. Was 1900 mit einem eher zwanglosen Gedankenaustausch zwischen industriellen und agrarischen Vertretern (u. a. Ludwig Frankl, Alfred Simitsch von Hohenblum, Franz Peschka sowie Adolph von Guttenberg als Sprecher der Landwirtschaft; Felix Kohn, Rudolf Kobatsch und Johann Auspitzer als Vertreter der Industrie) über die zukünftige Zollpolitik begonnen hatte, führte 1901 zu den sogenannten „Amerika-Abenden“. Auf Anregung von Alexander von Peez als informelles Gesprächsforum für Industrielle, Agrarier und Regierungsvertreter eingerichtet⁴⁷⁾, avancierten diese Abende zum Mittelpunkt einer gemeinsamen industriell-agrarischen Interessenfindung. Die Abende waren ein Erfolg, stellten sie doch die Grundlage für eine Koalition von agrarischen und industriellen Interessen dar. Erstes Ergebnis der gemeinsamen Bemühungen war die Resolution über die Umgestaltung des Zolltarifs mit der Forderung, „die unbeschränkte Meistbegünstigung in die neuen Verträge nicht mehr aufzunehmen und die Dauer der abzuschließenden Handelsverträge nach den produktions- und handelspolitischen Verhältnissen der einzelnen Staaten zu differenzieren“⁴⁸⁾. Mit seinem Programm eines „gemäßigten Schutzzolles“ argumentierte der „Centralverband“ ähnlich. Allerdings hatte er mehr die Zurückdrängung des großagrarisches Einflusses auf die Richtlinien für den Außenhandel im Sinne, wenn er bis Oktober 1901 insgesamt 61 Zolltarif-Enqueten veranstaltete⁴⁹⁾. Die Allianz von Industrie und Landwirtschaft konnte daher nur eine temporäre sein, ihr Bruch war ab etwa 1903 nur mehr eine Frage der Zeit.

⁴⁷⁾ LUDWIG FRANKL, Zehn Jahre Agrarische Zentralstelle. Festschrift anlässlich der Feier des zehnjährigen Bestehens der Österreichischen Zentralstelle zur Wahrung der land- und forstwirtschaftlichen Interessen beim Abschlusse von Handelsverträgen (Wien 1908) 47. – Der Industrielle Alexander von Peez war seit 1873 der wohl bedeutendste Exponent aus dem Verbändebereich, der sich publizistisch für eine gemäßigte Schutzzollpolitik der Monarchie einsetzte und sich für die agrarischen Interessen stark machte. Vgl. dazu seine Schriften: ALEXANDER VON PEEZ, Die amerikanische Konkurrenz (Wien 1881, ²1894); sowie DERS., Zur neuesten Handelspolitik (Wien 1895).

⁴⁸⁾ 60 JAHRE INDUSTRIELLER CLUB 24 f.

⁴⁹⁾ Das Ergebnis der Enqueten ist zusammengefaßt im: ENTWURF eines allgemeinen Zolltarifs für die österreichisch-ungarische Monarchie. Vorlage des Redaktionskomitees der vereinigten Handels- und Gewerbekammern und des Zentralverbandes der Industriellen Österreichs, 2 Bde. (Wien 1901); vgl. GERALD STURMAYR, Unternehmerverbände in der Habsburgermonarchie. Entstehung, Struktur und Entwicklung der Zentralverbände und die unternehmerische Interessenvertretung im Reichsrat im 19. und frühen 20. Jahrhundert, Diplomarbeit aus Geschichte (Innsbruck 1987) 407.

Dabei präsentierten sich die Industriellen mit ihren Interessen als nicht homogene Gruppe. Die zunehmenden Interessengegensätze zwischen den einzelnen Branchen führten zu neuen Voraussetzungen für die parteipolitische Orientierung der großen deutsch-österreichischen Unternehmerverbände. Ihr Einfluß auf Politik und Bürokratie erweiterte sich nach und nach. Im Gegensatz zu ihnen konnten sich die überregionalen, nicht dem österreichischen Deutschtum zuzurechnenden Verbände per se kaum durchsetzen. Ihre Zahl blieb gering. Nur durch den Anschluß an einen der großen, von der deutsch-österreichischen Unternehmerschaft dominierten Zentralverbände war eine Interessenartikulation möglich. Das blieb aber eine Ausnahme⁵⁰⁾.

Tabelle 24: VERBÄNDE NICHTDEUTSCHSPRACHIGER UNTERNEHMER (STAND: 1913)

Verband	Sitz	Gründung	Mitgliederzahl
„Związek górników i hutników polskich z Austrii“ [Verband polnischer Berg- und Hüttenleute in Österreich]	Krakau (Kraków)	1907	245
„Svaz průmyslníků vápenických v Čechách, na Moravě a ve Slezsku“ [Verband der Kalkindustriellen in Böhmen, Mähren und Schlesien]	Prag	1908	40
„Jednota pro zvelební průmyslu keramického“ [Vereinigung zur Förderung der keramischen Industrie]	Prag	unbekannt	unbekannt
„Polski Związek przemysłu ceramicznego“ [Polnischer Tonindustrieverband]	Krakau	1910	118
„Spolek majitelů pil v Čechách, na Moravě a ve Slezsku“ [Verein der Sägebesitzer in Böhmen, Mähren und Schlesien]	Böhmisch-Trübau (Česká Třebová)	1910	143
„Ústřední spolek Českých koželuhů pro král. České, markrab. Moravské a vévod. Slezské“ [Zentralverein der böhmischen Lohgerber für das Königreich Böhmen, die Markgrafschaft Mähren und das Herzogtum Schlesien]	Prag	1899	unbekannt
„Spolek továrníků obuvi v Čechách, na Moravě a ve Slezsku“ [Verein der Schuhfabrikanten in Böhmen, Mähren und Schlesien]	am Wohnort des jeweiligen Präsidenten	1906	100
„Spolek továrníků obuvnických svršků v Rakousku“ [Verein der Schuhoberteil-Fabrikanten in Österreich]	Prag	1912	unbekannt

⁵⁰⁾ Vgl. die Liste der Anwesenden im PROTOKOLL DER FÜNFTEN ORDENTLICHEN GENERALVERSAMMLUNG des Verbandes der Industriellen in Prag und Umgebung, Sektion des Bundes Österreichischer Industrieller (Prag 1905) 3 f.

Verband	Sitz	Gründung	Mitgliederzahl
„Spolek výrobců papírových sáčků a velkoobchodníků papírem pro Čechy, Moravu a Slezsku“ [Verein der Papiersack-industriellen und Papiergroßhändler für Böhmen, Mähren und Schlesien]	Prag	1906	32
„Spolek mlynářů Česko–moravských“ [Verein böhmisch–mährischer Müller]	Prag	1876	187
„Rakouský spolek pro vývoz cukru v Praze“ [Österreichischer Zucker-Exportverein in Prag]	Prag	unbekannt	unbekannt
„Spolek majitelů a zástupců sušáren na čekanku v Čechách a na Moravě“ [Verein der Zichoriendarrenbesitzer und Vertreter in Böhmen und Mähren]	Prag	unbekannt	unbekannt
„Spolek rak.-uher. továren na fosfátové náhražky“ [Verein der österreichisch-ungarischen Superphosphatfabrikanten]	Prag	1899	17
„Spolek majitelů kamenotiskáren v Čechách, na Moravě a ve Slezsku“ [Verein der Steindruckereibesitzer in Böhmen, Mähren und Schlesien]	Prag	1907	unbekannt
„Jednota Povltavská“ [Moldau-Verein]	Budweis (České Budějovice)	1906	196
Federazione degli armatori della marina libera austriaca [Bund der österreichischen Reeder der freien Schifffahrt]	Triest	1911	15

Quelle: VERZEICHNIS DER FREIEN INTERESSEN-VERTRETUNG von Industrie, Handel und Gewerbe in Österreich. Zusammengestellt vom Bureau des Industrierates im k.k. Handelsministerium (Wien 1913).

Im Abgeordnetenhaus nahm die deutschsprachige Unternehmerschaft über verschiedene politische Fraktionen ihre Wünsche wahr. In erster Linie fand sie in den deutsch-liberalen Gruppierungen und den Fraktionen der Fortschrittspartei ihre Heimat. Was den Außenhandel betraf, vertraten die beiden Richtungen aber unterschiedliche Standpunkte. Der „linke“ Flügel innerhalb der liberalen Fraktionen, in der die weiterverarbeitende Industrie vertreten war, huldigte mehr den freihändlerischen Prinzipien. Er geriet in Gegensatz zu den übrigen Gruppen, in denen sich die schutzzöllnerische Textil- und Schwerindustrie in eine geschlossene Front mit den Bierbauern einreichte. In den wirtschaftspolitischen Diskussionen konnte sie von mehreren Seiten Druck ausüben: einerseits als Angehörige der halb-öffentlichen Handelskammern, andererseits als Sprecher der Interessenverbände. Vor allem der „Centralverband“ und der „Industrielle Club“ betrieben durch die Einbindung der Verbandsspitze in den parlamentarischen Entscheidungsprozeß massiven Lobbyismus: Friedrich von Leitenberger und Alexander von Peez, zunächst als Sekretär des „Industriellen Clubs“, dann als dessen Präsident, weiters

Hermann Hallwich als Präsident des „Centralverbandes“, der Präsident der niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer wie des „Centralverbandes“ Julius von Kink oder Stephan Licht als Vertreter der Brüner Handelskammer vertraten im Reichsrat industrielle Interessen. Viele Gesetzesvorlagen und Gesetze trugen ihre Handschrift. 1878 exponierten sich Leitenberger und Peez in der Debatte über einen neuen Zolltarif für die protektionistische Regierungsvorlage⁵¹). Das Handlungsgehilfengesetz von 1909 und die Personalbesteuerungsnovelle von 1913 wurden entscheidend von den Überlegungen Stephan Lichts geprägt.

Als seit den Badeni-Krawallen das parlamentarische Leben wiederholt blockiert wurde, verzichtete man mehr und mehr auf die Mitarbeit in den politischen Parteien und versuchte, bestimmte Abgeordnete durch Unterstützung aus einem „Zentralwahlfonds“ für die Vertretung industrieller Wünsche zu gewinnen. Zwangsläufig ging die Zahl der Kandidaten aus der Wirtschaft für die Wahlen in das Abgeordnetenhaus zurück. Sukzessive, insbesondere aber seit den Wahlen von 1901 verloren die Industriellen im Reichsrat gegenüber anderen Berufsgruppen an Terrain⁵²). Im Vergleich zu den Agrariern konnten sie sich nur mehr zu einer vagen parlamentarischen pressure group zusammenschließen. Die „Freie industrielle Vereinigung im Abgeordnetenhaus“ (1901) war ein wenig erfolgreicher Sammlungsversuch industrieller Interessenvertreter mit einer zudem national äußerst einseitigen Zusammensetzung. Nur wenige nichtdeutsche Abgeordnete (drei Polen, zwei Tschechen, fünf Italiener) schlossen sich der 40 Personen umfassenden Vereinigung an. Das Gros der Abgeordneten stellten der „Klub der Deutschen Fortschrittspartei“ (16 Abgeordnete) und die „Deutsche Volkspartei“ (zehn Abgeordnete)⁵³).

Die Einführung des allgemeinen gleichen Männerwahlrechtes schwächte den industriellen Einfluß im Reichsrat weiter. Jetzt gab es keine Kurie der Handelskammern mehr, die jenseits der Pluralitäten der Industriellenverbände für eine kontinuierliche parlamentarische Vertretung gesorgt hätte. Auch die Gründung des „Bundes Österreichischer Industrieller“ erleichterte die industrielle Interessenkoordinierung nicht. Zwar bestand seit dem Beitritt des „Industriellen Clubs“ zum „Centralverband“ in wichtigen außenhandelspolitischen Fragen zwischen diesen beiden Verbänden eine weitgehende Übereinstimmung. Doch war man nicht imstande, ein industrielles Interessenbündnis unter Einbeziehung des „Bundes österreichischer Industrieller“ aufzubauen. Versuche in diese Richtung scheiterten. Der auf Anregung von Alexander Peez geschaffene „Ständige Ausschuß“ (1903) kam über den Status eines informellen Beratungsgremiums, das sich nur mit politisch geringfügigen Fragen wie etwa dem Ausstellungswesen

⁵¹) Die einzelnen Wortmeldungen dazu in: INDUSTRIELLER CLUB (Hg.), Die Zoll-Debatte im Österreichischen Abgeordnetenhaus am 9., 12., 13., 14., 15. und 16. Februar 1878 (Wien 1878) 22–31, 48–68, 80–95.

⁵²) Vgl. dazu jetzt FRANZ ADLGASSER, Kontinuität oder Wandel? Wahlreform und das österreichische Parlament 1861–1918; in: JIŘÍ GEORGIEV, JAN KYSELA (Hgg.), Kapitoly z dějin stavovského a parlamentního zřízení/Chapters from the History of Representative and Parliamentary Institutions (Prague 2004) 71–84, hier 81.

⁵³) STURMAYR, Interessenpolitik 165.

beschäftigte, nicht hinaus⁵⁴). Mit dem Austritt des „Bundes Österreichischer Industrieller“ wegen unterschiedlicher Auffassungen in der Frage der Streikversicherung löste sich der „Ständige Ausschuß“ 1913 auf. Damit war das ohnehin nie ernsthaft betriebene Bemühen einer Kooperation von klein- und großindustriellen Interessen auf Verbandsebene endgültig gescheitert.

Als Folge ihres Einflußverlustes auf die Legislative hatte die Industrie seit den späten neunziger Jahren in vermehrtem Maße Zugang zur Ministerialbürokratie gesucht. In erster Linie war es der „Centralverband“, der alle Möglichkeiten industrieller Einflußnahme auf die Administration ausschöpfte. Seine Funktionäre wurden seitens der staatlichen Instanzen als Sprecher der Industrie anerkannt, so daß sich die Mitgestaltung bei jenen administrativen Entscheidungen, die die Industrie unmittelbar tangierten, in der schrittweisen Installierung von verschiedenen Beiräten erreichen ließ⁵⁵). Die Gutachtertätigkeit, zu der diese seitens der Ministerien aufgefordert wurden, war eine der Möglichkeiten, außerhalb des parlamentarischen Rahmens industrielle Anliegen zu formulieren und an die Regierungsstellen heranzutragen. Insbesondere den infolge der parlamentarischen Obstruktion eingerichteten „Industrie- und Landwirtschaftsbeirat“ (1898) – er war für „Angelegenheiten, welche [die] Interessen der Industrie, des Gewerbes und des Handels, sowie der Land- und Forstwirtschaft und des Montanwesens [betrafen], über Aufforderung des Handelsministeriums bzw. des Ackerbauministeriums oder aus eigener Initiative Gutachten abzugeben und Anträge zu stellen“ zuständig⁵⁶) – instrumentalisierte er für seine Zielsetzungen. Die Mehrzahl der von den industriellen Verbänden gewählten Mitglieder der Industriesektion des Beirates kam aus seinen Reihen. Mit ihm verfügte man über ein Gremium, dessen Möglichkeiten für die Gestaltung der österreichischen Industriepolitik weitreichend waren, sie umfaßten Arbeitsmarkt-, Kapital-, Steuer- und Handelspolitik.

Die Inanspruchnahme der Beiräte für die Interessendurchsetzung wurde immer bedeutsamer, weil die Koalition von Großagrariern und Großindustriellen Risse bekam und die entscheidenden wirtschaftspolitischen Fragen in den vorparlamentarischen Diskussionen entschieden wurden. Mit dem immer lautstärkeren Auftreten der Agrarier, die sich in ihrer ökonomischen wie politischen Position zusehends bedroht fühlten, stießen die industriellen Anliegen vermehrt auf deren Widerstand. Mit der „Österreichischen Zentralstelle zur Wahrung land- und forstwirtschaftlicher Interessen beim Abschluß von Handelsverträgen“ (1898) hatten sich diese ein eigenes Gremium zur Interessenwahrung geschaffen. In Reaktion darauf initiierte der „Centralverband“, um in der nach der Jahrhundertwende einsetzenden Diskussion über eine Neugestaltung des österreichischen Zolltarifs nicht von der Landwirtschaft überrannt zu werden und um gegenüber der Staatsbürokratie geschlossen auftreten zu können, die „Handels-

⁵⁴) EBD. 136–139.

⁵⁵) EBD. 178.

⁵⁶) § 2 der Statutes des Industrie- und Landwirtschaftsbeirates, RGBl. Nr. 91 (1898) 141; HARALD BACHMANN, Joseph Maria Baernreither (1845–1925). Der Werdegang eines altösterreichischen Ministers und Sozialpolitikers (Neustadt an der Aisch 1977) 45 f.; ELISABETH PULTAR, Die Tätigkeit des österreichischen Industrierates (1898–1914), phil. Diss. (Wien 1973) 9–15.

politische Zentralstelle der vereinigten Handels- und Gewerbekammern und des Zentralverbandes der Industriellen Österreichs zur Vorbereitung von Handelsverträgen“ (1901). Der engen Verzahnung von Großindustrie, Bürokratie, Banken und Politik war endgültig der Weg geebnet.

Dieser umfassenden Organisation der Großindustrie konnte der „Bund Österreichischer Industrieller“, der als föderalistische Massenorganisation mittelbetrieblicher Unternehmen zu reüssieren versuchte, nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen. Dabei spielte der Umstand, daß er ein vergleichsweise geringes ökonomisches Potential vertrat, eine nicht unwesentliche Rolle. Erst ab 1909 saßen seine Vertreter (Ludwig Hinterschweiger, Ludwig Urban jun., Heinrich Vetter) im „Industrierat“⁵⁷⁾. Die Verbindungen reichten bei weitem nicht an jene der Großindustrie heran, die über ein dichtes Netz von persönlichen Verflechtungen zu Regierung und staatlicher Bürokratie über diverse Mitgliederverbände („Verein der Montan-, Eisen- und Maschinenindustriellen Österreichs“, „Centralverein der Bergwerksbesitzer Österreichs“) verfügte. Hermann Hallwich und Anton Dreher hatten gute Beziehungen zu Ministerpräsident Max Vladimír Beck, der Direktor der „Prager Eisen-Industrie-Gesellschaft“, Wilhelm Kestranek, zum leitenden Beamten im Handelsministerium, Hans Löwenfeld-Ruß⁵⁸⁾. Beide vertraten gegenüber dem Staatsapparat einen Verbandsstandpunkt, der im wesentlichen nicht als Ergebnis einer breiten demokratischen Meinungsbildung, sondern einer im kleinen Kreis der Verbandsführung geführten Diskussion formuliert wurde. Doch nicht alle Dachverbände hingen dieser Praxis an.

Die interne Entscheidungsfindung differierte von Verband zu Verband und hing mit dessen innerer Organisation zusammen. Je gleichgearteter der Kreis der Mitglieder und je geringer die regionale Streuung war, um so zentralistischer ging man bei der Interessenformulierung vor. Das machte die Stärke des „Industriellen Clubs“ und des „Centralverbandes“, zwischen denen aufgrund personeller wie branchenmäßiger Überschneidungen ein hohes Maß an Interessenkongruenz bestand, aus. Bei der Einflußnahme auf die cisleithanische Wirtschaftspolitik stützten sie sich auf eine hierarchisch-zentralistische Organisationsstruktur. Mit ihren innerverbandlichen Entscheidungsmechanismen standen beide ganz im Banne jenes Regelwerkes, das der Liberalismus entwickelt hatte und das man nun für die Interessen-Organisation übernahm. Hinzu kam die Auffassung, daß nur eine starke Verbandsführung gegenüber der Regierung in der Lage war, industrielle Anliegen auch tatsächlich durchzusetzen. Dabei war es belanglos, ob es wie beim „Industriellen Club“ (bis 1904) nur die persönliche Mitgliedschaft oder wie beim „Centralverband“ (bis 1909) nur eine Verbandsmitgliedschaft gab. Die Verbandsführung verfuhr manipulativ. Sie traf die strategischen Entscheidungen, die gegenüber Regierung, Parlament und Öffentlichkeit zu vertreten waren. Das fiel umso leichter, als im Gesamtverband wie im Präsidium die „Allianz von Eisen und Baumwolle“ den Ton angab. Der Beitritt des „Industriellen Clubs“, in dem sich die Entscheidungsstrukturen bis 1914 kaum

⁵⁷⁾ EBD.

⁵⁸⁾ STURMAYR, Interessenpolitik 189 f.

änderten, zum „Centralverband“ verstärkte diese Interessenachse. Er und der „Verband der österreichischen Baumwollindustriellen“ bestimmten bis zur Jahrhundertwende die handels- und sozialpolitischen Zielsetzungen des „Centralverbandes“. Diverse Reorganisationsen brachten bezüglich des Ausbaus einer innerverbandlichen Demokratie nur unwesentliche Neuerungen. Die Bildung von Subsystemen und die Verlagerung der Entscheidungskompetenzen aus dem Präsidium auf die zweite Ebene („Leitendes Komitee“) erschütterten die Dominanz von Textil- und Schwerindustrie in keiner Weise. An einer innerverbandlichen Diskussion war man wenig interessiert. Die alten Machtträger verstanden es, ihre Position und den Alibicharakter der Verbandstages zu konservieren. Durch eine überproportionale Bewertung der Finanzkraft bei Vernachlässigung der Mitgliederzahlen sicherten sie sich bei der Festlegung des Delegiertenschlüssels zur Delegiertenversammlung ihre dominante Rolle im „Centralverband“.

Obwohl zwischen 1899 und 1913 die Zahl der im „Leitenden Komitee“ vertretenen Verbände zugenommen hatte, änderte sich an der Kräfteverteilung nur wenig. Die drei vor 1899 dominanten Verbände („Industrieller Club“, „Verein der Montan-, Eisen- und Maschinenindustriellen Österreichs“, „Verband der österreichischen Baumwollindustriellen“) waren 1913 mit 24 Delegierten im Vergleich zu den übrigen 14 Verbänden, auf die 25 Delegierte entfielen, weiterhin überproportional stark vertreten⁵⁹⁾. Die ab 1909 mit dem Eintritt der Verbände der aufstrebenden neuen Industrien („Verband österreichischer Automobilhersteller“; „Verein der Beleuchtungskörper-Industriellen“) einsetzende Interessendifferenzierung fand in der Zusammensetzung der Entscheidungsgremien, die nach wie vor eine branchenmäßig enge Struktur aufwiesen, keine adäquate Berücksichtigung. Ebenso hatte sie auf die Wahl der Verbandsleitung und die Verbandspolitik keinen unmittelbaren Einfluß. Die neu hinzugekommenen Organisationen partizipierten nur insofern an den Entscheidungen, als seit 1905 vor den Verbandstagen die Sekretäre der Mitgliederverbände regelmäßig Besprechungen zu wichtigen Sachfragen abhielten und auf diese Weise die Stellungnahme des Einzelverbandes in den Gesamtverband einbringen konnten. Mit diesem statutarischen Gerüst verteidigte die alte Interessengemeinschaft von Schwer- und Textilindustrie, deren Bedeutung für die cisleithanische Makroökonomie im Sinken war, ihre bestimmende Position innerhalb des Verbandes und über diesen in der cisleithanischen Gesamtökonomie.

Zugute kam beiden Branchen, daß sie auch im „Bund Österreichischer Industrieller“ ebenso gut positioniert waren. Dieser richtete sein Hauptaugenmerk auf jenes Potential, das der „Centralverband“ nur peripher vertrat: die klein- und mittelbetrieblich strukturierte, exportorientierte Finalindustrie, die über die Einzelmitgliedschaft, lokale Sektionen und (nach 1900) über Branchenverbände Aufnahme in den „Bund“ fand. Obwohl aufgrund der Schwäche der Kronlandssektionen zentralistisch geleitet, war er bei weitem nicht so durchorganisiert. In der Meinungsfindung verfügte er über demokratischere Entscheidungsstrukturen als sein Widerpart. Das zeigte sich in mehrfacher Weise. Die Stimmzahl der Betriebe etwa war nicht von der Finanzkraft abhängig, sondern von der Höhe der

⁵⁹⁾ EBD. 232.

Jahresbeitragsleistung, die auf der Basis der Beschäftigungszahl im einzelnen Betrieb berechnet wurde. Durch die Einberufung von „Wanderversammlungen“ konnten die regionalen Sektionen seitens der Verbandsspitze in die innerverbandliche Meinungsbildung und Entscheidungsfindung mit einbezogen werden. Damit war aber die Entscheidungsbefugnis über die Verbandspolitik auf eine breitere Grundlage gestellt. Durch das Recht der direkten Wahl des Präsidiums und des Zentralausschusses, des eigentlichen Entscheidungs- und Machtzentrums, hatten die Sektionen, Fach- und Ortsgruppen auf den Bundestagen eine ungleich größere Mitgestaltungsmöglichkeit als die Mitglieder des „Centralverbands“.

Sicherlich bedingten nicht die Entscheidungs-, schon eher die Mitgliederstrukturen, daß der „Bund Österreichischer Industrieller“ in den Fragen der Handels-, Zoll- und Finanzpolitik, vor allem in der Debatte über die Erneuerung der Handelsverträge, mit seinen Wünschen auf der Strecke blieb. Was er in diesen Bereichen erreichen konnte, waren Teilerfolge bei zweitrangigen Problemen wie der Senkung der Tarife der DDSG⁶⁰). Gezwungenermaßen machte er die Sozialpolitik der Arbeitgeber zu seiner Hauptaufgabe.

Mit dem Auslaufen der Konjunktur gegen Ende der neunziger Jahre stellte sich nach dem großen sozialpolitischen Reformwerk der Regierung Taaffe, die „die Inangriffnahme einer werktätigen sozialen Fürsorge für die arbeitenden Klassen und die Schaffung von ... unentbehrlichen sozialen Institutionen“ gebrachte hatte⁶¹), die Weiterentwicklung von Sozial- und Arbeitsrecht von neuem, insbesondere, seitdem die Zahl der Arbeitskonflikte nach 1900 rasant zunahm⁶²). Das veranlaßte die Unternehmerschaft, sozialpolitischen Fragen eine größere Aufmerksamkeit als bisher zu schenken. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften hatten im Zusammenhang damit und mit der Reform des Wahlrechtes begonnen, vermehrt den Massenstreik als opportunes Mittel für die Durchsetzung von Arbeitnehmerinteressen einzusetzen. Unter dem Eindruck der gewerkschaftlich gelenkten Streikbewegung ging das Unternehmertum, allen voran die Eisen- und Stahlindustriellen, daran, antigewerkschaftliche Organisationen aufzubauen. Der „Bund Österreichischer Industrieller“ war ein erster Anstoß zu einer überregionalen, antigewerkschaftlichen Zusammenfassung der Unternehmerinteressen im Hinblick auf die Bewältigung des sozialen Konfliktpotentials. Seine Hauptaufgabe erblickte er darin, „eine Organisation der Industriellen anzustreben und nach und nach auszugestalten, die, der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter gleichwerthig, in der Lage ... sein wird, durch die Thatsache des Bestandes allein zahlreiche Strikes zu verhüten, und im Falle von ungerecht provocernten

⁶⁰) EBD. 420 Anm. 65.

⁶¹) LUDWIG BRÜGEL, *Soziale Gesetzgebung in Österreich von 1848 bis 1918. Eine geschichtliche Darstellung* (Wien – Leipzig 1919) 110; zur Taaffeschen Sozialpolitik umfassend KURT EBERT, *Die Anfänge der modernen Sozialpolitik in Österreich. Die Taaffesche Sozialgesetzgebung für die Arbeiter im Rahmen der Gewerbeordnungsreform (1879–1885)* (=Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie 15, Wien 1975); MARGARETE GRANDNER, *Conservative Social Politics in Austria, 1880–1890*; in: *Austrian History Yearbook* 27 (1996) 77–107.

⁶²) ARBEITSEINSTELLUNGEN UND AUSSPERRUNGEN in Österreich 1900 ff., hg. vom Arbeitsstatistischen Amt im k.k. Handelsministerium (Wien 1900 ff.).

Strikes der Kampforganisation der Arbeiter eine gerüstete und schlagfertige Organisation der Industriellen gegenüberzustellen⁶³). Rasch wurde er zum Antipoden der Gewerkschaften. Um deren Auftreten effizient begegnen zu können, organisierte er analog zu diesen seine Sektionen branchenmäßig bzw. nach regionalen Gesichtspunkten. Auf regionaler Ebene wurden diese zum Bollwerk der Industrie gegenüber den Branchengewerkschaften.

Tabelle 25: SEKTIONEN IM „BUND ÖSTERREICHISCHER INDUSTRIELLER“ UND REGIONALE VERTEILUNG DER MITGLIEDER (STAND: 1903/04)

a. Sektionen

Branchen	Mitglieder
Montanistik, Eisen- und Maschinenindustrie	279
Metallindustrie	198
Textilindustrie	307
Färbereien, Bleichereien und Appreturen	70
Holz- und Kork	93
Sägewerke	30
Stein, Zement, Ziegel und Kalk	104
Papier	103
Leder und Lederwaren	121
Asphalt und Teerprodukte	16
Gummi	15
Keramische Industrie	47
Glasindustrie	28
Genußmittel	59
Malz	33
Spiritus	36
Schokolade	9
Brauereien	80
Zucker	52
Mühlen	48
Mineralöl	10
Bundwaren	10
Chemische Industrie	51
Lack, Farben und Firnis	26
Graphische Industrie	32
Elektrizität	25
Bauunternehmen und Installateure	70
Seifen, Kerzen, Felle und Öle	75
Fahrzeuge	20
Gaswerke	21
Sonstige	63
Gesamt	2.131

⁶³) BERICHT DER CONSTITUIERENDEN VERSAMMLUNG am 14. November 1897 und der I. Generalversammlung des „Bundes Österreichischer Industrieller“ vom 28. April 1898 (Wien 1898) 34.

b. Regionale Verteilung der Mitglieder nach Kronländern

Kronland	Mitgliederzahl
Niederösterreich	683 (29,18%)
Böhmen	681 (29,09%)
Mähren	254 (10,85%)
Galizien	30 (1,28%)
Schlesien	83 (3,55%)
Bukowina	41 (1,80%)
Salzburg	25 (1,07%)
Oberösterreich	121 (5,17%)
Steiermark	134 (5,72%)
Kärnten	42 (1,79%)
Krain	37 (1,50%)
Gesamt	2.131

Quelle: SIGMUND KAFF, Die Unternehmer-Verbände in Österreich. Ihre Ziele und Kampfmittel (Wien 1908) 23 f.

Auf überregionaler Ebene nahm der Dachverband den industriellen Einfluß auf die staatliche Sozialpolitik wahr. Er startete auch, um die Arbeitgeberpolitik auf eine breitere Grundlage zu stellen, die Initiativen zur Gründung territorialer Arbeitgeberverbände (u. a. „Verband nordböhmischer Industrieller“, 1900; „Verband nordmährischer Industrieller“, 1903; „Verein der Wollindustriellen“, 1904). Ihre Gründung wurde für die Formierung der Industrie zur Abwehr der gewerkschaftlichen Forderungen in der sozialpolitischen Konfrontation richtungweisend. Im Gefolge der seit 1904 rapid ansteigenden Streikbewegung sowie der immer heftiger geführten Debatte um das Wahlrecht verstärkte sich unter den Arbeitgeberorganisationen die Forderung nach Einrichtung einer zentralen Koordinierungsstelle. Im Frühjahr 1906 war man so weit. Auf Drängen der stahlproduzierenden Großindustrie konstituierte sich zum „Schutz gegenüber unberechtigten Anforderungen der Arbeiterschaft“, zum „Schutz der Arbeitswilligen“ und „zur Förderung der Interessen der Arbeitgeber“ die „Hauptstelle der Arbeitgeberorganisationen der österreichischen Industriellen“ (ab 1909: „Hauptstelle industrieller Arbeitgeber-Organisationen“)⁶⁴). Mit je drei Vertretern im Vollzugsausschuß gaben „Bund“ und „Centralverband“ die politischen Leitlinien der „Hauptstelle“, der zum Zeitpunkt der Gründung bereits der „Industrielle Club“, der „Neunkirchner Verband“, der „Schutzverband der niederösterreichischen Brauereien“ und der „Wiener Industrielle Verband“ angehörten, vor. Um diese Kernorganisationen sammelten sich bis 1914 45 weitere Verbände mit insgesamt 1845 Mitgliedsfirmen und 453.350 Beschäftigten⁶⁵).

Mit der „Hauptstelle“ hatten sich die Unternehmer eine Organisation geschaffen, die mit einer breiten Palette von Aktivitäten (Protokolle, Broschüren;

⁶⁴) SIGMUND KAFF, Die Unternehmer-Verbände in Österreich. Ihre Ziele und Kampfmittel (Wien 1908) 26.

⁶⁵) ARBEITSEINSTELLUNGEN UND AUSSPERRUNGEN 1914, 209 f.

Gutachten, Eingaben an Zentralbehörden; Führen von Statistiken, mit denen man versuchte, den Einfluß von Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzung auf die Produktionskosten zu analysieren) für die Umsetzung ihres sozialpolitischen Programms auf betrieblicher Ebene sorgte, die die industriellen Interessen koordinierte, die bürgerliche Presse für die Arbeitgeberinteressen zu instrumentalisieren versuchte und die im Kampf gegen die Gewerkschaften etwa in der Frage des Anti-Streikgesetzes oder der Ausarbeitung einer einheitlichen Normal-, Fabriks- und Werkstättenordnung bei den staatlichen Stellen intervenierte⁶⁶). Ein zusätzliches Anliegen war der „Hauptstelle“ ein einheitliches Vorgehen der ihr angeschlossenen Verbände in Lohnfragen und bei der Erarbeitung von Kampfmaßnahmen gegen die Gewerkschaften. Das betraf die Aussperrungen und die Strategie, die Tarifverträge in einem bestimmten Zeitraum gleichzeitig auslaufen zu lassen⁶⁷).

Über die Ausrichtung und die Intensität ihres sozialpolitischen Kurses gab es zwischen der „Hauptstelle“ und der Regierung divergierende Auffassungen. Während sie auf antigewerkschaftliche und antisozialdemokratische Akzente setzte, um den Aufstieg der Sozialdemokratie zu bremsen, wollten Regierung und die reformwillige Staatsbürokratie über sozialpolitische Maßnahmen die Integration der Arbeiterschaft in die cisleithanische Gesellschaft vorantreiben. Unter dem Einfluß der Gewerkschaften hatte die Sozialdemokratie eine Neubewertung des Parlamentarismus vorgenommen. Spätestens seit den Reichsratswahlen 1907 hatte sich der parlamentarische Boden zu einem zusätzlichen Kampfplatz zwischen Arbeitgebern und sozialdemokratischen Gewerkschaften, die über die Partei ihre sozialpolitischen Forderungen umzusetzen versuchten, entwickelt. Die Verkürzung der Arbeitszeit oder die Einführung einer Arbeitslosenfürsorge wurden hier zu Reizthemen für die Arbeitgeberseite gemacht.

Die geänderten Bedingungen für die sozialpolitische Diskussion erforderten seitens der Industrie neue Strategien. Neben den bereits erprobten außerparlamentarischen Mitteln wie der Gründung von „gelben Vereinen“ als Streikbrecherorganisationen arbeitete die „Hauptstelle“ im letzten Jahrzehnt vor dem Weltkrieg an einer Neugestaltung der Beziehungen zu den nichtsozialdemokratischen Parteien im Reichsrat mit dem Ziel, eine bürgerliche Sammlungsbewegung auf die Beine zu stellen. Dazu gründete man auf Betreiben Max Friedmanns nach dem Vorbild des deutschen „Hansa-Bundes“ die „Wirtschaftliche Zentrale für Gewerbe, Handel und Industrie“ (1911). Sie sollte für eine Anpassung der Industriepolitik an die neuen politischen Strukturen sorgen und die Verbindung zu den nichtsozialistischen Abgeordneten im Reichsrat herstellen. Das führte einerseits zur Unterstützung von Wahlkomitees industriefreundlicher Kandidaten,

⁶⁶) Vgl. TÄTIGKEITSBERICHT DER HAUPTSTELLE industrieller Arbeitgeber-Organisationen für das Vereinsjahr 1912, erstattet der VI. ordentlichen Generalversammlung am 24. Februar 1913 (o.O. o.J.).

⁶⁷) GERALD UNGERSBÖCK, Vom „freien“ Arbeitsvertrag zum Kollektivvertrag; in: GERALD STOURZH, MARGARETE GRANDNER (Hgg.), Historische Wurzeln der Sozialpartnerschaft (= Wiener Beiträge zur Geschichte der Neuzeit 12/13, Wien 1986) 123–152, hier 144.

andererseits zu Kontakten zur deutschnationalen Arbeiterbewegung der böhmischen Industriegebiete sowie zu einer vorsichtigen Annäherung an die Christlich-soziale Partei. In ihr erblickte man primär jene Kraft, welche gegen die nach vorne drängenden Sozialdemokraten bestehen könnte. Die Verluste der Christlichsozialen bei den Reichsratswahlen 1911, insbesondere in Wien und Niederösterreich, blieben für die Politik der „Hauptstelle“ ohne nachhaltigere Folgen.

Durch die vorzeitigen Sessions-Schließungen unter den Regierungen Bienenrath und Gautsch sowie durch die Anwendung des § 14 durch die Regierung Stürgkh kam dem Abgeordnetenhaus in der Gestaltung der Sozialpolitik nur mehr eine untergeordnete Funktion zu; das Austragen der Konflikte zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden verlagerte sich in den außerparlamentarischen Bereich. Dieser entwickelte sich zum Exerzierfeld für den Ausbau eines kollektiven Arbeitsrechtes. Damit wurde aber aus den einstigen „Klassenkampfgegnern“ „Verhandlungs-“ und „Vertragspartner“, die zunächst noch ohne einen festen institutionellen Rahmen durch paritätisch besetzte Verfahrensweisen und Institutionen ein System des Interessenausgleichs aufzubauen begannen. Der Aufbau einer Kollektivvertragsbewegung, in die immer mehr Branchen einbezogen wurden, bezeugte das Aufeinander-Zugehen von Arbeiterschaft und Unternehmertum. Allein im Jahre 1912 schlossen beide Seiten miteinander schon 822 Verträge für 13.336 Betriebe mit 180.382 Beschäftigten⁶⁸). Ungeachtet der weiterhin bestehenden Unterschiede in lohnpolitischen und arbeitsrechtlichen Fragen hatte sich im Spannungsfeld von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden die Arbeitsverfassung bis 1914 grundlegend verändert.

b) Agrarier gegen Bauern: Das landwirtschaftliche Verbändewesen

Ähnlich schwierig wie in der Industrie stellte sich das Problem des Interessenausgleichs in der Landwirtschaft dar, wo die Klein- und Mittelbauern andere Ziele verfolgten als die Großagrarier. Dieser Gegensatz fand im landwirtschaftlichen Verbändewesen seinen Niederschlag. Anders als der industrielle Sektor konnte sich der agrarische in der Interessenorganisation auf tradierte Formen stützen. Vor allem wirkten die während der thesesianischen Zeit geschaffenen „Agricultur-Societäten“, die nun „Landwirtschafts-Gesellschaften“ hießen, bis ins späte 19. Jahrhundert weiter. Bedingt durch die Tatsache, daß seit 1861 ein großer Teil der agrarischen Kompetenzen zu einer Angelegenheit der Länder erklärte wurde, beschränkte sich ihr Wirkungsfeld auf die Kronländer. Die Landwirtschafts-Gesellschaften agierten als Auskunftsorgan für Regierung und Statthaltereien sowie als Begutachter bzw. bei der Subventionsvergabe als Unterbehörden des Ackerbau-Ministeriums⁶⁹). In dieser Funktion nahmen sie primär die Interessen der Großagrarier wahr und widersetzten sich, wie die „k. k. Pa-

⁶⁸) Vgl. GERALD STOURZH, Zur Institutionengeschichte der Arbeitsbeziehungen und der sozialen Sicherung – eine Einführung; in: EBD. 13–37; UNGERSBÖCK, Arbeitsvertrag 143.

⁶⁹) BERICHT ÜBER DIE THÄTIGKEIT des k.k. Ackerbau-Ministeriums in der Zeit vom 1. Jänner 1869 bis 30. Juni 1874, 1. Teil (Wien 1874) 40.

triotisch-ökonomische Gesellschaft im Königreich Böhmen“ (1770), erfolgreich der staatlichen Zentralisierungspolitik. Gerade im Falle der böhmischen Ackerbaugesellschaft offenbarte sich aber auch das Dilemma dieses agrarischen Verbandstyps. Eingebettet in den Konflikt zwischen den böhmisch-staatsrechtlichen und den staatlich-zentralistischen Rechtsansprüchen, ließ sich ihr agrarpolitischer Kurs mit der einsetzenden nationalen Aktivierung nicht mehr aufrechterhalten. Überdies konnte das in ihnen verankerte System landwirtschaftlicher Interessenwahrnehmung mit dem Strukturwandel der Agrarwirtschaft nicht länger Schritt halten. Das machte sie in der bestehenden Form unzeitgemäß⁷⁰⁾. Die Landwirtschafts-Gesellschaften waren reine Honoratiorenvereine, ergo blieb die mittel- und kleinbäuerliche Bevölkerung von ihnen ausgeschlossen.

Die einschneidenden Veränderungen von 1848, die durch die Grundentlastung und die Auflösung des Untertänigkeitsverhältnisses den Bauern u. a. auch deren ökonomische Unabhängigkeit brachten, bewirkten eine breite Verunsicherung, welche durch die liberal-kapitalistischen Reformen noch verstärkt wurde. Das Auslaufen der Agrarkonjunktur zu Beginn der siebziger Jahre legte die strukturellen Schwächen der österreichischen Landwirtschaft, die in eine schwere Krise schlitterte, offen. Einerseits kam es im Verlauf der Mobilisierung von Kapital, Personen, Grund und Boden zu einer rasanten Zunahme der Verschuldung der Bauern, andererseits produzierte die Überschwemmung des österreichischen Marktes mit ausländischen Agrarerzeugnissen eine neue Wettbewerbssituation, der das österreichische Bauerntum nicht gewachsen war⁷¹⁾. Dieses Umfeld veranlaßte die Agrarier, sich eigene Interessenorganisationen zu schaffen. Die Sammlung der Bauernschaft erfolgte auf mehreren Ebenen: auf der Ebene der Genossenschaften, auf der Ebene der Bauernvereine oder Bauernbünde, auf der Ebene der offiziellen halbstaatlichen Körperschaften, sowie auf der Ebene von politischen Organisationen.

Aufs Ganze gesehen war der Organisationsgrad in der Landwirtschaft bis in die sechziger Jahre schwach gewesen. Erst mit dem Inkrafttreten des Vereins- und Versammlungsgesetzes kam bei den landwirtschaftlichen Mittel- und Kleinproduzenten eine Organisierungswelle in Gang, die während der neunziger Jahre auf die breite Masse der Landwirte übergriff⁷²⁾. Mit dem Einsetzen der Agrardepression und dem parallel dazu sich vollziehenden Paradigmenwechsel, der die letzten Überreste der feudalen Gesellschaftsordnung beseitigte, griff eine größere Gruppe agrarischer Unternehmer als bisher zum Mittel der Interessenorganisie-

⁷⁰⁾ PETER HEUMOS, Agrarische Organisationen und nationale Mobilisierung in Böhmen im 19. Jahrhundert. Ein Überblick; in: WERNER CONZE, GOTTFRIED SCHRAMM, KLAUS ZERNACK (Hgg.), Modernisierung und nationale Gesellschaft im ausgehenden 18. und im 19. Jahrhundert. Referate einer deutsch-polnischen Historikerkonferenz (= Osteuropastudien der Hochschulen des Landes Hessen, Reihe I: Gießener Abhandlungen zur Agrar- und Wirtschaftsforschung des europäischen Ostens 99, Berlin 1979) 177–192, hier 182 ff.

⁷¹⁾ ROMAN SANDGRUBER, Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart (= Österreichische Geschichte, Wien 1995) 252 ff.

⁷²⁾ BRUCKMÜLLER, Landwirtschaftliche Organisationen 50.

rung in Form des Vereins. Einen Meilenstein in diese Richtung bildete das Genossenschaftsgesetz vom 9. April 1873. Es wurde zur Grundlage der bäuerlichen Mobilisierung. Im Bewußtsein, daß der Bauer gegen die Gefahren, die sich für ihn aus dem freien Spiel der Kräfte nach der Dekorporierung der ständisch bestimmten Gesellschaft ergaben, geschützt werden müsse, suchten ihm die Genossenschaften auf lokaler Ebene die Anpassung an die sich wandelnden ökonomischen Rahmenbedingungen zu erleichtern. Diese Form der Solidarität und Selbsthilfe war aber nur in einem begrenzten Rahmen praktikabel. Der Gedanke des bäuerlichen Selbstschutzes erforderte mehr als Wirtschaftshilfe. Dieses Manko zu kompensieren betrachteten die Bauernvereine als ihre Aufgabe. Mit dem Anspruch, den Betroffenen nicht nur Wirtschaftshilfe, sondern auch Rücken- deckung gegen eine als bauernfeindlich angesehene industriell-kapitalistische Ökonomie anzubieten, gingen sie bewußt über die genossenschaftlichen Zielsetzungen hinaus. Damit war der Grundstein für eine Interessenvertretung des Bauernstandes, die bald unter weltanschaulichen Blickwinkel gesehen wurde, gelegt. Der Bedarf innerhalb der Mittel- und Kleinagrari-er, sich zu organisieren, war enorm. Zwischen 1875 und 1886 verdoppelte sich die Zahl der landwirtschaftlichen Vereine (1875: 547; 1886: 1361) und der in ihr zusammengefaßten bäuerlichen Bevölkerung (1875: ca. 62.000 Mitglieder; 1886: ca. 121.000 Mitglieder)⁷³).

Was der Landwirtschaft nach wie vor fehlte, war eine zentrale länderübergreifende Interessenorganisation. Die Versuche, analog zu Industrie und Gewerbe eigene öffentlich-rechtliche Selbstverwaltungskörperschaften in Gestalt von Ackerbaukammern zu schaffen, mißlang, weil die Landwirtschafts-Gesellschaften nicht gewillt waren, etwas von ihrem Einfluß abzugeben⁷⁴). Das Maximum einer überregionalen Koordinierung agrarischer Interessen waren die unregelmäßig stattfindenden deutschösterreichischen Bauerntage. Was an Interessenverbänden bestand, hatte einen ausschließlich regional begrenzten Wirkungskreis. Diese Aufsplitterung erhielt durch den Aufstieg der nationalen Bewegungen seit den achtziger Jahren einen zusätzlichen Impuls. An die Stelle der böhmischen Landwirtschafts-Gesellschaft trat der staatlicherseits forcierte „Landeskulturrat für das Königreich Böhmen“ (1873). Die nationale Radikalisierung der ländlich-agrarischen Bevölkerung hatte man damit nicht in den Griff bekommen. Wenige Jahre nach der Konstituierung des böhmischen Landeskulturrates ver-

⁷³) ÖSTERREICHIS GESELLSCHAFTEN UND VEREINE FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT nach dem Stande zu Anfang des Jahres 1886, zusammengestellt im k.k. Ackerbau-Ministerium (Separat-Abdruck aus der Statistischen Monatsschrift) (Wien 1886) 5.

⁷⁴) STEFAN MALFÈR, Landwirtschaftliche Interessenvertretung im Spannungsfeld Zentralismus-Selbstverwaltung in Österreich. Eine Fallstudie aus der Mitte des 19. Jahrhunderts; in: XXIII. Mikulovská sympozia. IV. Sympozium „Spojující a rozdělicí na hranici“. Ústřední moc a regionální samospráva, 5.-7. října 1993/XXIII. Mikulov-Symposium. IV. Symposium „Verbindendes und Trennendes an der Grenze“. Zentralmacht und regionale Selbstverwaltung. 5. bis 7. Oktober 1993 (Brno 1995) 291-303, hier 297 ff.

abschiedeten sich die deutschsprachigen Delegierten aus ihm und gründeten einen eigenständigen „Deutschen landwirtschaftlichen Centralverband für Böhmen“ (1886). Die Reaktion der Tschechen ließ nicht lange auf sich warten. Die Diskussion um das Reichsgesetz über die Aufhebung der unbeschränkten Freiteilbarkeit von Grund und Boden führten die jungtschechische Bewegung und das tschechische Bauerntum zusammen. 1889 sammelten sich die tschechischen Groß- und Mittelbauern im „Selská jednota pro království České“ [Bauernbund für das Königreich Böhmen]. Rasch geriet dieser ins Fahrwasser der jungtschechischen Politik, die in der Bauernschaft die soziale Basis einer „nationalen“ Volkswirtschaft erblickte⁷⁵). Die böhmischen Deutschen reagierten prompt. Der Sekretär des „Deutschen landwirtschaftlichen Centralverbandes für Böhmen“, Stephan Richter, initiierte den „Bund deutscher Landwirte in Böhmen“ (1898)⁷⁶). Dieser war schon weniger eine Interessenvertretung als vielmehr eine parteipolitische Vorfeldorganisation. Er war auch Ausdruck jener nationalen Polarisierung, die in den gemischtsprachigen Sudeten- wie den südlichen Alpenländern immer offensichtlicher wurde. Nach nationalen Prinzipien konstituierte Genossenschaftsverbände, auf den regionalen Markt konzentriert, nahmen überhand.

Im selben Jahr als in Böhmen im landwirtschaftlichen Organisationswesen die nationale Aufsplitterung ihren Lauf zu nehmen begann, konnten im genossenschaftlichen Sektor die Länderorganisationen zu einer Reichsorganisation, dem „Allgemeinen Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften in Österreich“ (1898), zusammengefaßt werden. Dessen Aufgabe war die Vertretung der „gemeinsamen genossenschaftlichen beziehungsweise Vereinsinteressen der angehörigen Genossenschaften und ihrer Verbände gegenüber [der] Gesetzgebung und Verwaltung“⁷⁷). Ende 1900 umfaßte er 1931 Genossenschaften und 148.986 Mitglieder:

Tabelle 26: MITGLIEDERZAHLEN DES „ALLGEMEINEN VERBANDES LANDWIRTSCHAFTLICHER GENOSSENSCHAFTEN IN ÖSTERREICH“ (STAND: ENDE 1900)

„Niederösterreichische Genossenschafts-Zentralkasse“	537 Genossenschaften, davon drei Zentralgenossenschaften, 477 genossenschaftliche Darlehenskassenvereine und 57 landwirtschaftliche Genossenschaften
„Landesausschuß von Oberösterreich für die oberösterreichische Genossenschaftskasse“	192 Genossenschaften, davon 191 genossenschaftliche Darlehenskassenvereine und eine weitere Genossenschaft

⁷⁵) PETER HEUMOS, Agrarische Interessen und nationale Politik in Böhmen 1848–1889. Sozialökonomische und organisatorische Entstehungsbedingungen der tschechischen Bauernbewegung (=Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa 11, Wiesbaden 1979) 168 f., 191–231.

⁷⁶) STEPHAN RICHTER, Das landwirtschaftliche Vereins- und Genossenschaftswesen; in: Geschichte der österreichischen Land- und Forstwirtschaft und ihren Industrien 1848–1898, Supplementband (Nachträge und Specialabhandlungen) 1. und 2. Hälfte (Wien 1901) 509–653, hier 513.

⁷⁷) EBD.

„Verband der landwirtschaftlichen Genossenschaften in der Steiermark“	152 Genossenschaften, davon 143 genossenschaftliche Darlehenskassenvereine und neun landwirtschaftliche Genossenschaften
„Landesverband der landwirtschaftlichen Genossenschaften in Kärnten“	65 Genossenschaften, davon 65 Darlehenskassenvereine
„Anwaltschaftsverband der deutsch-tirolerischen Spar- und Darlehenskassenvereine“	200 Genossenschaften, davon 200 Darlehenskassenvereine
„Verband der Spar- und Darlehenskassenvereine in Vorarlberg“	57 Genossenschaften, davon 57 Darlehenskassenvereine
„Zentralverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften Böhmens“	385 Genossenschaften, davon 371 Darlehenskassenvereine und 15 landwirtschaftliche Genossenschaften
„Zentralverband der deutschen Genossenschaften Mährens und Schlesiens“	212 Genossenschaften, davon 212 Darlehenskassenvereine
„Verband der Spar- und Darlehenskassenvereine in Schlesien“	122 Genossenschaften, davon 122 Darlehenskassenvereine

Quelle: STEPHAN RICHTER, Das landwirtschaftliche Vereins- und Genossenschaftswesen; in: Geschichte der österreichischen Land- und Forstwirtschaft und ihren Industrien 1848–1898, Supplementband (Nachträge und Specialabhandlungen) 1. und 2. Hälfte (Wien 1901) 509–653, hier 628 f.

Der „Allgemeine Verband“ war anfangs eine rein deutsche Gründung. Ihm schlossen sich vorerst nur die dem österreichischen Deutschtum entstammenden Raiffeisen-Organisationen an, während die Körperschaften der nichtdeutschsprachigen Landwirte nur an den Einrichtungen für den gemeinsamen Einkauf und Absatz partizipierten⁷⁸⁾. In der Folge waren es staatliche Initiativen wie das „Programm des k.k. Ackerbau-Ministeriums“, betreffend die Förderung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens in Österreich“ (1899), die eine Öffnung des Verbandes gegenüber den nichtdeutschsprachigen Genossenschaften förderten. Mit der Schaffung einer „Bezugs- und Absatzorganisation der österreichischen Landwirte“ innerhalb des „Allgemeinen Verbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften in Österreich“ erfolgte eine richtungweisende Weichenstellung. Die ihm angeschlossenen 29 Bezugsorganisationen und die ebenfalls in ihm zusammengefaßten 23 Genossenschafts-Zentralkassen repräsentierten nicht mehr allein das deutschsprachige Element⁷⁹⁾.

⁷⁸⁾ EBD. 629.

⁷⁹⁾ EBD. 637 ff.; vgl. auch BRUCKMÜLLER, Landwirtschaftliche Organisationen 145 Anm. 48; ROMAN SANDGRUBER, Die Landwirtschaft in der Wirtschaft – Menschen, Maschinen, Märkte; in: ERNST BRUCKMÜLLER, ERNST HANISCH, ROMAN SANDGRUBER, NORBERT WEIGL (Hgg.), Geschichte der österreichischen Land- und Forstwirtschaft im 20. Jahrhundert I: Politik, Gesellschaft, Wirtschaft (Wien 2002) 191–408, hier 379 f.; ERNST BRUCKMÜLLER, Vom „Bauernstand“ zur „Gesellschaft des ländlichen Raumes“ – Sozialer Wandel in der bäuerlichen Gesellschaft des 20. Jahrhunderts; in: EBD. 409–591, hier 540 ff.

Tabelle 27: BEZUGSORGANISATIONEN INNERHALB DES „ALLGEMEINEN VERBANDES LANDWIRTSCHAFTLICHER GENOSSENSCHAFTEN“ (STAND: 1899)

I. Böhmen	<p>„Zentralverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften Böhmens“, Prag „Landwirtschaftlicher Ankaufsverein für das nordöstliche Böhmen“, Friedland (Frýdlant) „Ústřední jednota českých hospodářských společenstev v království Českém“ [Zentralverband der tschechischen landwirtschaftlichen Genossenschaften für das Königreich Böhmen], Prag „Zemská jednota nákupních prodejních a výrobních společenstev zemědělských v království Českém“ [Landesverband der landwirtschaftlichen Produktions-, Ein- und Verkaufsgenossenschaften für das Königreich Böhmen], Prag</p>
II. Mähren	<p>„Zentralverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften Mährens und Schlesiens, Brünn (Brno) „Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft für die Markgrafschaft Mähren“, Brünn „Landeskulturrat für die Markgrafschaft Mähren, deutsche Sektion“ „Ústřední svaz českých hospodářských společenstev v markrabství Moravském“ [Zentralverband der tschechischen landwirtschaftlichen Genossenschaften für die Markgrafschaft Mähren], Brünn</p>
III. Schlesien	<p>„Verband der Spar- und Darlehenskassenvereine in Schlesien“, Bielitz (Bílsko, Bielsko, Bielsko-Biala) „Landwirtschaftlicher Vorschußverein Bielitz-Biala“, Bielitz</p>
IV. Niederösterreich	<p>„Verband ländlicher Genossenschaften in Niederösterreich“, Wien „K. k. Landwirtschafts-Gesellschaft“, Wien</p>
V. Oberösterreich	<p>„Landeskulturrat im Erzherzogtum Österreich ob der Enns“, Linz „K. k. Landwirtschafts-Gesellschaft für Österreich ob der Enns“, Linz</p>
VI. Steiermark	<p>„Verband der landwirtschaftlichen Genossenschaften in Steiermark“, Graz</p>
VII. Kärnten	<p>„Landesverband der landwirtschaftlichen Genossenschaften in Kärnten“, Klagenfurt</p>
VIII. Krain	<p>„k. k. Landwirtschafts-Gesellschaft für Krain“, Laibach „Gospodarska Zveza“ [Wirtschaftsverband], Laibach</p>
IX. Salzburg	<p>„k. k. Landwirtschafts-Gesellschaft für das Herzogtum Salzburg“, Salzburg</p>
X. Tirol	<p>„Verband der Tiroler landwirtschaftlichen Bezirks-Genossenschaften“, Innsbruck „Verband der landwirtschaftlichen Bezirks-Genossenschaften Deutsch-Südtirols“, Bozen (Bolzano) „Consiglio provinciale d'agricoltura per Tirolo sezione di Trento“, Trient (Trento)</p>
XI. Vorarlberg	<p>„Verband der Spar- und Darlehenskassenvereine in Vorarlberg“, Wolfurt</p>
XII. Dalmatien	<p>„Landwirtschaftliche Agentur der k.k. Statthalterei“, Zara (Zadar)</p>

XIII. Istrien	„Consiglio agrario provinciale dell' Istria“, Parenzo (Poreč) „Consorzio agrario distrettuale di Pirano“, Pirano (Peran, Piran) „Gospodarsko društvo“ [Landwirtschaftsverein], Mitterburg (Pisino, Pazin)
XIV. Galizien	„Towarzystwo rolnicze okregowe“ [Bezirkslandwirtschaftsgesellschaft], Wieliczka „Biuro patronatu dla spółek oszczędności i pożyczek we Lwowie“ [Büro des Schutzverbandes für die Spar- und Darlehensgesellschaften in Lemberg], Lemberg (Lwów, L'viv)

Quelle: RICHTER, Landwirtschaftliches Vereins- und Genossenschaftswesen 637 ff.

Einer der letzten Schritte zu einer einheitlichen übernationalen Ausgestaltung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens in Cisleithanien stellte die von Regierungsseite initiierte Gründung der „Central-Genossenschaft für die österreichischen Landwirte“ dar. Mit ihr gelang es, ein föderalistisches, länderübergreifendes Element zumindest in der Führungsetage des Verbandes einzuführen. Es handelte sich dabei um einen jener Versuche, einzelne Länderorganisationen im Sinne einer Staatsintegration zu einem Ganzen zusammenzufügen. Doch blieb es ein unzulängliches Unterfangen. Die entscheidende Frage, nämlich jene nach einer völkerübergreifenden Verbindung, blieb ungelöst. Indirekt arbeitete man staatlicherseits einer solchen sogar entgegen. Die Regierungsvorlage über die „Berufsgenossenschaften der Landwirte“ des Jahres 1896 – sie wurde erst sechs Jahre später nach zahlreichen Abänderungen Gesetz (RGBl. Nr. 91/1902) – räumte den Landtagen größeren Einfluß auf die Gestaltung und Durchführung des Genossenschaftswesens ein als den staatlichen Stellen. Insbesondere erhielten die Landtage die Kompetenz, in Analogie zur Zweiteilung bei den böhmischen und tirolischen Landeskulturräten auch bei den Genossenschaftsverbänden der einzelnen Kronländern eine nationale Zweiteilung zu beschließen⁸⁰). 1913 war die nationale Separierung so weit gediehen, daß Deutsche, Tschechen, Slowenen, Polen, Italiener, Serbokroaten, Ruthenen wie Rumänen im landwirtschaftlichen Sektor über eigenständige Genossenschaftsverbände verfügten und der „Allgemeine Verband“ bedeutungslos geworden war.

Im Gegensatz zu den „Landwirtschafts-Gesellschaften“ waren die Landeskulturräte „als berufsständische Vertretung zur Pflege der Landeskultur und Förderung der wirtschaftlichen Interessen der Landwirtschaft ihres Landes“ gedacht⁸¹). Bis 1914 waren sie jedoch noch nicht in allen Kronländern (Böhmen, 1873; Tirol, 1881; Istrien 1884; Dalmatien 1886; Österreich ob der Enns, 1886; Bukowina

⁸⁰) ERNST MISCHLER, JOSEF ULBRICH (Hgg.), Österreichisches Staatswörterbuch. Handbuch des gesamten österreichischen öffentlichen Rechtes, 4 Bde. (Wien ²1905–1909) III 453–468 (Artikel Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften, Moriz Ertl), hier 466 ff.

⁸¹) Vgl. 50 JAHRE PRÄSIDENTENKONFERENZ landwirtschaftlicher Hauptkörperschaften in Österreich. Ein Bericht über die Entwicklung der land- und forstwirtschaftlichen Berufsvertretung und der Agrarwirtschaft Österreichs 1908–1958, erstellt von Leopold Greil (Wien 1959) 6.

1900; Mähren 1905; Österreich unter der Enns, 1905; Kärnten, 1910; Vorarlberg, 1911) eingerichtet worden⁸²⁾. Mit ihnen hatte man eine Körperschaft für die Artikulation agrarischer Interessen auf Kronlandsebene geschaffen. Sie waren aber in keiner Weise jene länder- und nationenübergreifende Vertretung, wie es zur Koordinierung vor allem der mittel- und kleinbäuerlichen Interessen vonnöten gewesen wäre, um die Stellung des Agrarsektors in einer sich in Entwicklung befindlichen Industriegesellschaft nur einigermaßen zu behaupten.

An Versuchen, eine derartige gesamtstaatliche Interessenvertretung zustande zu bringen, hatte es nicht gemangelt. 1879 forderte der „Club der Landwirte“ anlässlich der Vorbereitungen für den österreichischen Agrartag die Schaffung einer cisleithanischen Reichskommission, die sich ausschließlich landwirtschaftlichen Themen widmete. Seine Bemühungen führten zu keinem Ergebnis. Ebenso waren die im Rahmen der Agrarkongresse von 1868 und 1873 seitens der Ackerbauminister Alfred Graf Potocki und Julius Falkenhayn in die Wege geleiteten Initiativen zur Etablierung von Ackerbaukammern nach dem Vorbild von Handels- und Gewerbekammern nicht von Erfolg begleitet. Erst 1902 folgte mit dem schon erwähnten Reichsrahmengesetz über die Berufsgenossenschaften für Landwirte ein Schritt in diese Richtung⁸³⁾. Da in keinem einzigen Kronland ein entsprechendes Landesdurchführungsgesetz erlassen wurde, kam eine gesamtstaatliche agrarische Interessenvertretung nicht zustande. Die Organisation bäuerlicher Interessen beschränkte sich auf das Kronland, wo das nationale Denken bei den klein- und mittelbäuerlichen Schichten Einzug hielt. Die schmale Schichte des konservativ-monarchischen Großgrundbesitzes und dessen Interessenorganisationen, der „Club der Landwirte“ (1875), verloren innerhalb des landwirtschaftlichen Verbandssystems immer mehr an politischem Gewicht.

1875 hatte sich auf Initiative des Ministerialrates im Ackerbauministerium, Wilhelm Ritter von Hamm, der „Club der Landwirte in Wien“ (ab 1877: „Club der Land- und Forstwirte in Wien“) konstituiert. In ihm sammelte sich jenes länder- und völkerübergreifende Publikum von aristokratischen Grundbesitzern und Bürokraten, deren Programm klar abgesteckt war: die „Erweiterung des Einflusses auf die Entscheidung großer landwirtschaftlicher Tagesfragen durch Stellungnahme zu denselben, nötigenfalls durch initiatives Vorgehen“⁸⁴⁾. Dabei war man sich des Dilemmas, vor dem die Landwirtschaft im Modernisierungsprozeß stand, bewußt und suchte nach Möglichkeiten, die Auswirkungen des Einbruchs marktwirtschaftlicher und kapitalistischer Elemente in den Agrarmarkt zu verringern. Um dieses Kernanliegen herum entwickelte der „Club der Landwirte“ bis 1914 eine breite Palette von Vorschlägen, die tagespolitische (z. B. Wahlreform), praktische (z. B. Viehseuchengesetz, Branntweinmonopol, Nord-

⁸²⁾ MISCHLER, ULBRICH (Hgg.), Staatswörterbuch III 463–466; ERNST BRUCKMÜLLER, Sozialgeschichte Österreichs (Wien – München ²2001) 297.

⁸³⁾ 50 JAHRE PRÄSIDENTENKONFERENZ 7 f.

⁸⁴⁾ FESTSCHRIFT ANLÄSSLICH DES FÜNFZIGJÄHRIGEN BESTANDES DES KLUB DER LAND- UND FORSTWIRTE in Wien 1875–1925 (Wien 1925) 2.

bahn-Frage, Donau-Oder-Kanal) wie zoll- und außenhandelspolitische Fragen umfaßten⁸⁵). Letztere sorgten intern für rege Diskussionen. In der Frage, ob Protektionismus oder Freihandel befürwortet werden sollte, war man während der siebziger Jahre noch gespalten. In einer Versammlung kurz nach seiner Gründung votierte nur eine knappe Mehrheit (72 gegen 52) für eine „vorsichtige Weiterführung des Systems gemäßigter Schutzzollpolitik“⁸⁶). Angesichts der praktischen Erfahrungen (Import billigen amerikanischen Getreides und Verfall des einheimischen Preisniveaus) predigte der „Club“ aber bald nur mehr das Evangelium des strengen Protektionismus, für das seine Vertreter im Reichsrat (Emanuel von Proskowetz sen., Karl Belrupt) bei der Behandlung der Zolltarifangelegenheiten warben. Es waren keine kühnen, fortschrittsbewußten, sondern defensive Gedanken, die vom „Club der Landwirte“ zur Bewältigung der Krise des Agrarmarktes entwickelt wurden. Man vermied es, der „jungen agrarischen Bewegung näherzutreten, zu den auftauchenden Tagesfragen Stellung zu nehmen und die gefaßten Entschließungen durch eine richtige Propaganda zu vertreten“⁸⁷). Mit diesem Verzicht machte er sich selbst unattraktiv. Die Mitgliederzahlen sanken von einem Höchststand von 468 (1876) auf einen Tiefststand von 240 (1901/02). Bei den politischen Entscheidungsträgern fanden seine Ideen immer weniger Anklang. Der „Club der Landwirte“ fiel in die politische Bedeutungslosigkeit. Das Experiment einer überregionalen Interessenvertretung war gescheitert. Das wog unso schwerer, als – wie erwähnt – bis Anfang der neunziger Jahre alle Versuche der österreichischen Bauernschaft, zu einer einheitlichen gesamtstaatlichen Interessenvertretung zu gelangen, versandeten. Die Pläne zum Aufbau von Kammern wurden nicht realisiert, die Landeskulturräte spalteten sich nach nationalen Gesichtspunkten, und die Bauernvereinsbewegung erreichte im regionalen Bereich zwar einen hohen Organisationsgrad, splitterte sich aber in Gruppierungen auf, die ihr Agieren nicht primär nach standespolitischen, sondern nach weltanschaulichen und nationalen Denkmustern ausrichteten⁸⁸).

Im Verlaufe der Konfrontation zwischen Staat und Kirche während des Kulturkampfes hatte sich die deutschsprachige Bauernschaft zu politisieren begonnen: auf der einen Seite unter liberal-nationalen Prinzipien, auf der anderen in Opposition zu den liberalen Schul- und Kirchengesetzen unter katholisch-konservativen

⁸⁵) Vgl. Verzeichnis der Vorträge 1875 bis März 1925; in: EBD. 45–664. Aus der Vielzahl der Veröffentlichungen seien angeführt: DENKSCHRIFT ÜBER DEN AUSBAU DER WASSERSTRASSEN IN ÖSTERREICH und über den Bau eines Donau-Oder-Kanals (Wien 1884); LUDWIG ÖLWEIN, Über den Bau der Wasserstraßen in Österreich (Wien 1891); DISKUSSION ÜBER DEN AUSBAU DER WASSERSTRASSEN in Österreich und insbesondere über die Herstellung eines Donau-Oder-Kanals (Wien 1891); LEOPOLD KOLOWRAT, Nationale Getreidepreisbildung (Wien 1902).

⁸⁶) FESTSCHRIFT DES KLUB DER LAND- UND FORSTWIRTE 3.

⁸⁷) EBD. 16.

⁸⁸) ÖSTERREICHISCHES GESELLSCHAFTEN UND VEREINE FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT 342 ff.; BRUCKMÜLLER, Landwirtschaftliche Organisationen 201. Für die Bauernvereine im regionalen Rahmen siehe oben die einzelnen Beiträge zum Vereinswesen in den Ländern.

Vorzeichen, kaum im sozialdemokratischen Umfeld⁸⁹⁾. Was den im Vorfeld politischer Parteien agierenden Bauernorganisationen lange Zeit fehlte, war eine zentrale parteien- wie länderübergreifende Organisationsgrundlage. Ein Versuch zur Errichtung einer überregionalen Organisation, eines „Bundes österreichischer Landwirte“, war 1893 gescheitert⁹⁰⁾. Die politische Wirkung der örtlichen Genossenschaften und Bauernvereine auf die überregionale Agrarpolitik blieb, obwohl sich ihre Zahl zwischen 1873 (1555) und 1908 (13.848) rapid vergrößerte, angesichts der Enge ihres Tätigkeitshorizonts bescheiden⁹¹⁾.

Um die Jahrhundertwende standen die österreichischen Agrarier erst vor dem Eintritt in das Verbändezeitalter, in dem der „schlafende Riese der altösterreichischen Politik“ zu neuem Leben erweckt werden sollte⁹²⁾. Doch nun kam die große Stunde der Agrarverbände. Die abnehmende wirtschaftliche Bedeutung des Agrarsektors im Zuge der Industrialisierung, gepaart mit dem Gefühl, in eine ökonomische Notlage geraten zu sein, vor allem aber das Erkennen des Einflußverlustes auf die staatlichen Entscheidungen, führten zu einer großangelegten agrarischen Interessenmobilisierung: durch die von August Kaiser im Reichsrat organisierte „Freie agrarische Vereinigung“ (1897) als überparteilicher Zusammenschluß von agrarischen Abgeordneten und durch die Gründung einer reichsweiten Dachorganisation, der „Österreichischen Zentralstelle zur Wahrung land- und forstwirtschaftlicher Interessen beim Abschluß von Handelsverträgen“ (1898). Beide zeichneten dafür verantwortlich, daß es nach 1900 innerhalb der Agrarier zu einem hohen Grad an Geschlossenheit kam.

Die „Zentralstelle“ verkörperte den Typ einer pressure group, wie es ihn bis zu diesem Zeitpunkt nur in der Industrie gegeben hatte. Zumindest für ein Jahrzehnt stand sie im Zentrum der agrarischen Interessenvertretung, weil sie es verstand, die gesamte Land- und Forstwirtschaft vom kleinen Bauern bis zum Großgrundbesitzer, deren Anteil am Gesamtmitgliederstand überaus gering blieb, auf einen Nenner zu bringen. Für die Errichtung eines Systems kollektiver Sicherheit und die Bekämpfung der ausländischen Konkurrenz war man kurzfristig sogar bereit, über den eigenen Schatten zu springen und sich mit Teilen der Industrie zu arrangieren. Im Zusammenhang mit der Zolltarif-Diskussion nach der Jahrhundertwende fanden sich beide Parteien zu einer Reihe von gemeinsamen

⁸⁹⁾ Vgl. GÜNTHER R. BURKERT, „Arbeit, Bildung, deutsch und frei“. Deutschnationale Beeinflussungsversuche österreichischer Bauern 1880–1914; in: *Geschichte und Gegenwart* 6 (1987) 187–211 und 243–257; DERS., *Österreichische Bauernvereine 1869 bis 1914. Ein Instrument der Sozialdemokratie zur politischen Mobilisierung des bäuerlichen Proletariats?*; in: *Geschichte und Gegenwart* 2 (1983) 247–281 und EBD. 3 (1984) 198–224; ERNST HANISCH, *Die Politik und die Landwirtschaft*; in: ERNST BRUCKMÜLLER, ERNST HANISCH, ROMAN SANDGRUBER, NORBERT WEIGL (Hgg.), *Geschichte der österreichischen Land- und Forstwirtschaft im 20. Jahrhundert I: Politik – Gesellschaft – Wirtschaft* (Wien 2002) 15–189, hier 21 ff.

⁹⁰⁾ FRANKL, *Zentralstelle* 4.

⁹¹⁾ FRANZ SOMMEREGGER, *Die Wege und Ziele der österreichischen Agrarpolitik seit der Grundentlastung. Vortrag gehalten bei der „Sozialen Woche“ (5. bis 10. September 1911) zu Wien (=Soziale Studien 3, Wien 1912) 91.*

⁹²⁾ LOTHAR HÖBELT, *Kornblume und Kaiseradler. Die deutschfreiheitlichen Parteien Altösterreichs 1882–1918* (Wien – München 1993) 229.

Aktionen zusammen. Ab 1903 wurde diese „Ehe auf Zeit“ allerdings immer brüchiger. Angesichts der härter geführten Verteilungskämpfe entwickelte sich die „Zentralstelle“ der Agrarier immer mehr zum Antipoden des „Centralverbandes der Industriellen Österreichs“.

Die Hauptintention der „Zentralstelle“ richtete sich zunächst darauf, die politische Desintegration durch eine über den Streitparteien stehende Agrarpolitik zu neutralisieren. Ihre mehrheitlich dem Deutschtum entstammenden Proponenten (u. a. der Sekretär der niederösterreichischen „k. k. Landwirtschafts-Gesellschaft“ Adolf Hohegger, Ludwig Frankl, Johann Oberndorfer, Robert Sand, Karl Fürst Auersperg) erklärten die Überwindung des Partikularismus unter den Landwirten zur causa prima. In dieser Hinsicht agierte sie nicht ohne Erfolg. Verbandsintern wurde 1904 bzw. 1906 für die Polen (Włodzimierz von Gniewosz) und Tschechen (Jan Rozkošný) eine Vizepräsidentenstelle eingerichtet. Bis 1908 kam mit Ausnahme von Görz, Gradiska, Triest und Vorarlberg aus jedem Kronland zumindest ein Mitglied. Selbst die unterschiedlichen politischen Standpunkte eines Franz Peschka, Karel Prášek, Franz Hagenhofer oder Friedrich Karl Rokitansky waren kein Hindernis, in Agrarfragen zu einem Konsens zu gelangen. Bis 1908 waren breite bäuerliche Kreise in der „Zentralstelle“ zusammengefaßt. Nicht zufällig erreichten in diesem Jahr die Mitgliederzahlen einen Höchststand:

Tabelle 28: MITGLIEDERZAHLEN (KÖRPERSCHAFTEN) DER „ÖSTERREICHISCHEN ZENTRALSTELLE ZUR WAHRUNG LAND- UND FORSTWIRTSCHAFTLICHER INTERESSEN“ 1899–1908

Wirkliche Mitglieder:			Unterstützende Mitglieder:			Fördernde Mitglieder:		
Jahr	Körperschaften	Davon Zentral-körperschaften	Jahr	insgesamt	Davon Großgrundbesitzer	Jahr	Insgesamt	Davon Einzelpersonen/ landwirtschaftliche Vereine, Genossenschaften
1899	27	15	1899	6	4	1900	82	73/ 9
1900	33	18	1900	11	8	1901	163	106/ 57
1901	45	20	1901	19	16	1902	231	122/109
1902	46	22	1902	18	16	1903	301	159/142
1903	51	26	1903	25	23	1904	342	162/180
1904	54	30	1904	25	23	1905	363	167/194
1905	62	37	1905	26	24	1906	377	164/213
1906	65	43	1906	26	24	1907	389	169/220
1907	69	47	1907	26	24	1908	387	167/220
1908	70	48	1908	25	23			

Quelle: LUDWIG FRANKL, Zehn Jahre Agrarische Zentralstelle. Festschrift anlässlich der Feier des zehnjährigen Bestehens der Österreichischen Zentralstelle zur Wahrung der land- und forstwirtschaftlichen Interessen beim Abschlusse von Handelsverträgen (Wien 1908) 25 f.

Wie die Industriellen fanden die Agrarier die Schuld für ihre Probleme in der Laissez-faire-Politik. Daher schworen sie sich auf eine anti-freihändlerische

Außenhandelspolitik ein. Ein zweites Ziel war – das wurde im Programm der „Zentralstelle“ unmißverständlich formuliert – die Erhaltung der führenden Stellung der Landwirtschaft gegenüber dem aufsteigenden Industrie- und Dienstleistungssektor. Konkret bedeutete das die Regelung zoll- und handelspolitischer Angelegenheiten im Sinne einer restriktiven Importpolitik sowie die Erörterung der Frage einer künftigen Revision der ökonomischen Beziehungen zur transleithanischen Reichshälfte⁹³). Anlässlich der anstehenden Ausgleichsverhandlungen und der Neuordnung der österreichischen Außenhandelsbeziehungen machten sie die beiden Forderungen zu den Hauptthemen ihrer Aktivitäten. Diese Zielsetzung vor Augen intensivierte man die Kontakte zu den staatlichen Stellen.

Was mit Bauertagen und Agrarkongressen begonnen hatte, mündete nach 1900 in eine engere Verflechtung der „Zentralstelle“ mit der hohen Ministerialbürokratie und mit Regierungsstellen. Dabei kamen mehr die Wünsche der Großgrundbesitzer, kaum jene der Klein- und Mittelbauern zur Geltung. Nicht selten passierte es, daß die klein- und mittelbäuerlichen Landwirtschaftsvereine der Alpenländer in der „Zentralstelle“, ohne es zu wissen und zu wollen, die Interessen der Getreidegroßproduzenten der Sudetenländer vertraten⁹⁴). Bezeichnenderweise kamen in den Anfangsjahren die Präsidenten der „Zentralstelle“ (Johann Graf Ledebur-Wicheln 1898–1899; Adalbert Graf Kottulinsky 1899–1904; Ferdinand Graf Buquoy 1904–1905; Karl Fürst Auersperg 1905–1907) aus dem Großgrundbesitz. Bereits wenige Jahre nach der Gründung war man als Lobby personell in der Legislative stark vertreten. Mit dem Einzug von 129 Landwirten (davon 27 Großgrundbesitzer und 108 „Bauern“) hatten die Reichsratswahlen 1907 für die Agrarier einen überwältigenden Erfolg gebracht⁹⁵). Ebenso wurden nun Mitglieder der „Zentralstelle“ als Ackerbauminister in die Regierung berufen (Alfred Ebenhoch, Ferdinand Graf Buquoy, Franz Freiherr von Zenker).

Anders als die Industriellen hatten die Landwirte mit der „Zentralstelle“ eine einzige reichsweite Interessenvertretung, die es für nahezu ein Dezennium verstand, die agrarischen Vertreter fast aller Kronländer und Parteirichtungen unter einen Hut zu bringen. Ihre Mitgestaltungsmöglichkeiten an der staatlichen Handels- und Agrarpolitik verbesserten sich kontinuierlich, zumal die Staatsinstanzen unter dem Zwang der politischen Ereignisse nicht umhin kamen, mit ihr eine Allianz einzugehen und sie in die Entscheidungsabläufe einzubinden. Sie beeinflusste die Subventions- und Steuerpolitik für den agrarischen Sektor ebenso wie

⁹³) FRANKL, Zentralstelle 7 f.; FRANZ SOMMEREGGER, Die Forderungen der österreichischen Landwirtschaft hinsichtlich der Erneuerung des Zolltarifs und der Handelsverträge. Rede gehalten in der Hauptversammlung des katholisch-konservativen Bauernvereines für Mittel- und Obersteiermark (Graz 1912) 13 f.

⁹⁴) BRUCKMÜLLER, Landwirtschaftliche Organisationen 227 f.

⁹⁵) Vgl. FRITZ FREUND, Das österreichische Abgeordnetenhaus. Ein biographisch-statistisches Handbuch. 1907–1913. XI. Legislaturperiode. XVIII. Session (Wien [1907]) 22; ADLGASSER, Kontinuität oder Wandel? 80.

die Zolltarifverhandlungen des Jahres 1906, die eine starke Erhöhung der Agrarzölle brachten. Dieser Agrarlobbyismus fand in ihrem Sekretär, Alfred Simitsch von Hohenblum, seinen herausragenden Protagonisten⁹⁶). Der „Schöpfer des Agrarismus in Österreich“ und einer der „am meisten gefürchteten Lobbyisten der Monarchie“ koordinierte mit unablässigem Eifer die Interessen der österreichischen Landwirtschaft. Entsprechend umfassend war sein publizistisches Wirken⁹⁷).

Eine der Forderungen, mit der sich die „Zentralstelle“ nicht durchzusetzen vermochte, war die brisante Frage der Erneuerung des Ausgleichs mit Ungarn. Unter dem Motto „Los von Ungarn“ hatte sie seit 1901 die Politik einer ökonomischen Trennung von Ungarn verfochten, ohne die Zollgemeinschaft völlig auflösen oder gar die Zwischenzolllinie vor 1851 wiedereinführen zu wollen⁹⁸). Darin war sie sich mit der tschechischen „Selská jednota“ einig. Die Chancen, mit ihren Vorstellungen durchzukommen, waren jedoch von vornherein minimal. Der Widerstand der Industrieverbände, die auf Ungarn als Absatzmarkt nicht verzichten wollten, war ihr sicher. Ebenso klar war, daß sich die Wiener Regierung in dieser Frage nur auf die Seite der Industriellen stellen konnte. Man empfand die ökonomischen Zugeständnisse an Budapest allemal noch akzeptabler als ein Nachgeben gegenüber dem Druck der separatistischen Agrarlobbyisten⁹⁹).

Freilich machten sich um 1910 erste Anzeichen eines Auseinanderbrechens des bis dahin geschlossenen landwirtschaftlichen Blocks bemerkbar. Die aufstrebenden Christlichsozialen übernahmen nun viele jener Themen, die bis dahin noch durch die „unpolitische“ „Zentralstelle“ vertreten worden waren. Zusätzlich verstärkte sich innerhalb der Agrarier die Front der Schutzzoll-Skeptiker. Der als „Anti-Agrarier-Zentralstelle“ auf Betreiben Max Friedmanns gegründete „Österreichische Wirtschaftsverein“ (1909) kontrastierte die protektionistische Linie, wie sie von der „Zentralstelle“ vertreten wurde¹⁰⁰).

Auf den ersten Blick scheinen die landwirtschaftlichen Organisationen den Modernisierungsprozeß der österreichischen Wirtschaft gebremst und die Tendenzen zu einer „konservativen Modernisierung“ unterstützt zu haben¹⁰¹).

⁹⁶) HÖBELT, Kornblume und Kaiseradler 230.

⁹⁷) ALFRED SIMITSCH VON HOHENBLUM, Materialien zur Vorbereitung des österreichisch-ungarischen Handelsvertrages mit den Vereinigten Staaten von Amerika (Wien 1905); DERS., Die ungarischen Agrarier und der Viehverkehr (Wien o. J.); DERS., Materialien zur Vorbereitung der Handelsverträge unter besonderer Berücksichtigung der land- und forstwirtschaftlichen Interessen (Wien 1910). Des weiteren war er auch Herausgeber des *Agrarischen Flugblattes* (1907–1913).

⁹⁸) LUDWIG FRANKL, Die Wünsche und Forderungen der Österreichischen Land- und Forstwirtschaft auf dem Gebiete der Zoll- und Handelspolitik, des Eisenbahntarif- und Veterinärwesens. Bericht über die Beantwortung der von der Österreichischen Centralstelle zur Wahrung der land- und forstwirtschaftlichen Interessen beim Abschlusse von Handelsverträgen hinausgegebenen Fragebogen I und II (Wien 1901) 159 ff.; HEUMOS, Agrarische Interessen und nationale Politik 218.

⁹⁹) Vgl. HÖBELT, Kornblume und Kaiseradler 240.

¹⁰⁰) EBD. 241.

¹⁰¹) BRUCKMÜLLER, Landwirtschaftliche Organisationen 238.

Sowohl der „Club der Landwirte“, die „Selská jednota“ als auch die „Zentralstelle“ waren mit ihrem Schutzzoll-Programm keine Verfechter einer agrarischen Modernisierung. Vielmehr artikulierten sie die Modernisierungsskepsis der traditionellen Agrargesellschaft. Das latent existente, aus der Tradition herrührende distanzierte Verhältnis zu Kapitalismus, Markt und Konkurrenz blieb die Konstante in den Aktivitäten der großen agrarischen Verbände. Aus Furcht vor einer Revision des ökonomischen Systems entwickelten sie ein modernisierungshemmendes Konzept, das infolge des Erstarkens der Agrarier in den gesetzgebenden Körperschaften auf Staats- wie Landesebene (1907 umfaßte die „Freie agrarische Vereinigung“ 273 Abgeordnete¹⁰²⁾) in wichtigen Teilen durchgesetzt werden konnte. Trotz aller politischen wie nationalen Divergenzen stellten die agrarischen Dachverbände den Bestand des Vielvölkerstaates außer Streit. In der Zeit der tschechischen Obstruktion stellten sie sich – wie übrigens auch der „Centralverband der Industriellen“ – sogar vor die Regierung¹⁰³⁾. Mit dieser Haltung unterschieden sich die Agrar- und Wirtschaftsverbände deutlich von den nationalen Kulturorganisationen, die zu diesem Zeitpunkt bereits den politischen Alltag beherrschten.

3. Im Kampf um und gegen den Staat: die nationalen Verbände

Cisleithanien war Teil eines gewachsenen Staatswesens mit einer Vielfalt an Religionen, Sprachen und Kulturen. Dieser Makrokosmos mit seiner sich am übernationalen Staatsgedanken orientierenden Hochbürokratie wurde seit 1848 von einer Welle nationalistischer Strömungen erschüttert, die in lokalen Vereinen und überregionalen Verbänden einen organisatorischen Rückhalt fanden.

Bahnbrechend für die Formierung der nationalen Vereinsbewegungen wurde einmal mehr das Vereinsgesetz von 1867. Erstmals wurde die organisierte nationalpolitische Betätigung, wenn auch mit der Beschränkung auf die lokale Ebene, erlaubt. Eine Zusammenfassung der politischen Interessen in Form eines staatsweiten Verbandes gestattete das Vereinsrecht aber nicht. Deshalb kam der Versuch einer überregionalen politischen Organisation der Deutschen jener Kronländer, die einst dem Deutschen Bund angehört hatten, in einem „Deutsch-österreichischen National-Verein“ bzw. in einem „Kaiser-Josefsbund“ über das Stadium der Planung nicht hinaus¹⁰⁴⁾. Erst seit den achtziger Jahren konstituierten sich über den regionalen Horizont hinaus agierende „Schutzvereine“, die für die Ausformung und Verfestigung nationaler Ideologeme sorgten. In dem nun zunehmend heftiger geführten Sprachen- und Ämterkampf war ihr Betätigungsfeld weit gesteckt. Es umfaßte alle Bereiche des „Unpolitischen“: die kulturelle Betätigung, den Freizeitsektor und das Gesellige. Kein Lebensraum blieb ausgespart. Sie stell-

¹⁰²⁾ SOMMEREGGER, Agrarpolitik 92.

¹⁰³⁾ HÖBELT, Kornblume und Kaiseradler 232.

¹⁰⁴⁾ DIE NATIONALE ORGANISATION DER DEUTSCHEN in Österreich und der Deutsch-österreichische Nationalverein, von einem Deutsch-Österreicher (Brünn 1880) 21.

ten daher für die Nationalisierung der Völker in der Monarchie ein Mobilisierungsinstrument ersten Ranges dar. Ihr öffentliches Agieren trug erheblich dazu bei, daß der Nationalismus in den beiden letzten Dezennien vor 1914 eine neue Qualität gewann, indem er den polemischen, geradezu wilden Kampf gegen den nationalen Widersacher zum Leitprinzip aller Aktivitäten erhob.

Zu berücksichtigen bleibt, daß die meisten Nationalitäten in relativ geschlossenen gemischtsprachigen Siedlungsräumen lebten, so daß eine staatsweite Organisation oft gar nicht notwendig war, oder die überregionalen Verbände sich nur auf einige Kronländer erstreckten. Nur die über die gesamte Monarchie verstreut lebende deutschsprachige und die jüdische Bevölkerung schlossen sich in staatsumfassenden Dachverbänden zusammen. Daher blieb die Anzahl der staatsweit agierenden nationalen Kulturorganisationen bis 1914 gering.

Wirkungsvollste Vereinstypen bei der Organisation der Massen in der Phase des „nationalen Erwachens“ waren die Turn- und die Schulvereine, die zum Vorbild für eine länderübergreifende Mobilisierung avancierten. Mit ihnen wurde das Eintreten für die „nationale Sache“ zu einer Angelegenheit breiter Schichten. Als „nichtpolitische“ Organisation gegründet und für das politische Leben ursprünglich noch eher zweitrangig, stiegen sie binnen zweier Jahrzehnte zu den „Grundfesten jeder nationaldemokratischen Entwicklung ... und [zu deren] ehernen Pfeiler[n], auf denen sich das moderne nationale Kulturgebäude“ aufbaute, auf¹⁰⁵⁾. Das Resultat ihrer Tätigkeit war dann jener „Volksnationalismus“, der die Ansprüche des eigenen Volkes über die aller anderen Völker stellte und dessen ultima ratio darin bestand, die eigenen nationalen Interessen kompromißlos durchzusetzen. Dazu schuf sich jede Nationalität ihre Kernorganisationen. Was sich bis zum Ende der siebziger Jahre noch auf lokale Zirkel bzw. Vereinigungen beschränkt hatte, erfuhr ab 1880 eine regional übergreifende Zusammenfassung in Form der ersten großen kulturpolitischen Verbände. Neben den akademischen Vereinigungen, die ja nur einer schmalen Bevölkerungsschicht offenstanden, bildete sich eine Reihe kultureller Verbände, die auf vielfältigste Weise versuchten, das eigene Volkstum zu fördern.

Den Startschuß zur „Periode der nationalen Mobilisierung“ auf Verbandsebene gab das österreichische Deutschtum, für das die „Förderung deutscher Interessen ... nur durch die Zusammenfassung aller deutschen Volkskräfte in einer einheitlichen, ganz Österreich umschließenden Organisation erreichbar“ schien¹⁰⁶⁾. Aus Anlaß der Taaffe–Stremayrschen Sprachenverordnung (20. April 1880) schlossen sich die Vertreter des Deutschtum–Gedankens zur Sicherung des „nationalen Besitzstandes“, im besonderen in der Verwaltung und im Schulwesen, im „Deutschen Schulverein“ überregional zusammen. Er wurde zum Vorreiter für eine staatsweite nationale Organisation des österreichischen Deutschtums. In seinem

¹⁰⁵⁾ MIROSLAV HROCH, Die Vorkämpfer der nationalen Bewegung bei den kleinen Völkern Europas. Eine vergleichende Analyse zur gesellschaftlichen Schichtung der patriotischen Gruppen (=Acta universitatis Carolinae, Philosophica et historica monographia 24, Praha 1968) 24 f.

¹⁰⁶⁾ NATIONALE ORGANISATION DER DEUTSCHEN 21.

Programm zur Behauptung der Stellung des Deutschtums im habsburgischen Vielvölkerstaat vertrat er die Anliegen des Kulturnationalismus, die bis 1914 zu einer kämpferischen Form des Deutschnationalismus entarteten. Er wurde zum Vorbild für ähnliche Gründungen anderer Nationalitäten, welche sich ebenfalls in überregionalen Schulvereinen zusammenfanden: die Tschechen im „Ústřední matice školská“ [Zentraler Tschechischer Schulverein] (1880), die Italiener in der „Società scolastica Pro Patria“ (1885) bzw. nach dessen behördlicher Auflösung in der „Lega Nazionale“ (1891) und die Polen im „Towarzystwo Szkoły Ludowej“ [Gesellschaft für Volksschulen] (1891). Anders als die katholisch-kirchliche „Družba sv. Cirila in Metoda“ [Bruderschaft der Heiligen Cyrill und Metod] der Slowenen verfolgten sie, in einer liberalen Tradition stehend, einen antiklerikalen Kurs.

Ihrer Selbstdefinition nach verstanden sich die Schulvereine als ein Sammelbecken der nationalen Kräfte zur Aufrechterhaltung des eigenen Volkstums. Das galt für den „Deutschen Schulverein“ ebenso wie für die Schulvereine der anderen Nationalitäten, nur eben mit anderen nationalen Vorzeichen. Daher stellten die Schulvereine in dem sich im Aufbau befindlichen Apparat nationaler Selbstverwaltung eine „nicht zu unterschätzende Schulung für bewußtes Eigenleben nationaler Gruppen ohne eigenen Staat, für ihre Selbstintegration ohne staatliche Zwangsgewalt, ja oft gegen sie“ dar¹⁰⁷). Ihr hoher Stellenwert für den Nationalitätenkampf resultierte aus dem dichten Organisationsgrad. Aufgrund der hohen Mitgliederzahlen und Finanzmittel spielten die Schulvereine in der Auseinandersetzung um die Wahrung des „nationalen Besitzstandes“ eine überragende Rolle, wenngleich viele von ihnen (z. B. der „Komenský-Verein zur Errichtung und Erhaltung böhmischer Schulen in Wien“, der „Macierz szkolna dla ks. Cieszyńskie-go“ [Schulmatica für das Fürstentum Teschen], der „Towarzystwo Szkoły Ludowej“, die „Straż Polska“ [Polnische Wacht] oder die „Hrvatska narodna straža“ [Kroatische Volkswehr]) nur über ein begrenztes Tätigkeitsfeld verfügten. Der „Lega Nazionale“ gehörten 1911 in 179 Ortsgruppen 42.041 Mitglieder an, dem „Towarzystwo Szkoły Ludowej“, dessen Aktivitäten sich auf die Bekämpfung der Deutschen, Ruthenen und Tschechen in Mähren, Schlesien sowie Galizien richteten, in cirka 300 Ortsgruppen 38.520 Mitglieder¹⁰⁸). Übertroffen wurden beide vom „Deutschen Schulverein“ und dessen Widerpart, der „Ústřední matice školská“, der „populärsten patriotischen Organisation“ der Tschechen¹⁰⁹). Im

¹⁰⁷) EUGEN LEMBERG, *Nationalismus*, 2 Bde. (Reinbek bei Hamburg 1964), hier I: *Psychologie und Geschichte* 187.

¹⁰⁸) MONIKA STREITMANN, *Der Deutscher Schulverein vor dem Hintergrund der österreichischen Innenpolitik 1880–1914*, geisteswiss. Diss. (Wien 1984) 205, 214; [N.N.], *Die Lega Nazionale* (Jahresbericht des italienischen Schulvereines über 1911); in: *Der getreue Eckart. Monatschrift für deutsche Schutzarbeit* 10 (1912) 375; [N.N.], *Der polnische Schulverein*; in: *EBD.* 12 (1914) 419; zum „Cyrill- und Methodverein“ umfassend ANDREJ VOVKO, *Družba sv. Cirila in Metoda 1885–1918* [Die Bruderschaft der Hll. Cyrill und Method 1885–1918], Diss. (Ljubljana 1992); ROMAN ZAORAL, *Die tschechischen und deutschen Schulvereine in Böhmen am Ende des 19. Jahrhunderts*; in: *Germanoslavica N. F.* 2 (1995) 107–115.

¹⁰⁹) EMANUEL RADL, *Der Kampf zwischen Tschechen und Deutschen* (Reichenberg 1928) 139.

Gegensatz zum „Deutschen Schulverein“, dessen Aktionsgebiet alle im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder waren, beschränkte sich die „Ústřední matice školská“ vorwiegend auf die Sudetenländer. Gemeinsam war beiden Schulvereinen das gewaltige Mitgliederpotential.

Tabelle 29: ORTSGRUPPEN- UND MITGLIEDERZAHLEN DES „DEUTSCHEN SCHULVEREINES“ UND DER „ÚSTŘEDNÍ MATICE ŠKOLSKÁ“ 1881–1903

	Deutscher Schulverein		Ústřední matice školská [Tschechischer Schulverein]	
	Ortsgruppen	Mitglieder	Ortsgruppen	Mitglieder
1881	271	38.826	k.A.	k.A.
1884	ca. 1000	ca. 100.000	ca. 200	ca. 23.000
1886	980	107.835	k.A.	k.A.
1890	932	89.373	k.A.	k.A.
1895	786	76.855	k.A.	k.A.
1900	751	73.003	k.A.	k.A.
1903	845	74.454	k.A.	k.A.
1905	k.A.	k.A.	380	k.A.
1913	ca. 2.600	k.A.	726	k.A.

Quellen: AUGUST RITTER VON WOTAWA, Der Deutsche Schulverein 1880–1905. Eine Gedenkschrift im Auftrag der Vereinsleitung (Wien 1905) Anhang, Tafel I (ohne Paginierung); [N. N.], 34. Hauptversammlung des Deutschen Schulvereines in Freiwaldau-Gräfenberg am 31. Mai 1914; in: Der getreue Eckart. Monatsschrift für deutsche Schutzarbeit 12 (1914) 224; RAINER VON REINÖHL, Der Tschechische Schulverein. Ein Weckruf an meine Stammesgenossen (Wien 1885) 22.

Ebenso verfügten sie über enorme Geldmittel zur Finanzierung ihrer Aktivitäten (Erhaltung und Unterstützung eigener Schulen und Kindergärten, Errichtung von „Volksbüchereien“, Bezahlung von Lehr- und Lernmitteln oder Gewährung von Schulgeld für sozial Schwächere). Die Erschließung der Geldquellen erfolgte bei ihnen wie den anderen Schulvereinen auf ähnliche Weise. Im Vergleich zu den Freizeit- und Bildungsorganisationen im Vorfeld der politischen Parteien, bei denen der Mitgliedsbeitrag und die Erlöse aus Veranstaltungen die Haupteinnahmequelle waren, stellten die von den Ortsgruppen an den Dachverband abgeführten Mitgliedsbeiträge, die im Hinblick auf die Erfassung der Massen bewußt niedrig gehalten wurden, nur einen Teil der Gesamteinnahmen dar. Weitaus größer waren die Einnahmen aus Spenden, Erbschaften, Legaten, Erhaltungsbeiträgen, Lotterien, dem Verkauf von verschiedenen Schulvereins-Artikeln (u. a. Karten, Zündhölzer, Festabzeichen) sowie nach der Jahrhundertwende zunehmend aus Subventionen seitens der Landtage, Bezirksausschüsse oder Gemeinden. So entwickelten sich die Schulvereine zusehends zu lukrativen Wirtschaftsunternehmen. Ihre Rechnungsabschlüsse lesen sich wie die Abschlußbilanzen eines Wirtschaftsunternehmens. Das Vermögen bzw. die Finanzüberschüsse veranlagten sie in Grund und Boden, in Wertpapieren oder in Gebäuden. Einnahmen wie Ausgaben nahmen kontinuierlich zu. 1884 führten die etwa 200

Ortsgruppen der „Ústřední matice školská“ mit ihren fast 23.000 Mitgliedern 210.000 fl. an den Zentralverein ab. Das war um nichts weniger als beim dichter organisierten „Deutschen Schulverein“ mit seinen fast tausend Ortsgruppen und etwa 100.000 Mitgliedern (1884: 256.000 fl.). Zwanzig Jahre später (1905) verwaltete die „Ústřední matice školská“ K 701.757 (das entspricht 350.878,5 fl.), im Vergleich zum „Deutschen Schulverein“ bereits das Doppelte an Einnahmen¹¹⁰). Damit war man noch lange nicht am Plafond angelangt, erforderte die Schulvereinsarbeit doch immer größere Finanzmittel. Die Konsequenz: In den letzten Jahren vor dem Weltkrieg konnten sie ihren „nationalen Kampf“ und ihre „nationale Aufklärungsarbeit“ nicht mehr kostendeckend finanzieren. Bilanzierte man bis etwa 1910 noch positiv, so begannen danach die Ausgaben die Einnahmen zu übertreffen:

Tabelle 30: EINNAHMEN UND AUSGABEN DER SCHULVEREINE 1912 (IN KRONEN)

	Einnahmen	Ausgaben
Deutscher Schulverein	1,417.014	1,772.823
Ústřední matice školská	1,134.841	1,340.000
Towarzystwo Szkoły Ludowej ^{a)}	30.582	75.895
Družba sv. Cirila in Metoda	146.305	73.598
Lega Nazionale ^{a)}	517.073	k. A.

k. A. = keine Angaben

^{a)} = 1911

Quellen: Der getreue Eckart. Monatschrift für die Gesamtinteressen deutscher Schutzarbeit 11 (1913); ANDREJ VOVKO, Družba sv. Cirila in Metoda 1885–1918 [Die Bruderschaft der Hll. Cyrill und Method 1885–1918], Diss. (Ljubljana 1992) 179.

Obwohl die Schulvereine stets ihren defensiven Charakter betonten, mutierte der Schulvereins-Nationalismus binnen weniger Jahre nach der Gründung zu einem expansiven, verbissenen Radikalnationalismus, der darauf abzielte, das andere Volkstum in den gemischtsprachigen Gebieten und an den Sprachgrenzen zurückzudrängen. Mit Beharrlichkeit schufen sie ein „nationales Gesinnungsmilieu“, das eine unerhörte Dichte und Intensität aufwies und das selbst nach dem Höhepunkt der nationalen Auseinandersetzung, der Badeni-Krise, noch gewaltige Ressourcen mobilisierte. Ab jenem Zeitpunkt gewannen die Radikalen die Oberhand in den nationalen Verbänden. Die liberalen Ideen wurden mehr und mehr obsolet.

Einen ersten Schritt hin zum Radikalismus hatte schon Mitte der achtziger Jahre das österreichische Deutschtum getan, als Georg von Schönerer mit dem

¹¹⁰) RAINER VON REINÖHL, Der Tschechische Schulverein. Ein Weckruf an meine Stammesgenossen (Wien 1885) 22; AUGUST RITTER VON WOTAWA, Das tschechische Schulwesen (=Gesellschaft zur Förderung deutscher Wissenschaft, Kunst und Literatur in Böhmen, 10. Flugschrift, Prag 1918) 27 f.

Rückgriff auf völkisch-rassische Losungen den Quantensprung zum Alldeutschtum vollzog, nachdem kurz zuvor die gewerblichen Reformen um Ernst Schneider, Josef Buschenhagen sowie Karl von Zerboni mit der „Gesellschaft zum Schutze des Handwerks“ (1881) bzw. dem „Österreichischen Reformverein“ (1882) noch einen gemäßigteren Kurs propagiert hatten¹¹¹). Die Gründung des „Schulvereins für Deutsche“ (1886) durch Schönerer schuf, obwohl er bei weitem nicht die Mitgliederzahlen des „Deutschen Schulvereins“ erreichte, die Grundlage für das Vordringen der völkisch-nationalistischen Organisationen im österreichischen Deutschtum. Antisemitismus und weltanschaulicher wie politischer Extremismus wurden durch seine Publizistik salonfähig gemacht. Daran änderte seine Auflösung (25. Juli 1889) wegen Überschreitung des statutenmäßigen Wirkungskreises „durch die in seinen Versammlungen erfolgten Kundgebungen politischer Natur“ kaum etwas¹¹²). Binnen weniger Jahre fanden sich Organisationen, die die deutsch-völkischen Zielsetzungen aus seinem Programm übernahmen und kultivierten, allen voran die akademischen Vereinigungen. In diesen fanden seine nationalen Identitätspostulate breite Resonanz.

Schon während der sechziger Jahre hatte ein Teil der Korporationen („Burschenschaft Silesia“/Wien) die liberalen Prinzipien und eine österreichisch-großdeutsche Position zugunsten einer borussophil-kleindeutschen aufgegeben. Weltanschauliche Gegensätzlichkeiten verhinderten vorerst langlebigere Dachverbände. Alle („Nationaler-Delegierten-Convent“, 1879–1881, „Freier Delegierten-Convent der Vereine Germania, Oppavia und Sudetia“, 1882, „Allgemeiner Delegierten-Convent“, 1882–1884, „Deutscher Delegierten-Convent“, 1884–1885, „Germanischer Vereins-Delegierten-Convent“, 1885–1890) hatten nur einen kurzen Bestand. Trotzdem kamen aus ihren Reihen die geistigen Impulse für den völkischen Alldeutschtums-Glauben. Mit ihren Mitgliederzahlen übertrafen sie die tschechischen, polnischen, slowenischen und jüdischen Studentenvereinigungen, die sich nie zu einer überregionalen Organisation zusammenfanden. Ihre Vereinigungen erstreckten den Wirkungskreis nur auf die jeweilige Universitätsstadt, stellten aber wie ihre deutschsprachigen Kommilitonen einen wichtigen Ideenspenden für die Formulierung der national-politischen Programmatik dar. Anstatt jedoch zu einer gemeinsamen Linie zu kommen, splittete sich die Studentenschaft ab den neunziger Jahren über ihre Vereinigungen zunehmend in die unterschiedlichsten Gruppen auf. Symptomatisch hierfür war die Entwicklung innerhalb der zahlenmäßig kleinen slowenischen Studentenschaft, die sich in einen national-liberalen Flügel (Verein „Slovenija“ in Wien und Graz), der nach der Jahrhundertwende von den National-Radikalen zurückgedrängt wurde, und in einen national-katholischen (Verein „Danica“ [Morgen-

¹¹¹) EDUARD PICHL, Georg Schönerer und die Entwicklung des Alldeutschtums in der Ostmark, 6 Bde. (Oldenburg – Berlin 1938), hier II 24–29.

¹¹²) ANTON HYE VON GLUNEK, KARL HUGELMANN (Hgg.), Sammlung der nach gepflogener öffentlicher Verhandlung geschöpften Erkenntnisse des k.k. österreichischen Reichsgerichts, IX. Teil (Wien 1894), Erkenntnis Nr. 476 vom 13. Jänner 1890, Zl.1.

stern] in Wien) spaltete¹¹³). Nahezu ident verlief die Entwicklung in der studentischen Vereinsbewegung der anderen Nationalitäten.

Im wiederholt aufgelösten, aber immer wieder neu gegründeten „Verband der wehrhaften Vereine Österreichs“ („Waidhofener Verband“) (1890), einer Vereinigung von deutschnationalen, antisemitischen, wehrhaften Hochschülervereinen, fand die studentische alldeutsche Bewegung in Cisleithanien eine Plattform, von der aus sie nach der Auflösung des „Schulvereins für Deutsche“ Schönereers Gedanken popularisierte. Dessen Devise, die österreichischen Hochschulen „echt deutsch“, d. h. „judenrein“, zu machen, wurde auch die ihre. Nach den Badeni-Krawallen schlossen sich ihm auch die im gemäßigten „Linzer-Delegierten-Convent“ (1889) zusammengeschlossenen Burschenschaftler an¹¹⁴). Das war das Signal für eine neue Welle ideologischer Extremisierung des deutschnationalen Verbändewesen. Innerhalb eines kurzen Zeitraumes etablierte sich in Rivalität zu den doch eher moderaten Deutschtums-Organisationen eine völkische Verbandsbewegung, die mit ihrem kompromißlosen Doktrinarismus eine ungleich faszinierendere Anziehungskraft ausübte. Angesichts einer verbreiteten politischen Skepsis in Teilen des deutschsprachigen Bürgertums erreichte der Alldeutschtums-Glaube über das Verbändewesen als „Jungbrunnen“, „der uns ... von den Schlacken des Modernen und von all dem undeutschen Beiwerk“ befreit¹¹⁵), eine enorme Tiefenwirkung. Leicht wurden Segmente des existierenden deutschnationalen Verbändewesens, wie 1889 die Turnerbewegung im „Deutschen Turnerbund“ oder 1899 der „Deutsche Schulverein“, auf die Bahnen des völkischen Radikalnationalismus geführt. Für diesen standen der „Verein der Deutschnationalen in Österreich“ (1895 bzw. 1899), der „Alldeutsche Verein für die Ostmark“ (1902), der „Deutschsoziale Verein für Österreich“ (1910) sowie die nichtpolitischen Verbände „Germanenbund“ (1887), dessen Nachfolgeorganisation, der „Bund der Germanen“ (1893), der Verein „Deutsche Geschichte“ (1890), der „Sprachverein der Deutschnationalen in der Ostmark“ (1893) oder der Lese- und Geselligkeitsverein „Deutsches Heim“ (1891), die für eine entsprechende Breitenwirkung innerhalb des bürgerlichen Milieus sorgten¹¹⁶). Verbandsziel war die

¹¹³) WOLFGANG PETRITSCH, Die slowenischen Studenten an der Universität Wien (1848–1890), phil. Diss. (Wien 1972); VASILIJ MELIK, PETER VODOPIVEC, Slovenski izobraženci in Avstrijske visoke šole 1848–1918 [Die slowenischen Intellektuellen und die österreichischen Hochschulen 1848–1918]; in: Zgodovinski časopis 40 (1986) 269–282.

¹¹⁴) KURT KNOLL, Die Geschichte der wehrhaften Vereine deutscher Studenten in der Ostmark von den Anfängen bis an die Gegenwart (Wien 1924) 117 ff., 285; ROBERT HEIN, Studentischer Antisemitismus in Österreich (=Beiträge zur österreichischen Studentengeschichte 10, Wien 1984) 24–31, 53–61; PAUL MOLISCH, Die Geschichte der deutschen Hochschulen in Österreich und die politisch-nationale Entwicklung nach dem Jahre 1848. Mit besonderer Berücksichtigung der Wiener Hochschulen zumeist nach urkundlichen Quellen dargestellt (München 1922) 72 f., 89 f.; sowie HÖBELT, Kornblume und Kaiseradler 72–79.

¹¹⁵) GUNTRAM SCHULTHEISS, Deutschnationales Vereinswesen. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Nationalgefühls (=Kampf um das Deutschtum 2, München 1897) 71.

¹¹⁶) Zu den Aktivitäten der einzelnen Verbände ausführlich PICHL, Schönerer II 146 ff.; IV 276–300; VI 121 ff.

Stärkung der „deutschen Volksgemeinschaft“ in Mitteleuropa. In diesem Sinne machte sich der „Alldeutsche Verband“ „für die bedrängten Deutschen in Österreich“ stark und pochte auf die Sicherung des deutschen Charakters des Vielvölkerstaates. Konkret hieß das Ausbau der deutschen Stellung in Österreich, Zurückdrängung des Einflusses der Slawen und Magyaren auf die Regierung¹¹⁷). Dazu pflegten sie enge Kontakte zu reichsdeutschen Vereinigungen – so etwa seitens des „Schulvereins“ zum „Allgemeinen Schulverein“ (ab 1908: „Verein für das Deutschtum im Ausland“) (1881) oder seitens des „Alldeutschen Verbandes“ zur gleichnamigen Schwesterorganisation¹¹⁸).

Der Verbund miteinander kooperierender wie gegeneinander konkurrierender deutschnationaler Organisationen bildete den Dreh- und Angelpunkt einer völkischen Bewegung von Rassegläubigen und Kulturkritikern, die fanatisch den Kampf gegen die „Verslawung“, „Verwälschung“ und „Verjudung“ führten. Die Position der Mitte, wie sie der Vorstand des „Deutschen Schulvereins“ vertrat, begann einer völkisch-antisemitisch-anti-klerikalen Gesinnung zu weichen¹¹⁹). In einem fast zwei Jahrzehnte dauernden internen Richtungskampf setzten sich die Radikalisten durch. Dabei ging die rassistisch-völkische Initiative nicht von der Verbandsleitung, sondern von den Ortsgruppen aus. 1885 war es zwischen der Verbandsspitze und der „Akademischen Ortsgruppe Wien“, die nicht bereit war, Juden aufzunehmen bzw. diese als Mitglieder im „Schulverein“ zu dulden, zum offenen Konflikt gekommen. Damit zeichnete sich innerhalb des „Schulvereins“ eine Flügelbildung ab, die selbst durch den Ausschluß der „Akademischen Ortsgruppe Wien“ sowie den Austritt Schönerers aus dem Gesamtverband nur kurzzeitig ihre Sprengkraft verlor. Nach der Auflösung von Schönerers „Schulverein für Deutsche“ nahm die Konfrontation zwischen Gemäßigten und Radikalen noch schärfere Konturen an. Zwischen der Schulvereins-Leitung und den Ortsgruppen entstanden tiefe Gräben. Als sich ab 1893 seitens der deutschnationalen Studentenschaft Prags, die ihren Verbleib im Gesamtverband von der Einführung „judenreiner Ortsgruppen“ und von der Zurücklegung der Ehrenmit-

¹¹⁷) GÜNTER SCHÖDL, Alldeutscher Verband und deutsche Minderheitenpolitik in Ungarn 1890–1914. Zur Geschichte des deutschen „extremen Nationalismus“ (=Erlanger Historische Studien 3, Frankfurt am Main – Bern – Las Vegas 1978) 14, 39.

¹¹⁸) JIŘÍ KOŘÁLKA, Deutschtum und Deutschnationalismus in Österreich vor 1918; in: HELMUT RUMPLER (Hg.), Kärntens Volksabstimmung 1920. Wissenschaftliche Kontroversen und historisch-politische Diskussion anlässlich des internationalen Symposions Klagenfurt 1980 (Klagenfurt 1981) 77–89, hier 87; WOLFGANG MOMMSEN, Österreich-Ungarn aus der Sicht des deutschen Kaiserreiches; in: HELMUT RUMPLER (Hg.), Innere Staatsbildung und gesellschaftliche Modernisierung in Österreich und Deutschland 1867/71 bis 1914. Historikergespräch Österreich – Bundesrepublik Deutschland 1989 (Wien – München 1991) 205–220, hier 212 f.; [N.N.], Aufruf des Alldeutschen Verbandes in Berlin. Für die Brüder in Österreich; in: Der getreue Eckart. Monatschrift für die Gesamtinteressen deutscher Schutzarbeit 7 (1909) 28.

¹¹⁹) GERHARD WEIDENFELLER, VDA. Verein für das Deutschtum im Ausland. Allgemeiner Deutscher Schulverein 1881–1918. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Nationalismus und Imperialismus im Kaiserreich (=Europäische Hochschulschriften, Reihe III: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften 66, Bern – Frankfurt am Main 1976) 138; PICHL, Schönerer II 295.

gliedschaft des Obmannes, Moritz Weitlof, im „Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ abhängig machte, der Druck auf die Verbandsleitung erhöhte, geriet diese in Zugzwang. Zu groß waren seit 1881 die zahlenmäßigen Verluste an Mitgliedern (1881: 107.835; 1895: 76.855) geworden. Zwar konnte auf dem Troppauer Verbandstag (1899) noch einmal die Aufnahme des Arierparagraphen in die Verbandssatzungen verhindert werden. Doch die Zusicherung, daß allein den Ortsgruppen das Recht der Mitgliederaufnahme zufalle, öffnete den Antisemiten im Verband „von unten“ Tür und Tor¹²⁰). Die Schallmauer zum extremen Nationalismus war durchbrochen. Mit der Übernahme des Schönerianischen Extremismus gewannen die Schulvereins-Ortsgruppen und mit ihnen die Gesamtorganisation innerhalb der deutschnationalen Verbändekultur allmählich wieder Oberwasser.

Der neue, offensive Ansatz des „Deutschen Schulvereins“ hatte für das österreichische Deutschtum weitreichende Konsequenzen. Nun begannen auch die Turnvereine, nur mehr Deutsche „arischer Abstammung“ aufzunehmen, sowie jüdische Mitglieder und jüdische Turnvereine aus den regionalen Turnkreisen auszuschließen. Noch weiter gingen die Forderungen der deutschnationalen Studentenschaft. Auf dem zweiten Deutschen Studententag (1905) in Wien forderte diese einen Numerus clausus für Juden in den akademischen Berufen. Mit diesem extremistischen Standpunkt arbeiteten die deutschvölkischen Verbände gegen ihre eigenen nationalen Anliegen. Denn der von ihnen propagierte Rassenantisemitismus löste eine Entwicklung aus, die den Anschluß jenes jüdischen Bevölkerungsteiles, der bis zu diesem Zeitpunkt noch den Liberalismus der Deutschen mitgetragen hatte, an das Slawentum, im besonderen das Tschechentum, in Gang brachte und in den nationalpolitisch besonders umkämpften gemischt-sprachigen Gebieten Böhmens und Mährens die Selbstschwächung des Deutschtums einleitete¹²¹).

Im Gegenzug oder als Ausdruck einer ähnlichen Neigung, wie sie die Nationalitäten des Vielvölkerstaates hatten, suchte das Judentum, das sich nicht mehr als Konfession, sondern als Volk definierte, sein Heil im Nationalismus. Unter dem Eindruck der wachsenden antisemitischen Grundhaltung wie der Austreibungen aus Rußland entstand ein jüdischer Nationalismus, der das österreichische Judentum in ein tiefes Dilemma stürzte. Es schwankte zwischen den Alternativen Schaffung einer Heimstätte in Palästina oder Verankerung der nationaljüdischen Existenz im Vielvölkerstaat. Ab Mitte der neunziger Jahre nahm der Richtungskampf extremere Formen an. In dessen Verlauf drängte man die vom Alt-Acht-

¹²⁰) STREITMANN, Deutscher Schulverein 159–165; WERNER DROBESCH, Der Deutsche Schulverein 1880–1914. Ideologie, Binnenstruktur und Tätigkeit einer nationalen Kulturorganisation unter besonderer Berücksichtigung Sloweniens; in: Geschichte und Gegenwart 12 (1993) 195–212, hier 203 f.

¹²¹) Vgl. PETER URBANITSCH, Die Deutschen in Österreich. Statistisch-deskriptiver Überblick; in: ADAM WANDRUSZKA, PETER URBANITSCH (Hgg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918 III/1: Die Völker des Reiches (Wien 1980) 33–153, hier 38 f., Tabelle 1; Jiří KOŘALKA, J. R. CRAMPTON, Die Tschechen; in: EBD. 489–521, hier 492 ff.

undvierziger Adolph Fischhof propagierte Vorstellung einer jüdischen Kulturautonomie innerhalb des Habsburgerstaates mehr und mehr in den Hintergrund. Das hatte auf Verbandsebene zur Folge, daß sich der Stellenwert der gemäßigten „Österreichisch-Israelitischen Union“ (1886) relativierte und die zionistische Bewegung, die in der Akademikerschaft eine feste Stütze fand, stärker wurde. Als intellektuelle und aktive Wegbereiterin verbreitete sie den jüdischen Nationalismus über das Korporationswesen, das an den Hochschulen gegen den Willen der Kultusgemeinde den Kampf um die Anerkennung des Judentums als Nationalität führte. Obwohl sich die jüdischen Studentenverbindungen nie zu einem Gesamtverband zusammenfanden, produzierten sie den geistigen Kitt für die Einigung der österreichischen Zionisten¹²²). Beim Zusammenschluß der reichsweit verstreuten Kolonisationsvereine zum Verband „Zion. Verband der österreichischen Vereine für die Kolonisation Palästinas und Syriens“ (1892) waren Mitglieder aus ihren Reihen federführend. Unter dem Einfluß Theodor Herzls und des Baseler Programms (1897) avancierte dieser zur zentralen Organisation des politischen Zionismus, um den sich ab 1903/04 ein Geflecht von Sonderorganisationen sammelte: die „Poale Zion“ [Arbeiter Zions], die „Misrachi“ [Orthodoxe Zionisten] oder der Österreich-Ungarn wie das Deutsche Kaiserreich umfassende „Verband der jüdischen Turnvereine“. Alle arbeiteten für eine eigenständige jüdische Politik, „anstatt den politischen Parteien anderer Nationalitäten dienstbar zu bleiben“. Für sie waren die Juden eine eigenständige Nation, für die der österreichische Vielvölkerstaat nicht länger Heimat sein konnte. Vielmehr war Palästina jenes Land, das von den Juden, auch den österreichischen, kolonisiert werden mußte¹²³). Diese Forderung tangierte per eo ipso die Frage des Fortbestandes des Habsburgerstaates, stellte sie doch den Ausgangspunkt dafür dar, daß sich nun jene Bevölkerungsgruppe, die neben dem Deutschtum die weiteste Streuung im habsburgischen Staat aufwies, emotionell wie ideell von diesem entfernte.

Ohne Zweifel ging mit der Organisierung der nationalpolitischen Massenbewegungen über das überregionale Verbändewesen ein Erstarken der nationalen Ideologien einher. Jede Verbandsgründung des österreichischen Deutschtums fand mehr oder weniger ein Gegenstück auf Seiten der anderen Nationalitäten. Alle bildeten eine Vielzahl wirtschaftlicher wie kultureller „Schutzverbände“, allerdings doch mit mehr regionalen Zielen. Wirtschaftshilfe für die bäuerliche Bevölkerung sowie die Gewerbetreibenden (Darlehens- und Sparkassen; Stellenvermittlung u. a.) einerseits, Besiedlungstätigkeit zugunsten des eigenen Volkstums andererseits bildeten den Kern dieser von den Verbandszentralen gelenkten

¹²²) HARALD SEEWANN, *Zirkel und Zionsstern. Bilder und Dokumente aus der versunkenen Welt des jüdisch-nationalen Korporationswesens. Ein Beitrag zur Geschichte des Zionismus auf akademischem Boden*, 5 Bde. (Graz 1990–1995), hier I 84 f.

¹²³) ADOLF GAISBAUER, *Davidstern und Doppeladler. Zionismus und jüdischer Nationalismus in Österreich 1882–1918* (=Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 78, Wien – Köln – Graz 1988) 77 ff., 368 ff.; WOLFDIETER BIHL, *Die Juden*; in: ADAM WANDRUSZKA, PETER URBANITSCH (Hgg.), *Die Habsburgermonarchie 1848–1918 III/2: Die Völker des Reiches* (Wien 1980) 880–948, hier 935 ff.

Aktivitäten in den gemischtsprachigen Gebieten. Als Gegenpol zu den Gründungen der Deutschen Böhmens (u. a.: „Deutscher Böhmerwaldbund“, 1884; „Bund der Deutschen Nordmährens“, 1886; „Bund der Germanen“, 1894; „Bund der Deutschen in Böhmen“, 1894; „Bund der Deutschen Westböhmens“, 1892; Verein „Nordmark“ in Österreichisch-Schlesien, 1894) initiierten die Tschechen – sich vornehmlich auf Böhmen, Mähren, Schlesien und Niederösterreich konzentrierend – dem Deutschtum nachempfundene nationale Verbände. 1885 entstanden in Böhmen die „Národní jednota severočeská“ [Nordböhmischer Nationalverein] sowie nach dem Vorbild des Böhmerwaldbundes die „Národní jednota pošumavská“ [Nationalverein für den Böhmerwald]. Ähnliche Organisationen bestanden auch in Mähren. Die bedeutendsten von ihnen waren die „Národní jednota pro jihozápadní moravu“ [Nationalverein für Südwestmähren] (1886), die „Národní jednota východomoravská“ [Nationalverein für Ostmähren] (1885), die „Maticе opavská“ [Troppauer Matica] (1877) sowie die „Národní jednota slezská“ [Schlesischer Nationalverein] (1906), die als Vermittler zwischen den tschechisch-nationalen Schutzkorporationen und den Zentralämtern in Prag auftraten¹²⁴). Überhaupt besaßen unter den nichtdeutschsprachigen Völkern der Monarchie die Tschechen das dichteste Netzwerk an überregionalen Verbänden. Alle weltanschaulichen Richtungen waren darauf aus, über Böhmen und Mähren hinausgehend die tschechischsprachige Minderheit in anderen Kronländern zu erfassen. Außerhalb der eigentlichen Siedlungsgebiete begründeten die tschechischsprachigen Zuwanderer, allen voran in der Reichsmetropole Wien, ein vielfältiges Organisationswesen, das vom nationalen Zentrum der Tschechen, Prag, aus geleitet wurde und kaum einen Lebensbereich aussparte. Ebenso griffen, zwar in kleinerem Rahmen, die anderen Völker der Monarchie auf das Verbändewesen zurück, wenn es galt, die Bevölkerung im Sinne nationaler Prinzipien zu sozialisieren. Von den nationalen Zentren aus lenkten die Verbände Interessenvertretung, Bildung, Geselligkeit, Religion, Wohltätigkeit sowie sportliche Aktivitäten in organisatorische Bahnen¹²⁵).

Nach einer Periode der Stagnation in den neunziger Jahren verzeichneten die Verbände nach 1900 allgemein einen starken Mitgliederzuwachs. Nun sammelten sich in ihnen alle gesellschaftlichen Gruppen. Das Spektrum reichte von den städtisch-bürgerlichen Kreisen bis hin zur ländlich-agrarischen Bevölkerung, der das nationalbewußte Deutschtum gemäß dem Motto, daß das deutsche Volk ein Bauernvolk bleiben müsse, besonderes Augenmerk schenkte¹²⁶). Schon die Protestbe-

¹²⁴) SCHULTHEISS, Deutschnationales Vereinswesen, besonders 34–73; RADL, Kampf 138 ff; GÜNTHER BERKA, Geschichte deutschösterreichischer Schutzvereine; in: Die Südmärk. Alpenländische Monatsschrift für deutsches Wesen und Wirken 11 (Wintermonat) (1921) 290–296.

¹²⁵) Vgl. GLETTNER, Wiener Tschechen 467–478; DIES., Sokol und Arbeiterturnverein (D.T.J.) der Wiener Tschechen bis 1914. Zur Entwicklungsgeschichte der nationalen Bewegung in beiden Organisationen (=Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 23, Wien 1970). Vgl. dazu oben die Hinweise in den diversen Länderkapiteln.

¹²⁶) EDUARD G. STAUDINGER, Die Südmärk. Aspekte der Programmatik und Struktur eines deutschen Schutzvereines in der Steiermark; in: HELMUT RUMPLER, ARNOLD SUPPAN (Hgg.), Geschichte der Deutschen im Bereich des heutigen Slowenien 1848–1941/Zgodovina nemcev na

wegung des Jahres 1880 gegen die Grundsteuerregulierungsgesetze hatte eine gute Möglichkeit zu deren Mobilisierung geboten. Schönerer organisierte in der Folge den „Ersten deutschen Bauernkongreß“ (1886) und schritt zur Gründung einer überregionalen Bauernorganisation. Es war das der „Bund deutscher Landwirte in der Ostmark“ (1894), der nach dem Vorbild des reichsdeutschen „Bundes der Landwirte“ den agrarischen Forderungen zum Durchbruch verhelfen sollte. Mit dem Schwerpunkt in den Alpen- und Sudetenländern machte ihn Schönerer zum Sprachrohr der kleinbäuerlichen Interessen. Er forderte die Senkung der Grundsteuern und die Verhinderung einer Personaleinkommenssteuer¹²⁷). Unter Mithilfe seines Mitstreiters Heinrich Fürnkranz neutralisierte der „Bund deutscher Landwirte in der Ostmark“ bald das auf Betreiben Josef Steiningers gegründete Konkurrenzunternehmen, den „Österreichischen Bauernbund Mittelstraße“, der „jedem Bauern ohne Rücksicht auf Kronland, Nationalität und Umgangssprache den Eintritt“ gestattete. Damit war der Versuch der Etablierung einer übernationalen, reichsweiten politischen Bauernorganisation gescheitert, was wiederum bedeutete, daß der zahlenstärkste Teil der Bevölkerung dem nationalen Gedanken offenstand¹²⁸). Mit wirtschaftlichen Unterstützungsorganisationen wurden die Bauern seit Anfang der neunziger Jahre in die „nationale Arbeit“ miteinbezogen.

Zu diesem Vereinstyp zählten der Verein „Südmark“ (1891) mit Sitz in Graz und sein slowenischer Widerpart, der Schutzverein „Slovenska straža“ [Slowenische Wacht] (1899). Ihre Konstituierung fiel bereits in die nationale Extremisierungsphase. Ursprünglich auf die innerösterreichischen Länder Steiermark, Kärnten, Krain und Küstenland beschränkt, breitete die „Südmark“ bis 1913 ihr Ortsgruppennetz auf die alpenländischen Kronländer inklusive des Küstenlandes aus; Böhmen, Mähren, Schlesien, Galizien, die Bukowina und Dalmatien blieben ausgeklammert. Für die Ausbreitung sorgten die Hochschüler-Arbeitsausschüsse und die Aktivitäten der Wanderlehrer, an vorderster Front der „Prediger“ für die „Südmark“-Anliegen, Josef A. Hoyer. Als eine der ersten Organisationen verkörperte die „Südmark“ die neue radikale Variante in der deutschen Nationalbewegung der Monarchie. Die vom „Alldeutschen Verband“ ausgegebene Devise „Erweckung deutschen Volksbewußtseins in allen Gliedern des deutschen Volkes, unbekümmert um Staatsgrenzen ..., Bildung einer deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft auf der Grundlage gemeinsamen deutschen Blutes, deutscher Sprache und Sitte ... zur Läuterung und Vertiefung ... deutschen Wesens, zum gemeinsamen Kampfe gegen alles Undeutsche, zu völkischem Denken, völkischem Willen und völkischer opferfreudiger Tat“ prägte entscheidend die Aktivitäten der „Südmark“ und des „Bodenschutz- und Besiedelungsvereines Heimstatt“¹²⁹).

območju današnje Slovenije 1848–1941 (=Schriftenreihe des Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts 13, Wien – München 1988) 130–154, hier 144.

¹²⁷) PICHL, Schönerer VI 194–198.

¹²⁸) BURKERT, Österreichische Bauernvereine 256 ff.; DERS., „Arbeit, Bildung, deutsch und frei“ 202 f.; PICHL, Schönerer IV 343 ff.

¹²⁹) [ALFRED GEISER], Der Alldeutsche Verband. Seine [Entwicklung] und seine Ziele (Graz o.J.) 1.

Zum pangermanisch-antisemitischen Credo kamen noch die Parolen „Los von Rom“, „Los von Österreich“ und „Kampf gegen die Christlichsozialen“ hinzu¹³⁰).

Tabelle 31 : ORTSGRUPPEN, MITGLIEDER UND EINNAHMEN DER „SÜDMARK“ 1890–1913

	Mitglieder	Ortsgruppen	Einnahmen (in Kronen)
1890	2.000	35	4.546
1895	7.000	68	36.543
1900	20.400	191	90.496
1905	26.500	264	147.237
1907	38.200	398	205.905
1910	78.871	838	620.136
1913	88.000	1.017	595.410

Quellen: JOSEF A. HOYER, 25 Jahre Südmark; in: MÄNNERORTSGRUPPE KLAGENFURT DES VEREINES SÜDMARK (Hg.), Südmark-Kalender für das Jahr 1915. Ausgabe für Kärnten (Klagenfurt o.J.) 40; [N.N.], Südmark. 18. Hauptversammlung am 8. September zu Marburg; in: Der getreue Eckart. Monatsschrift für die Gesamtinteressen deutscher Schutzarbeit 5 (1907) 258 f.

In diese Richtung forcierte die „Südmark“-Führung die Ortsgruppenaktivitäten. Die Südmärker sahen den Habsburgerstaat nicht im multinationalen österreichischen Kontext, sondern in erster Linie aus dem Blickwinkel eines „nach dem Südosten vorgeschobenen deutschen Vorpostens“¹³¹). Denn wie für die großen deutschvölkischen Schutzvereine blieb auch für die „Südmark“ der deutsche Nationalstaat ohne das österreichische Deutschtum ein Torso¹³²). Gemeinsam mit dem übrigen deutschnationalen Organisationswesen arbeitete man auf den deutschen Nationalstaat unter Einschluß der deutschsprachigen Österreicher als Vorstufe eines mitteleuropäischen Reiches unter deutscher Führung hin¹³³). An diesem Ziel hielten die Südmärker, wenn auch mit unterschiedlichen Akzentuierungen, bis 1914 fest. In der Tat lief ihr Programm auf die Zerschlagung des multiethnischen Gebildes der Habsburgermonarchie hinaus. Das war jener Punkt, an dem man sich mit analogen Verbänden der anderen Nationalitäten einig wurde.

Neben den semikulturellen Schutz- und ökonomischen Unterstützungsverbänden sowie den unzähligen „unpolitischen“ Geselligkeitsvereinigungen, die sich vor allem in den ländlichen Gebieten eines regen Zulaufs erfreuten, ragten aus dem weiten Spektrum der überregional agierenden nationalen Organisationen die Turnverbände heraus. Was Anfang der sechziger Jahre im Kleinen (1861 Ge-

¹³⁰) FRIEDRICH POCK, Grenzwacht im Südosten. Ein halbes Jahrhundert Südmark (Graz – Wien – Leipzig 1940) 10; [N.N.], Der Verein Südmark und seine Gegner. Widerlegung und Abwehr von einem Freund wahrhafter Schutzarbeit (Wien 1909) 2.

¹³¹) STAUDINGER, Südmark 154.

¹³²) Vgl. [GEISER], Alldeutscher Verband 5 f.

¹³³) GYULA TOKODY, Die Pläne des Alldeutschen Verbandes zur Umgestaltung Österreich-Ungarns; in: Acta Historica 9 (1963) 39–66, hier 39 f.

nehmung des „Ersten Wiener Turnvereines“; 1862 Legalisierung des ersten tschechischen Turnvereines „Tělocvičná jednota pražská“ [Prager Turnverein], ab 1864 unter dem Namen „Tělocvičná jednota Sokol v Praze“ [Turnverein Falke in Prag]; 1863 „Società Triestina di ginnastica“, zuletzt unter dem Namen „Società Ginnastica Triestina“ bekannt) begonnen hatte, fand im Bereich des Turnwesens rasch zu einer höheren Einheit in Form überregionaler Zusammenschlüsse¹³⁴). Diese kamen stufenweise zustande. 1866 formierte sich der „Oberösterreichisch–Salzburgische Turngau“, 1868 der „Südösterreichische Turngau“ (Steiermark, Kärnten, Krain, Küstenland). Noch im selben Jahr schlossen sich die deutschvölkischen Turnvereine als „Turnkreis XV (Deutschösterreich)“ der in Weimar gegründeten „Deutschen Turnerschaft“ an. 1882 umfaßte der „Deutschösterreichische Turnkreis“ bereits 156 Vereine mit etwa 19.000 Mitgliedern. Ein Jahr darauf zählte er schon 171 Vereine und annähernd 21.000 Mitglieder¹³⁵). Am Beginn der achtziger Jahre überragte das Turnvereinswesen des Deutschtums das der anderen Nationalitäten, wo sich die Turnvereine aber ebenfalls schon etabliert hatten.

Tabelle 32: ZAHL DER TURNVEREINE NACH NATIONALITÄT, MITGLIEDER- UND TURNERZAHL (STAND: 1881)

Turnvereine	Zahl	Mitglieder	Turner
deutscher Umgangssprache	167	18.190	9.098
tschechischer Umgangssprache	73	6.900	3.090
italienischer Umgangssprache	5	2.383	340
polnischer Umgangssprache	1	250	k.A.
slowenischer Umgangssprache	1	206	60

Quelle: ANT[ON] ČAPEK, Die Turnvereine Österreichs im Jahre 1881; in: Statistische Monatsschrift 8 (1882) 146 f.

Die deutschen Vereine verfügten auch über die entsprechenden finanziellen Ressourcen. Ihre Mitglieder lieferten 1880 K 105.816 an die Vereinskassiere ab. Im Vergleich zu den Einnahmen der nichtdeutschsprachigen Turnvereine (Gesamteinnahmen: K 73.312) stellte das eine gewaltige Summe dar¹³⁶).

Vordergründig als Vereinigung zur sportlichen Betätigung konzipiert, übernahmen die Turnverbände volkerzieherische Aufgaben. Die ideologischen Führer, die die Philosophie des „Volksnationalismus“ in die Turnerverbände hineintrugen, kamen aus akademischen Kreisen. Unter ihrer Mitwirkung entstanden Ende der siebziger Jahre die Konturen eines nationalpolitischen „Massenmarktes“, der ab 1880 eine explosionsartige Ausweitung erfuhr. Allen voran marschierte

¹³⁴) Vgl. ANT[ON] ČAPEK, Die Turnvereine Österreichs im Jahre 1881; in: Statistische Monatsschrift 8 (1882) 142–148.

¹³⁵) HANDBUCH DES SÜDÖSTERREICHISCHEN TURNGAUS (Graz 1901) 5; FRANZ HIRTH, ANTON KIESSLICH, Geschichte des Turnkreises Deutschösterreich (Teplitz–Schönau 1928) 153.

¹³⁶) ČAPEK, Turnvereine 148.

die deutschnationale Turnerbewegung, die sich nach 1889 in zwei Lager aufspaltete: in den „Verband der deutsch-freiheitlichen Turnvereine Deutschösterreichs“ innerhalb des „XV. Turnkreises“ und den antisemitisch-völkischen „Deutschen Turnerbund“ (1889). Die Vorstellung, daß die „Stoßkraft der einzelnen Nation von ihrer Wehrkraft, von ihrer Organisation in [den] Turnverbänden abhängig“ sei, machte sie und die „Sokol“-Bewegung zu tragenden Säulen in der „Organisierung nationaler Widerstandskraft und nationaler Eroberungsfähigkeit“¹³⁷).

Das Spiegelbild zu den deutschen Turnvereinen bildete die von Miroslav Tyrš und Jindřich Fügner 1862 in Prag gegründete Turnvereinigung, die bald unter dem Namen „Sokol“ [Falke] bekannt wurde. Sie war die Keimzelle der tschechischen Turnbewegung, deren nationalpolitische Bestrebungen darauf hinausliefen, „im gesamten nationalen Leben eine dauerhafte, nie ermattende Bewegung aufrechtzuerhalten zur Emporführung der tschechischen Nation zur völligen Selbständigkeit und Unabhängigkeit“. Gemäß dem Wahlspruch: „Čo Čech to Sokol“ [Jeder Tscheche ein Sokol] breitete sie sich rasch auf Böhmen und Mähren aus. Die Zahl der „Sokol“-Ortsgruppen hatte sich binnen zweier Jahrzehnte mehr als verfünffacht (1865: 19; 1883: 95), jene der Mitglieder mehr als versechsfacht (1865: 1712; 1883: 10.565)¹³⁸. 1889 wurde die „Česká obec sokolská“ [Böhmische Sokolgemeinde], die 152 „Horste“ umfaßte, gegründet, 1892 der mährisch-schlesische Dachverband. 1896 vereinigten sich beide Verbände zu einem gemeinsamen Verband, dem „Svaz českoslovanského sokolstva“ [Verband der tschechoslawischen Sokolschaft]¹³⁹. Das war der Beginn einer auf breiter Grundlage organisierten, zunächst nur tschechischen, bald aber allgemeinen slawischen Nationalbewegung.

Das 1871 für den Sokol in einem Leitartikel von Miroslav Tyrš („Náš úkol, směr a cíl“ [Unsere Aufgabe, Richtung und unser Ziel]) formulierte und eigentlich nur auf die kulturelle und soziale Emanzipation der Tschechen innerhalb des habsburgischen Staatsverbandes abzielende „Evangelium des Sokol“ wurde bald von den Jungtschechen ganz im Sinne ihres national-demokratischen Programms für ihre Zwecke instrumentalisiert. Sie lenkten den Verband während der neunziger Jahre immer stärker auf tschechnationale Bahnen mit einem paramilitäri-

¹³⁷) *Jüdische Zeitung* vom 31. August 1914, 2; zitiert nach GAISBAUER, Davidstern 425.

¹³⁸) GLETTLER, Sokol und D.T.J. 30 ff.; DIES., Wiener Tschechen 85 ff.; CLAIRE NOLTE, „Our Task, Direction and Goal“. The Development of the Sokol National Program to World War I; in: FERDINAND SEIBT (Hg.), Vereinswesen und Geschichtspflege in den böhmischen Ländern (=Bad Wiesseer Tagungen des Collegium Carolinum, München 1986) 123–138, hier 138; DIES., The Sokol in the Czech Lands to 1914. Training for the Nation (Basingstoke – New York 2002).

¹³⁹) LADISLAV JANDÁSEK, The Founder of the Sokols: Miroslav Tyrš; in: The Slavonic and East European Review 10 (1931) 572–587; MICHAL TERECH, Der „Sokol“ bei den slawischen Nationen; in: DIETHELM BLECKING (Hg.), Die slawische Sokolbewegung. Beiträge zur Geschichte von Sport und Nationalismus in Osteuropa (=Veröffentlichungen der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund B/42, Dortmund 1991) 23–36, hier 26 f.

schen Habitus. Unter anderem aus diesem Selbstverständnis heraus sahen sich die Wiener Sokoln als „Wacht an der Donau“¹⁴⁰).

Was den „Sokol“ für den Alltagsnationalismus so bedeutsam machte, war seine tiefe Verankerung in breiten Volksschichten, vor allem in Böhmen und Mähren, geringfügig schwächer in den anderen Kronländern mit einer slawischsprachigen Bevölkerung. Der katholische „Orel“ [Adler] und der „Svaz dělnických tělocvičných jednot českoslovanských [Verband der tschechoslawischen Arbeiterturnvereine], der 1913 rund 34.000 Mitglieder zählte, waren für ihn keine Gegner. Als ein sich ausschließlich an nationalen Interessen orientierender, überparteilicher Verband übte er eine weitaus größere Anziehungskraft aus als die sich an parteipolitischen Programmen orientierenden christlichsozialen bzw. sozialdemokratischen Turnerorganisationen¹⁴¹).

Tabelle 33: MITGLIEDER- UND ORTSGRUPPENZAHL DES „SVAZ ČESKOSLOVANSKÉHO SOKOLSTVA“ 1862–1912
(NACH KRONLÄNDERN, IN ABSOLUTEN ZAHLEN)

Jahr	Ortsgruppen			Mitglieder		
	Böhmen	Mähren Schlesien	Niederöster- reich	Böhmen	Mähren Schlesien	Niederöster- reich
1862	7	1	–	1.000	–	–
1865	16	3	–	1.556	156	–
1868	44	5	1	4.715	437	50
1871	96	17	1	9.304	1.144	68
1875	61	10	1	6.205	898	88
1883	77	17	1	9.236	1.218	111
1888	142	28	1	17.315	2.302	200
1897	367	93	6	35.717	7.282	871
1902	453	143	9	37.868	10.973	1.397
1905	493	169	9	39.387	11.524	1.258
1910	636	265	15	68.032	25.389	2.082
1912	717	359	15	83.040	33.742	2.401

Quelle: CLAIRE NOLTE, „Our Task, Direction and Goal“. The Development of the Sokol National Program to World War I; in: FERDINAND SEIBT (Hg.), Vereinswesen und Geschichtspflege in den böhmischen Ländern (=Bad Wiesseer Tagungen des Collegium Carolinum, München 1986) Anhang 138;

Jedenfalls fand die „Sokol“-Idee auch bei den nichttschechischen Völkern der Monarchie große Verbreitung. Kurz vor dem Weltkrieg zählte der 1892 gegründete „Związek polskich gimnastycznych towarzystwo sokółich v Austrii“ [Ver-

¹⁴⁰ MIROSLAV TYRŠ, Náš úkol, směr a cíl [Unsere Aufgabe, Richtlinie und Ziel]; in: Sokol 1 (1871) 1–4 (Neudruck Praha 1947); ALOIS FIKAR, O Sokole a Sokolství. Příručka pro nové členy [Über den Sokol und das Sokoltum. Handbuch für neue Mitglieder] (Praha 1948) 11 ff.; JAN SLECHTA, Stráž na Dunaji [Wacht an der Donau]; in: Památník tělov. jednoty Sokol „Fügner“ ve Vídni [Denkschrift des Sokol-Turnvereines „Fügner“ in Wien] (Wien 1899), zitiert nach GLETT-LEER, Sokol und D.T.J. 67.

¹⁴¹ EBD. 40 f.

band der polnischen Turnvereine ‚Sokol‘ in Österreich] in seinen 214 „Horsten“ über 30.000 Mitglieder. Die kroatisch-slowenische Dachorganisation entwickelte sich seit 1905 aus der slowenischen „Sokol“-Bewegung „Slovenska sokolska zveza“ [Slowenischer Sokol-Verband] (1863 erste Ortsgruppe „Južni Sokol“ [Südlicher Falke] in Laibach), die erst nach 1890 auf Betreiben Viktor Murniks an Bedeutung gewann. Sie kam auf fast 12.000 Mitglieder¹⁴²). Jedenfalls hatte sich das „Sokol“-Turnwesen bis zur Jahrhundertwende über die gesamte Monarchie ausgedehnt. 1908 schlossen sich die tschechoslawischen, kroatischen, slowenischen, serbischen und polnischen Regionalverbände im „Svaz slovanského sokolstva“ [Verband der slawischen Sokolturnerschaft] zu einer staatsübergreifenden Bewegung zusammen.

Ein Grund für den Aufstieg des „Sokol“ zur Massenorganisation lag wohl darin, daß es ihm wie keinem der anderen nichtdeutschsprachigen Verbände gelang, in das Bündnis zwischen nationaler Bewegung und bürgerlicher Politik schrittweise auch große Teile der Bauern- und Arbeiterschaft einzubinden. Zur Jahrhundertwende betrug deren Anteil unter den Mitgliedern bereits über 50 Prozent. Weder dem Panslawismus noch dem Austroslawismus verpflichtet, war der „Sokol“ vor allem Bollwerk gegen die Germanisierung der Tschechen – so seine Einschätzung durch die jüdische Presse¹⁴³). Im tschechischen Protestantismus, der Träger eines zunächst noch kryptonationalen Bewußtseins war, fand er einen verlässlichen Partner. Wie seine deutschen Glaubensbrüder forderte auch dieser eine selbständige „nationale“ evangelische Kirche. Aus diesem Selbstverständnis heraus schloß man sich der „Los-von-Rom-Bewegung“ an. Zunehmend verfocht der „Sokol“ einen antiösterreichischen Standpunkt, der immer extremere Formen annahm und an deren Endpunkt die Negation des österreichischen Vielvölkerstaates stand¹⁴⁴).

In der ablehnenden Haltung gegenüber der Monarchie und dem Katholizismus trafen sich die „Sokoln“ mit den im „Deutschen Turnerbund“ (1889) zusammengefaßten deutschvölkischen Turnvereinen. Anders als der „Sokol“ war und blieb der „Deutsche Turnerbund“ ein Produkt der akademisch-bürgerlichen, mehrheitlich im protestantischen Milieu verankerten Kreise. Gemeinsam mit den Burschenschaften verstand er sich als eine Pionierorganisation, die einen neuen, weil radikalen und völkischen Nationalismus predigte. Wie diese hatten sich seine Mitglieder bald auf Schönerrers radikale Spielart des Alldeutchtums mit arisch-antisemitischen Denkmustern („Durch Reinheit zur Einheit“) und Antikle-

¹⁴²) [N.N.], Die slawischen Turnvereine in Österreich; in: Der getreue Eckart. Monatsschrift für die Gesamtinteressen deutscher Schutzarbeit 7 (1909) 83; WOLFGANG KESSLER, Der Sokol in den jugoslawischen Gebieten (1863–1941); in: DIETHELM BLECKING (Hg.), Die slawische Sokolbewegung. Beiträge zur Geschichte von Sport und Nationalismus in Osteuropa (=Veröffentlichungen der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund B/ 42, Dortmund 1991) 201–207; GLETTNER, Sokol und D.T.J. 30–40.

¹⁴³) Zitiert nach GAISBAUER, Davidstern 425.

¹⁴⁴) HEUMOS, Agrarische Organisationen 185.

rikalismus („Los-von-Rom“) eingeschworen¹⁴⁵). Mit der antirömischen Position zogen sie den Protestantismus in ihr Lager. Es kam zu einer engen Verzahnung von religiöser und politischer Komponente und zur Bildung eines integrativen Netzwerkes¹⁴⁶). Personell waren der „Österreich-Ausschuß“ (1898) des „Evangelischen Bundes zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen“ und der „Deutsch-evangelische Bund für die Ostmark“ (1903) eng mit Schönerers Alldeutschen verknüpft¹⁴⁷). Beide übernahmen die Aufgabe einer stärkeren Pflege des deutschen Volkstums innerhalb des österreichischen Protestantismus und die „Wahrung deutsch-protestantischer Interessen“ im öffentlichen Leben. Mehr noch als der „Gustav-Adolf-Verein“ (1862), der in die evangelische Bewegung bzw. die Los-von-Rom-Bewegung nicht aktiv eingriff, sich aber auch nicht von dieser distanzierte, der aber die im Zuge der „Übertrittsbewegung“ neu entstandenen protestantischen Gemeinden entsprechend unterstützte¹⁴⁸), erblickten sie in der Protestantisierung Österreichs das Axiom für dessen Deutsch-Werdung. Alle drei protestantischen Verbände wollten den völkischen Anspruch, wie ihn die deutschnationalen Gruppierungen auf ihre Fahnen geheftet hatten, gegenüber dem „undeutschen“, weil römischen, Katholizismus beglaubigen. Zu diesem Zwecke bot man ihnen die Zusammenarbeit an und steuerte erhebliche Finanzmittel für die alldeutschen Aktivitäten bei. Im Sinne dieser Absichten wirkte auch der „Ulrich-Hutten-Bund“ (1899), der das Hauptaugenmerk auf den Ankauf von Bauergütern aus katholischen oder „fremdvölkischen“ Besitz und deren Besiedlung durch deutsche (=protestantische) Bauern legte¹⁴⁹). Initiativen einer übernationalen Organisation, wie sie sich im „Evangelischen Pfarrerverein für Österreich“ (1903) konkretisierte, der für Pfarrer aller Nationalitäten offenstand, spielten eine untergeordnete Rolle und fanden keine Massenbasis.

Ungeachtet einer Vielzahl ideeller Gemeinsamkeiten (Antisemitismus, Verehrung für alles Germanische, Glaube an die Überlegenheit der „germanischen Rasse“, „Lebensraum“-Ideologie, Abkehr von allem Modernen) bot der deutschnationale Verbandsblock bei weitem kein einheitliches Bild. Wohl suchten die diversen Verbände in den Jahren vor 1914 nach engeren Kooperationsformen, doch verhinderten die zwischen ihnen vorhandenen, teilweise recht schwerwiegenden Animositäten ein engeres Miteinander. Die Versuche, einen gemeinsamen

¹⁴⁵) Vgl. PICHL, Schönerer VI 314–334; ANDREW GLADDING WHITESIDE, *Austrian National Socialism Before 1918* (The Hague 1962) 66; FRANZ BENDA, *Der Deutsche Turnerbund 1889. Seine Entwicklung und Weltanschauung* (=Dissertationen der Universität Wien 216, Wien 1991) 17–32.

¹⁴⁶) KARL-REINHART TRAUNER, *Die Los-von-Rom-Bewegung. Gesellschaftspolitische und kirchliche Strömung in der ausgehenden Habsburgermonarchie* (Szentendre 1999) 335.

¹⁴⁷) EBD. 328 ff.

¹⁴⁸) RÜCKBLICK auf die Begebenheiten und Veränderungen der evangelischen Kirche in Österreich vom 1. August 1899 bis dahin 1900; in: *Gustav-Adolfs-Kalender* 48 (1901), ohne Paginierung.

¹⁴⁹) [ERICH STÖCKL], *Fünfzig Jahre Österreichischer Hauptverein der Evangelischen Gustav-Adolf-Stiftung 1862–1912* (Wien 1912); LOTHAR ALBERTIN, *Nationalismus und Protestantismus in der Österreichischen Los-Von-Rom-Bewegung*, phil. Diss. (Köln 1953) 84.

Nenner zu finden, kamen über ein Anfangsstadium nicht hinaus. Der 1908 in Wien tagende Deutsche Schutzvereinstag, auf dem die Einrichtung einer „Hauptstelle für deutsche Schutzarbeit“ als Überverband der vielen deutschvölkischen, radikal nationalen Organisationen beschlossen wurde, konnte die hochgesteckten Erwartungen nicht erfüllen.

Auch die „Hauptstelle“, die an sich über ein riesiges Mitgliederpotential verfügte, und die „Deutsch-österreichische Beratungsstelle für Volkswohlfahrt“ (1913), in der führende Köpfe des deutschnationalen Verbändewesens (u. a. Josef Maria Baernreither, Hermann Braß/ Obmann des „Bundes der Deutschen Nordmährens“, Albrecht von Gröling/ Obmann des „Deutschen Klubs“, Gustav Groß/ Obmann des „Deutschen Schulvereins“, Hans Hartl, Franz Jesser, Rudolf Lodgman von Auen, Heinrich Oberleithner, Rafael Pacher/ Obmann des „Bundes der Deutschen in Böhmen“, Othmar Spann, Josef Taschek/ Obmann des „(Deutschen) Böhmerwaldbundes“, Heinrich Wastian/ Obmann der „Südmark“) vertreten waren, wurden nicht zum Meilenstein einer Einigung der deutschnationalen Organisationen¹⁵⁰). Zu gegensätzlich blieben trotz Bekenntnis zur Deutschtums-Ideologie die Interessen. An der Vielfalt innerhalb des deutschnationalen Verbändewesens änderte sich nichts. Zumindes von außen besehen scheinen die zentralen Dachverbände, die es bei den anderen Nationen ebenfalls gab (z.B. der „Národní rada česká“ [Tschechischer Nationalrat]), in der Sammlung und Bündelung nationaler Energien erfolgreicher gewesen zu sein als die der Deutschen, doch bedürfte es noch genauerer Forschungen, um hier zu einem abgewogenen Urteil zu gelangen.

Die Verbände und die ihnen angeschlossenen Zweigvereine wurden zu den eigentlichen Trägern des Alltagsnationalismus. Im Verlaufe des politisch-gesellschaftlichen Modernisierungsprozesses stellten sie ein wirksames Mittel zur manipulativen Steuerung der Massen im nationalen Sinne dar. Mit dem Anspruch, im Volkstumskampf die „nationalen Interessen“ zu verteidigen, verstanden sie sich als „Gralshüter“ der nationalen Idee. Wie metastasierende Zellen breiteten sie sich, von der Zentrale gelenkt, auf der Grundlage von Ortsgruppen über den gesamten cisleithanischen Staatskörper aus und schürten die nationalen Leidenschaften: zuerst in den kleinbürgerlichen Kreisen, bald auch in der bäuerlichen Bevölkerung und in der Arbeiterschaft. Was sie so effizient machte, war der Umstand der standes- und parteiübergreifenden Organisation und damit der Durchdringung des außerparlamentarischen Bereiches. 1910 etwa war jeder fünfzehnte Slowene Mitglied der „Družba sv. Mohorjeva“ (1910: 81.764 Mitglieder), 1914 fast jeder zehnte Deutschösterreicher zumindest zahlendes Mitglied eines Schutzvereins¹⁵¹).

¹⁵⁰) Vgl. KARL WILHELM FINK, Eine Zentralstelle und Jahrestagung der deutschen Schutzvereine Österreichs; in: Der getreue Eckart. Monatsschrift für die Gesamtinteressen deutscher Schutzarbeit 5 (1907) 84 ff.; VERHANDLUNGSSCHRIFT ÜBER DEN I. DEUTSCHEN SCHUTZVEREINSTAG in Wien am 3., 4., 5. und 6. Jänner 1908 (Wien 1908).

¹⁵¹) IVAN GRAFENAUER, Slovensko šolsko društvo na Koroškem [Der Slowenische Schulverein für Kärnten]; in: BOGO GRAFENAUER, LOJZE UDE, MAKS VESELKO (Hgg.), Koroški zbornik [Kärntner Sammelband] (Ljubljana 1946) 284–344, hier 339; WEIDENFELLER, VDA 133.

Tabelle 34: VERBÄNDE DER IN DER „HAUPTSTELLE FÜR DEUTSCHE SCHUTZARBEIT“
ZUSAMMENGESCHLOSSENEN DEUTSCH-ÖSTERREICHISCHEN „SCHUTZVEREINE“
(STAND: 1906)

Verband	Gründungsjahr	Tätigkeitsgebiet	Zahl der Ortsgruppen	Mitglieder
„Deutscher Schulverein“	1880	Cisleithanien	ca. 1.000	ca. 100.000
„Böhmerwaldbund“	1884	Südböhmen	379	35.760
„Bund der Deutschen Nordmährens“	1886	Nordmähren	478	ca. 40.000
„Südmark“	1890	Österreichische Alpenländer einschließlich Nieder- und Oberösterreich	398	38.200
„Nordmark“	1893	Schlesien	194	16.228
„Bund der Deutschen Ostböhmens“	1894	Ostrand Böhmens vom Riesengebirge bis nach Iglau (Jihlava)	k.A.	4.141
„Bund der Deutschen in Böhmen“	1894	Böhmen	616	45.275
„Verein der christlichen Deutschen in der Bukowina“	1897	Bukowina	39	3.499
„Bund der Deutschen Südmährens“	1899	Südmähren	k. A.	6.690
„Bund der Deutschen der Iglauer Sprachinsel“	1904	Iglauer Sprachinsel	121	2.523
„Bund der Deutschen in Niederösterreich“	1905	Niederösterreich	34	ca. 3.000 ^{a)}
„Tiroler Volksbund“	1905	Tirol	122 ^{b)}	19.849 ^{c)}
„Bund der christlichen Deutschen in Galizien“	1907	Galizien	k.A.	k.A.

^{a)} Mitte 1907.

^{b)} April 1907.

^{c)} Ende 1907.

Quelle: Der getreue Eckart. Monatsschrift für die Gesamtinteressen des Deutschtums 6 (1908) 95.

Ihre Aktivitäten steigerten die Effizienz des organisierten Nationalismus. Mit volksnahen Aktionen wie dem Bau und der Unterstützung von Schulen und Kindergärten, der Gewährung von Darlehen, der Einrichtung von Büchereien, nationalen Tischgesellschaften („Volksabende“), Sängereisen, Stellenvermittlung, finanzieller Unterstützung von landwirtschaftlichen und gewerblichen Betrieben, der Verteilung von Werbematerialien (Zündhölzer, Ansichtskarten, Kalender), Geldsammlungen (1909 „Rosegger-Spende“ des „Deutschen Schulvereins“; „Dar Grunwaldski“ [Grunewald-Fonds] des „Towarzystwo Szkoły Ludowej“), Wanderversammlungen oder dem Ankauf von Grund und Boden erreichten sie über ihre Zweigvereinigungen alle Bevölkerungsschichten. Mit diesen Aktivitäten waren die Mobilisierungsressourcen noch lange nicht erschöpft.

Eine wichtige Funktion in der Prägung des öffentlichen Meinungsklimas kam der reichhaltigen Verbandspublizistik zu. Sämtliche nationale Verbände stützten sich auf ein reichhaltiges Propagandainstrumentarium in Form einer Flug- und Zeitschriftenliteratur. Mit diesem strebte man zweierlei an: einerseits das eigene Volkstum im Kampf gegen den nationalen Rivalen aufzustacheln, andererseits die Regierungen unter öffentlichen Druck zu setzen. Die diversen Publikationsorgane, seien es nun die Mitteilungsorgane der mitgliederstarken Schulvereine (etwa *Mitteilungen des Deutschen Schulvereins*, seit 1881; ab 1902: *Der getreue Eckart. Monatsschrift des Deutschen Schulvereins*; *Věstník. Ústřední matice školské* [Vestník. Zentral-Schulverein]), der Turnvereine (*Die Bundesturnzeitung, Sokol. Časopis zájmům tělocvičným věnovaný* [Sokol. Zeitschrift, gewidmet den Interessen der Leibesübungen]) oder der Burschenschaftsverbände (*Mitteilungen des Verbandes alter Burschschafter Wartburg. Zeitschrift für den ostmärkischen Burschschafter*), sowie die Gedenkschriften, Kalender und Broschüren erzeugten ein Meinungsklima, das die jährlich stattfindenden Verbandstage zu nationalen Manifestationen werden ließ. Neben dem „Elitekorps im nationalen Kampf“, der Lehrer- und Studentenschaft, verstanden es insbesondere die Sänger und Turner, ihre Feste, Festumzüge und Massendarbietungen als Nationalfeste zu zelebrieren¹⁵²).

Als eine Art latente Opposition machte das nationale Verbändewesen nicht nur gegen das andere Volkstum Front, sondern ebenso gegen den Staat. Zwangsläufig mußten die nationalen Vereine aus ihrem Selbstverständnis heraus in Gegensatz zur Staatsführung geraten. Sie suchten die österreichischen Regierungen zu Maßnahmen gegen das andere Volkstum zu treiben. Das fiel umso leichter, als der Aufbau einer Verbandsbewegung, die sich der übernationalen schwarz-gelben Staatsidee verschrieb, über bescheidene Ansätze nicht hinausgekommen war. Was an derartigen Vereinigungen bestand, war äußerst fragil. Das gilt für den als Gegenpol zum streng national-antisemitischen „Leseverein der deutschen Studenten

¹⁵²) [N.N.], Studenten, Turner und Sänger im Dienste der deutschen Schutzarbeit; in: *Der getreue Eckart. Monatsschrift für die Gesamtinteressen deutscher Schutzarbeit* 6 (1908) 257 f. sowie EBD. 7 (1909) 433; vgl. allgemein DIETER DÜDING, Nationale Oppositionsfeste der Turner, Sänger und Schützen im 19. Jahrhundert; in: DIETER DÜDING, PETER FRIEDEMANN, PAUL MÜNCH (Hgg.), *Öffentliche Festkultur. Politische Feste in Deutschland von der Aufklärung bis zum Ersten Weltkrieg* (Reinbek 1988) 166–190.

Wiens“ gegründeten „Deutschösterreichischen Leseverein“ (1876). So wie für den in Graz gegründeten „Österreichischen Studentenverein“ (1878), der sich zum Prinzip des Patriotismus und der Gleichberechtigung aller Studenten ohne Unterschied der Nationalität bekannte, erhoffte man sich vom Wiener Verein, daß er das Aufgehen des österreichischen Deutschtums in einer „österreichischen Nationalität“ auf akademischen Boden vorbereiten werde. Beide blieben nur eine ephemere Erscheinung und wurden nach wenigen Jahren aufgelöst. Ihr Ziel, das deutsche Element nur insofern zu pflegen, „als es bindend ist für die österreichischen Völker, ..., als es die Mauer ist, welche das österreichische Staatsgebilde umschließt und zugleich abschließt gegen die andrängende Barbarei des Ostens“¹⁵³), erreichten sie nie. Im Gegenteil: Die Rivalität zwischen dem deutsch-nationalen und dem deutschösterreichischen Lager verschärfte sich weiter. Im Zeitalter der Nationalstaatsidee übte der Volkstums-(=Deutschtums-)Glaube eine ungleich größere Faszination aus als der Österreich-Patriotismus.

Wozu man sich bestenfalls bereit fand, war ein deutsch-österreichischer Patriotismus, wie er auf akademischen Boden seitens der katholischen Studentenschaft praktiziert wurde. Nach dem Zerfall des „1. Österreichischen Cartellverbandes“, der für lange Zeit der letzte eigenständige katholisch-österreichische Studentenverband blieb, fanden die katholischen Studentenverbindungen Cisleithaniens im „Großen Cartellverband“, dem mehrheitlich reichsdeutsche Korporationen angehörten, ihre neue Heimat, was sie wiederum zu einem deutschen Volkstumsbekenntnis führte. Das Prinzip „Vaterlandsliebe“ – bis 1907 überhaupt unerwähnt – definierte man nun nach der Aufnahme in die Satzungen als „kerndeutsche Vaterlandsliebe“, „welche [das] Fundament und Dach des Cartellgebäudes verbindet“¹⁵⁴). Der „Reichsverband der österreichischen Mittelschullehrer“ (1905) hingegen versuchte, das Volkstumsprinzip zu überwinden. Für nahezu ein Jahrzehnt bildete er als Standesvertretung der Mittelschullehrer das gelungene Unternehmen eines national gemischten Verbandes, in dem alle cisleithanischen Nationalitäten vertreten waren. 1911 gehörten ihm 22 Territorialverbände (14 deutsche, ein tschechischer, ein polnischer, ein italienischer, ein slowenischer, zwei ruthenische, ein serbokroatischer und ein rumänischer) mit fast 8000 Mitgliedern an. Durch ein System des nationalen Proporzverstand man es, nationalistische Spannungen hintanzuhalten. Erst als dieser Ausgleich von deutscher und tschechischer Seite in Frage gestellt wurde, erwies sich der Verband als nicht mehr arbeitsfähig, und die Interessenvertretung der Mittelschullehrer wurde von nationalen Standesvereinigungen übernommen¹⁵⁵).

¹⁵³) MOLISCH, Hochschulen 91 f.; PICHL, Schönerer II 311 f.

¹⁵⁴) AUGUST NUSS, Der Cartellverband der katholischen deutschen Studentenverbindungen (C.V.) (=Studentenbibliothek 5, Mönchen Gladbach 1913) 32, zitiert nach GERHARD HARTMANN (unter Mitarbeit von DIETER A. BINDER), Im Gestern bewährt. Im Heute bereit. 100 Jahre Carolina. Zur Geschichte des Verbandskatholizismus, hg. von Maximilian Liebmann (=Grazer Beiträge zur Theologiegeschichte und kirchlichen Zeitgeschichte 2, Graz – Wien – Köln 1988) 58.

¹⁵⁵) HELMUT ENGELBRECHT, Lehrervereine im Kampf um Status und Einfluß. Zur Geschichte der Standesorganisation der Sekundarschullehrer in Österreich (Wien 1978) 53–57.

Ein weiteres, die nationalen Barrieren potentiell überwindendes Element stellte die Religion dar, doch in der krisenhaften Periode der neunziger Jahre gab auch der österreichische Katholizismus auf Verbandsebene seine übernationale Gesinnung auf und begann den Prinzipien des Volkstums zu huldigen. Bis in die achtziger Jahre hatte es neben dem Engagement in den nationalen Vereinigungen rege Kontakte unter den katholisch-konservativen Gruppen aller Nationalitäten gegeben. Noch 1877 hatte man am Katholikentag die katholischen Vereinigungen, „mögen sie nun Landes- oder Localvereine sein“, aufgefordert, „ohne Rücksicht auf die Stammes- und Sprachverschiedenheiten alle Völker des Gesamtvaterlandes, durch deren Vereinigung unter dem Scepter des glorreichen Hauses Habsburg-Lothringen sowie durch deren Treue unsere Monarchie groß und ehrwürdig geworden, in gleicher Weise als Brudervölker, an[zu]erkennen, [zu] lieben und [zu] ehren“¹⁵⁶). Erst im Verlaufe der Eskalation nach den Badenischen Sprachenverordnungen lösten sich diese Kontakte auf, das Prinzip eines österreichischen Reichspatriotismus trat allmählich in den Hintergrund¹⁵⁷). 1910 fand der letzte österreichische Katholikentag statt, an dem Delegierte aller Kronländer und Nationalitäten teilnahmen. Neben regionalen Katholikentagen, die bereits eine lange Tradition hatten, hielt seit der Jahrhundertwende als Folge des Drucks der nationalen Bewegung auch jede Nationalität ihre eigenen Katholikentage ab.

Basierend auf diesen Prämissen exponierten sich nun die deutschsprachigen Katholiken für die Vorrangstellung des deutschen Elements im Vielvölkerstaat. Allerdings waren sie nicht bereit, mit den Extremnationalisten mitzumarschieren. Mit einer bemerkenswerten Konsequenz zog sich der Katholizismus aus den diversen radikalnationalen Kampforganisationen zurück, um eigene gemäßigte Konkurrenzverbände zu konstituieren, wie etwa den katholisch-deutschen Schutzverein „Ostmark. Bund deutscher Österreicher“ (1909), der sich nicht nur in seiner konfessionellen Orientierung, sondern auch was das Deutschtums-Verständnis betraf, als Antipode zur „Südmark“ verstand¹⁵⁸).

Um die Jahrhundertwende formte sich jedoch nicht nur bei den Deutschen, sondern innerhalb jeder der einzelnen Nationalitäten ein katholisches Verbändewesen aus, das nicht gewillt war, nationale Ideologeme in der radikalen Form zu propagieren und den staatlichen Desintegrationsprozeß zu betreiben. Im Gegensatz zu dem aus der liberal-bürgerlichen Tradition kommenden nationalen Organisationswesen stand das katholische Verbändewesen aller Völker loyal zur Dynastie und zum Vielvölkerstaat. Das traf für die katholischen Schulvereine („Katholischer Schulverein für Österreich“ (1886), „Slovensko šolsko društvo“ [Slowenischer Schulverein] (1907); „Svatováclavská Matice Skolská“ [St.Wenzels-Schulverein] (1912)) mit ihrem anti-radikalnationalen Anstrich genauso zu wie für den als

¹⁵⁶) VERHANDLUNGEN DES ALLGEMEINEN ÖSTERREICHISCHEN KATHOLIKENTAGES für die gesamte Monarchie zu Wien am 30. April, 1., 2. und 3. Mai 1877, 1. Heft: Einleitung, Vollversammlung, Begrüßung, Konstituierung des Präsidiums (Wien 1877) 560.

¹⁵⁷) HARTMANN, Gestern bewährt, Heute bereit 155 ff.

¹⁵⁸) PICHL, Schönerer VI 157.

Antipoden zum „Sokol“ gegründeten „Orel“-Verband oder die ebenfalls im Slowenentum stark verankerte, rein religiös ausgerichtete „Družba sv. Mohorja“¹⁵⁹). Sie alle bejahten einen österreichischen Vielvölkerstaat, der, wie es 1897 Janez Evangelist Krek für die Slowenen formulierte, auf der Autonomie der historischen Gruppen der österreichischen Länder und auf der Selbständigkeit der Nationen aufgebaut werden sollte¹⁶⁰).

Als „demonstrative Bejahung eines durch keine Ländergrenzen gehemmten christlichen Aktivismus, der sich gegen die furchtsamen Methoden eines an sich selbst verzagenden Systems aufbäumte“, hatte sich 1886 auf Betreiben von Caspar Schwarz der „Katholische Schulverein für Österreich“ konstituiert. Sein Hauptaugenmerk war darauf gerichtet, die Schulfrage verstärkt ins öffentliche Bewußtsein treten zu lassen, die Leitung des interkonfessionellen öffentlichen Schulwesens wieder unter die Kontrolle des Katholizismus zu bringen sowie katholische Privatschulen einzurichten¹⁶¹). Für einige Jahre bildete er das einzige katholische Bollwerk gegen die kirchenfeindlichen Initiativen des Liberalismus, bald auch gegen jene des Sozialismus, ohne jedoch, was Mitgliederzahl und Organisationsdichte anlangte, die Stärke des „Deutschen Schulvereines“ zu erlangen. 1907 zählte er in 715 Pfarrgruppen immerhin bereits 81.798 Mitglieder.

Ungeachtet der nationalen Verselbständigungstendenzen innerhalb der katholischen Verbandskultur gab es, wenn auch letzten Endes ohne dauerhaften Erfolg, Versuche zum Aufbau volkstumsübergreifender Organisationen. So trat der „Katholische Lehrerbund für Österreich“ (1893) mit dem Ziel einer Integration der nichtdeutschen katholischen Lehrervereinigungen in den Gesamtverband ein. Für wenige Jahre war er im kleinen Rahmen durchaus erfolgreich. In den neunziger Jahren schloß sich ihm die „Associazione insegnanti italiani cattolici del Sudtirolo“ [Italienischer katholischer Lehrerverein Südtirols] an, und nach 1900 für kurze Zeit sogar die tschechischen katholischen Lehrervereine Böhmens und Mährens sowie der slowenisch-katholische Lehrerverein „Slomškova zveza“ [Slomšek-Verband]. Bis 1908 – zu diesem Zeitpunkt zählte er mehr als 6000 Mitglieder – gehörten ihm neben den 19 Regionalverbänden deutscher Muttersprache noch sechs nichtdeutschsprachige Lehrervereine an¹⁶²). Seine Breitenwirkung blieb aber eingeschränkt, repräsentierte er doch nur 8,5 Prozent der an den öffentlichen Volksschulen beschäftigten Lehrer (1909).

Ausgehend von der Idee des Christentums als einigendem Band zwischen den Völkern verpflichteten sich auch die christlichen Gewerkschaftsverbände dem übernationalen Gedanken. Zu einem Zeitpunkt, als die sozialdemokratische

¹⁵⁹) [N.N.], Der slowenische Schulverein; in: Der getreue Eckart. Monatsschrift für die Gesamtinteressen deutscher Schutzarbeit 5 (1907) 235 f.; VOVKO, Družba [Bruderschaft] 38.

¹⁶⁰) Vgl. WALTER LUKAN, Zur Biographie von Janez Evangelist Krek (1865–1917), 2 Bde., geisteswiss. Diss. (Wien 1984) I 131 ff.

¹⁶¹) FRIEDRICH FUNDER, Vom Gestern ins Heute. Aus dem Kaiserreich in die Republik (Wien 1952) 52 f.

¹⁶²) JOSEF ZEIF, Die katholische Lehrerorganisation; in: ALOIS HUDAL (Hg.), Der Katholizismus in Österreich. Sein Wirken, Kämpfen und Hoffen (Innsbruck – Wien – München 1931) 345–357, hier 346 f.

„Reichsgewerkschaftskommission“ bereits in ihre nationalen Segmente zerfiel, legte sich die „Zentralkommission der Christlichen Gewerkschaften Österreichs“ (= „Christlicher Gewerkschaftsverband Österreich“) auf ihrem ersten Kongreß 1909 noch darauf fest, „die Arbeiter aller Nationen umfassen“ zu wollen. Diesem hohen Anspruch stellte sich die zentrifugale Kraft des Nationalismus entgegen. Am Gründungskongreß hatten neben den deutschen Fach- und Gewerkschaftsvereinen noch tschechische, slowenische und polnische Sektionen teilgenommen. Die Separierungsbestrebungen der tschechischen und polnischen Verbände weg von der Wiener Zentrale offenbarten sich am zweiten Kongreß 1911, auf dem nur mehr ein Delegierter eines nichtdeutschsprachigen Verbandes erschien¹⁶³). Dennoch fühlten sich die deutschsprachigen christlichen Gewerkschafter nach wie vor der übernationalen Idee verpflichtet, wenngleich unter dem Druck der deutschnationalen Gewerkschaften, die seit 1908 mit der „Zentralkommission deutscher Arbeitnehmervverbände Österreichs“ über einen eigenen Zentralverband verfügten, erste Abfalltendenzen (1914 Auflösung der „Christlichen Eisenbahnerorganisation“) sichtbar wurden¹⁶⁴).

Am Vorabend des „Großen Krieges“ hatte der Nationalismus alle anderen politischen Anliegen überspielt. Die Verbände waren zum wirksamsten Träger der Nationalbewegungen aufgestiegen. Umso erstaunlicher ist es, daß es bis zu den letzten Reichsratswahlen vor dem Ersten Weltkrieg keiner Nationalität gelang, eine nationale Sammelbewegung in Form der Massenpartei zu konstituieren, obwohl das nationale Ideengut über das Verbändewesen breite Bevölkerungskreise quer durch alle sozialen Schichten erfaßte. Der Mannigfaltigkeit nationaler Strömungen im Verbändewesen, ja zum Teil innerhalb einzelner Verbände selbst entsprach die Vielfalt in der Parteienlandschaft. Zwar konnten sich sowohl die Verbände als auch die Parteien auf eine Massengefolgschaft stützen, die jedoch kein ideologisches Ganzes, sondern als Fusion unterschiedlichster Gruppierungen ein in sich nuancenreiches Erscheinungsbild abgab. Unter dem Druck der Verbände entledigten sich die Parteien der liberalen Restbestände. Schritt für Schritt legten sie ihre gouvernementale Haltung ab und begaben sich binnen weniger Jahre in eine zum Teil extreme Gegnerschaft zum Staats- und Systemerhaltungswillen des politischen Überbaus. Das war das eigentlich Verhängnisvolle an der von den außerparlamentarischen Verbänden kultivierten neuen Erscheinungsform des Nationalismus im habsburgischen Vielvölkerstaat.

Dabei war das Verhältnis der Verbände zu den sich an einer nationalen Programmatik orientierenden Parteien kein einfaches, ja bisweilen ein zwiespältiges. Einerseits entwickelten sie sich zu einem unentbehrlichen Forum für die Aktivierung großer Bevölkerungsteile und damit von Wählerstimmen für die Partei-

¹⁶³) Delegiertenliste des II. Kongresses der christlichen Gewerkschaften Österreichs; in: PROTOKOLL ÜBER DIE VERHANDLUNGEN DES II. KONGRESSES DER CHRISTLICHEN GEWERKSCHAFTEN ÖSTERREICHS, Wien, 29. Juni–1. Juli 1911 (Wien 1911) 3 ff.; LUDWIG REICHHOLD, Geschichte der christlichen Gewerkschaften Österreichs (Wien 1987) 132 ff., 141 ff.

¹⁶⁴) FRANZ HEMALA, Geschichte der Gewerkschaften (Wien 1922) 132; LEO HAUBENBERGER, Der Werdegang der nationalen Gewerkschaften (Wien 1932) 5 f.

en, andererseits entstand diesen in den nationalen Verbänden ein Mitbewerber. Insgesamt stellte das aber kein Hindernis dafür dar, daß führende Abgeordnete zu Verbandsgründern wurden. Der „Deutsche Schulverein“ war das Produkt führender Männer des liberal–deutschnationalen Lagers, insbesondere der Angehörigen des „Klubs der Deutschen Fortschrittspartei“, die in ihm als leitende Funktionäre den Ton angaben¹⁶⁵). Es spricht für das politische Gewicht des „Schulvereins“, daß alle Obmänner (Moritz Weitlof, Viktor von Kraus, Gustav Groß) in das Abgeordnetenhaus gewählt wurden. Nicht anders verhielt es sich bei der zweiten großen Organisation innerhalb des deutschnationalen Lagers, der „Südmark“, die im wesentlichen auf Betreiben von Reichsrats- und Landtagsabgeordneten der deutschnationalen Parteien (Julius Derschatta, Gustav Kokoschinegg, Paul Hofmann von Wellenhof, Franz Mosdorfer, Josef Neckermann) zustande gekommen war¹⁶⁶). Dieses Zusammenspiel von Verband und Partei ist auch bei den Verbandsinitiativen der nichtdeutschsprachigen Bevölkerung feststellbar. Die Gründung der „Ústřední Matice školská“ ging noch von einem alttschechischen Abgeordneten, František Ladislav Rieger, aus, der auch zu deren ersten Präsidenten gewählt wurde, und die Konstituierung des italienischen Schulvereines „Pro Patria“ entsprang einer Initiative des irredentistischen Bürgermeisters von Rovereto, Augusto Sartorelli¹⁶⁷).

Wie eng die Bindungen zwischen den nationalen Organisationen und den Parteien sein konnten, offenbarten die Generalversammlungen. Sie wurden alljährlich zum Treffpunkt der politischen Prominenz. Nicht zufällig bestanden zwischen zahlreichen Abgeordneten und den nationalen Verbänden enge Kontakte. So wurde über die Verbandsangehörigen in ihrer Funktion als Abgeordnete die nationale Verbandsprogrammatische in die politischen Fraktionen des Reichsrates getragen. Diese Verbindung von Verbandepolitik und Reichsrat war in den Anfangsjahren des österreichischen Parlamentarismus noch eher unüblich, wurde aber mit der Ausweitung des Wahlrechtes mehr und mehr zur Regel. Beispielhaft praktizierte das der „Alldeutsche Verband“. Ab 1910 forcierte die reichsdeutsche Verbandsführung die Kontakte zu Meinungsbildnern innerhalb der deutschnationalen Fraktionen im österreichischen Reichsrat (Julius Sylvester, Albert von Mühlwerth, Josef Wolfgang Dobernig, Karl Beurle)¹⁶⁸). Diese Form des nationalen Lobbyings beschränkte sich nicht auf das Deutschtum. Allgemein ist erkennbar, daß sich die „Verbandsnationalisten“ spätestens seit den Reichsratswahlen von 1911 in den Fraktionen des Abgeordnetenhauses auf eine breite pressure group stützen konnten.

¹⁶⁵) Vgl. AUGUST RITTER VON WOTAWA, Der Deutsche Schulverein 1880–1905. Eine Gedenkschrift (Wien 1905) 10; HÖBELT, Kornblume und Kaiseradler 37; DROBESCH, Deutscher Schulverein 197, Tabelle 2.

¹⁶⁶) STAUDINGER, Südmark 140.

¹⁶⁷) PETER MAYR, Die Gesellschaft „Dante Alighieri“ (=Schriftenreihe des Mondseer Arbeitskreises 1, Mondsee o.J. [1963]) 6; AUGUSTO SARTORELLI, La Società Pro Patria e il suo tempo (Roma 1919); RADL, Kampf 139; [N.N.], Tschechischer Schulverein im Jahre 1907; in: Der getreue Eckart. Monatschrift für die Gesamtinteressen deutscher Schutzarbeit 5 (1907) 281.

¹⁶⁸) KOŘALKA, Deutschtum 87.

Tabelle 35: MITGLIEDER VON NATIONALEN VERBÄNDEN IM ABGEORDNETENHAUS NACH DEN REICHSRATSWAHLEN VON 1911

Deutschsoziale Partei: (1) *)	– Wilhelm Pollauf, Obmann des „Deutschsozialen Vereines des Bundes der Deutschen in Niederösterreich“
Deutsche Volkspartei: (21)	– Franz Dinghofer, Begründer des „Deutschen Volksbundes“ – Franz Wagner, Obmann der Bundesleitung des „Bundes der Deutschen in Böhmen“
Deutschfortschrittliche Partei: (14)	– Philipp von Langenhan, Vorstandsmitglied der „Deutschnationalen Geschäftsstelle“ – Gustav Groß, Obmann des „Deutschen Schulvereines“
Deutschradikale Partei: (22)	– Rudolf Felzmann, Mitglied (Obmann des Bezirksverbandes) des „Bundes der Deutschen in Nordmähren“ – Rudolf Heine, Hauptausschußmitglied der „Südmark“ – Josef Herold, Mitglied der Bundesleitung des „Bundes der Deutschen in Böhmen“ – Gustav Hummer, Vorstandsmitglied des „Deutschnationalen Vereines für Österreich“ – Johann Kopp, Mitglied der Bundesleitung des „Bundes der Deutschen in Mähren“ – Rafael Pacher, Vorstandsmitglied des „Deutschnationalen Vereines für Österreich“ – Albert Ritter von Mühlwerth, Mitglied des „Deutschen Schulvereines“ – Josef Schlegel, Obmann des deutschen Schutzvereines „Ostmark“ – Rudolf Sommer, Mitglied der Bundesleitung des „Bundes der Deutschen Nordmährens“ – Franz Schreiter, Ausschußmitglied des „Deutsch-österreichischen Lehrer-Bundes“ und des „Deutschen Landeslehrervereines für Böhmen“ – Franz Tobisch, Mitglied (Obmannstellvertreter des Bezirksverbandes) des „Bundes der Deutschen in Böhmen“ – Friedrich Wichtl, Vorstandsmitglied des „Deutschnationalen Vereines“ – Karl Hermann Wolf, Obmann des „Deutschnationalen Vereines“
Alldeutsche Partei: (5)	– Karl Iro, Ehrenmitglied zahlreicher deutschnationaler Vereine
Slowenische Volkspartei: (19)	– Evgen Jarc, Obmann des slowenischnationalen Schutzvereines „Slovenska Straža“ – Anton Gregorčič, Obmann des politischen Vereines „Sloga“
Slowenisch-liberale Partei: (3)	– Ottokar Rybář, Obmann des „Tržaški Sokol“ in Triest
Tschechisch-staatsrechtlich fortschrittliche Partei: (4)	– František Vodnansky, Ausschußmitglied des „Česká obec sokolská“
Tschechisch-fortschrittliche Volkspartei: (8)	– Antonín Kalina, Mitglied des „Česká obec sokolská“

Tschechisch-katholisch-nationale Partei: (7)	– Mořic Hruban, Ehrenmitglied und Protektor des Schulvereines „Društvo sv. Cirila in Metoda“
Tschechische Agrarier: (37)	– Josef Dürich, Obmann des Vereines „Komenský“ in Wien – František Mašata, Obmann des „Sokol“
Tschechische National-Soziale: (13)	– Karel Baxa, Obmann des „Národní jednota pošumavská“
Polnisch-konservative Partei: (17)	– Antoni Matakiewicz, Ehrenmitglied einer Ortsgruppe (Wojnicz) des „Polnischen Sokol“
Polnische Volkspartei: (24)	– Stanisław Biały, Obmann des „Polnischen Sokol“
Italienische Volkspartei (Popolari): (10)	– Pietro Spadaro, Präsident der „Associazione popolare italiana“ in Triest

^{a)} Die Ziffern in Klammer geben die Klubstärke an

Quelle: FRITZ FREUND, Das österreichische Abgeordnetenhaus 1907–1911. XI. Legislaturperiode (XVIII. Session). Ein biographisch-statistisches Handbuch (Wien [1907]) 17 ff.

Mit Interpellationen, Petitionen und Anfragen vertraten die Verbandsangehörigen im Abgeordnetenhaus in Fragen der Sicherung des „nationalen Besitzstandes“ über die Parteien die Anliegen ihres Verbandes. Es waren die Vertreter der Schulvereine, die die Auseinandersetzung um das Schulwesen und den Sprachgebrauch in der Verwaltung zu einem heiß umstrittenen Thema auf parlamentarischem Boden machten. Damit gaben sie sich nicht zufrieden. Auch der Kampf der Verbände gegeneinander wurde im Parlament geführt. 1907 stellte sich der slowenische Abgeordnete Anton Korošec in einer Interpellation gegen die Begünstigung der „Südmark“, 1911 urgierte der Abgeordnete der slowenisch-klerikalen Partei Ivan Roškar die behördliche Auflösung des „Deutschen Schulvereines“¹⁶⁹). Es waren meist Verbandspolitiker, die im Reichsrat Marginalia zu einer „Haupt- und Staatsaktion“ hochspielten.

Andererseits suchte das Ministerium des Innern durch die Auflösung von Verbänden „wegen Überschreitung des erlaubten nicht politischen Wirkungskreises“ die nationale Agitation innerhalb der Vereinskultur zumindest zu schwächen. Doch verzichtete die Regierung gerade im Zusammenhang mit den nationalen Verbänden, nicht aber lokalen und regionalen Vereinen, auf eine allzu restriktive Interpretation des Begriffes „politisch“. Daher hielt sich die Zahl der Fälle, in denen das Ministerium des Innern die Bestimmungen des Vereinsgesetzes von 1867 über die politischen Vereine zuungunsten der nationalen Verbände auslegte, in Grenzen. Nur ein kleiner Teil der extremnationalistischen Verbände wurde verboten. Die Auflösung des „Schulvereines für Deutsche“ „wegen wiederholt erfolgter Kundgebungen politischer Natur“, ebenso wie jene

¹⁶⁹) STREITMANN, Schulverein 208; FELIX BISTER, „Majestät, es ist zu spät ...“. Anton Korošec und die slowenische Politik im Wiener Reichsrat bis 1918 (Wien – Köln – Weimar 1995) 80.

des „Deutschnationalen Vereines“ „wegen eines unpatriotischen, dem eigenen Staate feindseligen und daher staatsgefährlichen Standpunktes“ im Jahre 1889, weiters des Schulvereines „Pro Patria“ in Triest wegen „illegaler, antipatriotischer Tendenzen“ (1890) oder jene des „Vereines der Deutschnationalen in Österreich“ im Jahre 1899 stellten einen wenig tauglichen Versuch dar, den nationalen Extremismus zu bändigen¹⁷⁰). Die mitgliederstarken Verbände blieben unbehelligt. Das hing wohl damit zusammen, daß ungeachtet der Gefahren, die von den nationalistischen Vereinigungen ausgingen, staatlicherseits stets am Prinzip der Rechtsstaatlichkeit festgehalten wurde. Nicht anders ist es zu erklären, daß das Reichsgericht eher dazu tendierte, in Rekursverfahren zugunsten des beschwerdeführenden Verbandes zu entscheiden. So gab das Reichsgericht den Einsprüchen der „Lega Nazionale“ und des „Scherer-Verbandes“ gegen die Untersagung der Verbandsbildung durch das Ministerium des Innern am 29. August 1890 bzw. am 7. November 1901 statt¹⁷¹). Nur in wenigen Fällen berücksichtigte das Gericht die Beschwerde des untersagten bzw. aufgelösten Verbandes nicht: etwa jene des „Interregionalen Bundes der Vereine der Zivilbeamten und Handelsangestellten des Trentino, Friaul, Triests, Istriens und Dalmatiens“ (mit Sitz in Triest), dessen Konstituierung das Ministerium des Innern am 21. September 1908 wegen Staatsgefährlichkeit verboten hatte¹⁷²).

Man kann sagen, daß die nationalen Verbände den österreichischen Kaiserstaat am Vorabend des Weltkrieges in die Krise geführt haben. Es war das eine Krise, die von anderen Teilen des cisleithanischen Verbändewesens nicht abgefangen werden konnte. Im Gegenteil: Dieses steigerte den Druck der einzelnen Gruppen auf die Umgestaltung des politischen Systems im cisleithanischen Staat.

4. Die Politisierung des Unpolitischen: Verbändewesen und politische Lager-Bildung

So beherrschend die nationale Frage auch war, es existierten in ihrem Schatten noch andere, weltanschaulich bestimmte Konfliktfelder. Bei den nichtdeutschsprachigen Völkern entstanden nationale „Volksparteien“, in deren Vorfeld gleichsam Verbände agierten. Ähnlich dem Verbändewesen der deutschsprachigen Bevölkerung suchten auch bei diesen mehrere große weltanschauliche Milieubereiche die Lebenssphären von der „Wiege bis zur Bahre“ zu durchdringen. Zeitlich teilweise parallel bzw. mit einer geringen zeitlichen Verzögerung bildeten sich bei den nichtdeutschen Völkern des Habsburgerstaates die gleichen politischen Milieus heraus wie bei den Deutschen: das christlichsozial-

¹⁷⁰) HYE, HUGELMANN (Hgg.), Reichsgerichtserkenntnisse Nr. 476 vom 13. Jänner 1890; EBD., Erkenntnis Nr. 487 vom 14. Juli 1890; EBD., Erkenntnis Nr. 500 vom 25. Oktober 1890; EBD., Erkenntnis Nr. 996 vom 26. April 1900.

¹⁷¹) EBD., Erkenntnis Nr. 501 vom 25. Oktober 1890; EBD., Erkenntnis Nr. 1109 vom 18. Jänner 1902.

¹⁷²) EBD., Erkenntnis Nr. 1631 vom 21. Jänner 1909.

konservative, das national-liberale und das sozialdemokratische¹⁷³⁾. Allerdings differenzierten sich beispielsweise bei Tschechen, Polen und Ruthenen diese Milieus noch weiter aus, bzw. gliederten sie sich nach anderen Kriterien, so daß man bei ihnen von fünf oder sechs Milieus sprechen kann¹⁷⁴⁾. Bei diesen Milieus handelte es sich nicht um Parteien, sondern um Lager, für deren Bildung den „nichtpolitischen“ Organisationen eine Schlüsselfunktion zufiel. Zum einen bot sich den Parteien mit dem Zugriff auf sie die Möglichkeit der Meinungsbildung in Blickrichtung auf die Wählerschaft, zum anderen verfügten sie mit den Verbänden über ein Instrument, das half, den unpolitischen Alltag zu politisieren. Mit ihnen konnte die per legem nicht gestattete überregionale politische Organisation umgangen werden.

Als Folge der Krise des traditionellen Liberalismus, der es aufgrund seiner individualistischen Grundorientierung nie zu höheren Organisationsformen gebracht hatte, – wohl mit ein Grund, daß bei den Deutschösterreichern seine lose Vereinsverfassung ab den achtziger Jahren von der deutschnationalen Verbandsbildung in den Hintergrund gedrängt wurde¹⁷⁵⁾ –, begann sich die Parteienlandschaft neu zu formieren. Neben die Honoratiorenparteien traten die Massenbewegungen der Christlichsozialen und Sozialdemokraten, deren Auftreten als Parteien eng mit den Verbänden verknüpft war. Als Vorfeldorganisationen gewannen diese einen maßgeblichen Einfluß auf den Parteiencharakter. Sie dienten als ideologische Waffe und leiteten jenen Prozeß ein, an dessen Ende die Politisierung des gesellschaftlichen Lebens stand.

Der Grad der Interdependenz von Verband und Partei stellte sich von Lager zu Lager verschieden dar. Im Falle der Christlichsozialen war die Kohärenz von Partei und Verbandsbewegung weniger stark ausgeprägt als innerhalb der Sozial-

¹⁷³⁾ Vgl. ADAM WANDRUSZKA, Österreichs politische Struktur. Die Entwicklung der Parteien und politischen Bewegungen; in: HEINRICH BENEDIKT (Hg.), Geschichte der Republik Österreich (Unveränderter reprographischer Nachdruck der Ausgabe 1954, Wien 1977) 291–358; ERNST HANISCH, Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert (=Österreichische Geschichte 1890–1990, Wien 1994) 117–126.

¹⁷⁴⁾ ROBERT LUFT, Tschechische Parteien, Vereine und Verbände vor 1914. Besonderheiten und Defizite der politischen Kultur einer modernen Nation in einem Vielvölkerstaat; in: JOSEPH MARKO, ALFRED ABLEITINGER, ALEXANDER BRÖSTL, PAVEL HOLLÄNDER (Hgg.), Revolution und Recht. Systemtransformation und Verfassungsentwicklung in der Tschechischen und Slowakischen Republik (Frankfurt am Main u. a. 2000) 311–350; DERS., Parlamentarische Führungsgruppen und politische Strukturen in der tschechischen Gesellschaft 1907–1914. Zu Interessen und Organisation von tschechischen Parteien, Abgeordneten und Fraktionen im österreichischen Reichsrat, 2 Bde., phil. Diss. (München 2001); HARALD BINDER, Parteiwesen und Parteibegriff bei den Ruthenen der Habsburgermonarchie; in: Österreichische Osthefte 42 (2000) 211–240; DERS., Galizien in Wien. Parteien, Wahlen, Fraktionen und Abgeordnete im Übergang zur Massenpolitik (=Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie 29, Wien 2005). Siehe auch oben Kapitel IV/A: JIŘÍ POKORNÝ, Vereine und Parteien in Böhmen, und Kapitel IV/B: JIŘÍ MALÍŘ, Die Parteien in Mähren und Schlesien und ihre Vereine.

¹⁷⁵⁾ LEOPOLD KAMMERHOFER, Organisationsformen und Führungsschichten; in: DERS. (Hg.), Studien zum Deutschliberalismus in Zisleithanien 1873–1879. Herrschaftsfundierung und Organisationsformen des politischen Liberalismus (=Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie 25, Wien 1992) 23–44, hier 36.

demokratischen Partei. Bei dieser waren besonders die Gewerkschaften enger mit der Partei verknüpft. Das deutschnational-liberale Lager blieb bis 1914 ein Sonderfall. Sein strukturelles Charakteristikum war eine Buntheit von Parteien, von denen es keine verstand, mit einem Verband längerfristig zu koalieren bzw. dessen Mitglieder auf eine Partei zu fixieren. Dabei besaß man bezüglich der Organisation gegenüber den anderen politischen Kontrahenten lange Zeit einen Vorsprung.

Den Anlaßfall für die Entstehung weltanschaulich orientierter Verbände bot der von den Deutschliberalen Ende der sechziger Jahren angeführte und in den neunziger Jahren von den Deutschnationalen fortgeführte „Kulturkampf“, der den österreichischen Katholizismus aus seinem politischen Dämmerzustand riß und ihn veranlaßte, Abwehrstrategien zu entwickeln. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte man sich seitens der Kirchenführung auf das unter den spezifisch österreichischen Bedingungen entstandene Nahverhältnis von Kirche und Staat verlassen. Der Staat war seit 1867 jedoch kein Partner mehr. Im Kampf der Liberalen gegen das Konkordat war der kirchliche Einfluß aus dem öffentlichen Leben zurückgedrängt worden. Die Umsetzung der liberalen Doktrin in den konfessionellen Gesetzen vom Mai 1868, in der Schul- und Universitätsgesetzgebung (Reichsvolksschulgesetz 1869) und schließlich in der Kündigung des Konkordates (1870) konnte wohl auch deswegen um einiges leichter fallen, weil der österreichische Katholizismus aufgrund seiner Modernisierungsskepsis darauf verzichtet hatte, sich in der Bevölkerung politisch fester zu verankern. Zu tief war das Mißtrauen großer Teile des Episkopats gegenüber einer politisch-katholischen Volksbewegung¹⁷⁶). Das hatte für ihn verhängnisvolle Folgen. Die über ein monarchieweites Netz verfügenden konfessionell-kirchlich gebundenen Vereinigungen („Gesellschaft von der göttlichen Liebe“; „Gesellschaft des heiligen Vinzenz von Paul“; „Marianische Kongregation“; „Jünglings-Vereine“) führten ein Schattendasein ohne politische Ambitionen, und die in ihrem Agieren räumlich begrenzte katholisch-konservative Vereinsbewegung sowie die „Casinos“¹⁷⁷), die sich über den religiösen und sozialen Aufgabenbereich hinaus auch mit politischen Themen auseinandersetzten, hatten zwar regional einige Erfolge vorzuweisen, hatten sich jedoch gegenüber den kulturkämpferischen Tendenzen der liberalen Regierungen als wenig durchschlagskräftig erwiesen.

Am Zweiten Allgemeinen österreichischen Katholikentag (1877) besann man sich seitens der katholischen Kirchenführung der Chancen einer verstärkten Selbsthilfe in Form von Vereinen. Eine Resolution empfahl den bestehenden katholisch-politischen Vereinen „die Bildung von eigenen Sectionen für Wahlan-

¹⁷⁶) REINHOLD KNOLL, Zur Tradition der Christlichsozialen Partei. Ihre Früh- und Entwicklungsgeschichte bis zu den Reichsratswahlen 1907 (=Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie 13, Wien – Köln – Graz 1973) 172 f.

¹⁷⁷) Vgl. DIE KATHOLISCH-KONSTITUTIONELLEN VEREINE und ihre Gegner oder: Wie der Steinwänder 's Grußeln erlernt hat. Ein Büchlein für's Volk. Separat-Abdruck aus dem „Kärntner-Blatte“ (Klagenfurt 1871); RUDOLF TILL, Die Anfänge des christlichsozialen Parteigedankens in Österreich, phil. Diss. (Wien o.J.[1933]) 86 ff.

gelegenheiten, für Rechtsangelegenheiten, für Preßangelegenheiten, für Schulangelegenheiten“, „für die Ausführung der Beschlüsse des Katholikentages in bezug auf die Presse und die Schule“, „für die Wahl christlicher und konservativer Männer“, sowie weiters „durch alle ihnen gesetzlich erlaubten Mittel der Belehrung die katholische Auffassung aller wichtigen Zeitfragen möglichst zu verbreiten, um auf diese Art nach und nach, anstatt der jetzt herrschenden liberalen, diese [=die katholische] Auffassung zum Gemeingute zu machen“¹⁷⁸⁾. Das alles beschränkte sich anfangs nur auf den lokalen Bereich, wo das bereits vorhandene Netz von Vereinen erweitert werden sollte. Zur Schaffung eines politisierenden überregionalen Verbandswesens konnte sich der österreichische Katholizismus damals noch nicht durchringen. Erst die vehemente und im Lauf der Zeit an Intensität zunehmende Ablehnung des 1869 erlassenen liberalen Reichsvolksschulgesetzes sowie die Bemühungen um dessen Novellierung (1883) wirkten einigend.

Der Grundstein für den Verbandskatholizismus war auf dem Dritten Allgemeinen österreichischen Katholikentag in Linz (1889) gelegt worden. Nach heftigen Richtungskämpfen faßten die Delegierten den Beschluß, ein überregionales Organisationssystem aufzubauen. Als Antwort auf die liberale Parole von der Unvereinbarkeit von Glaube und Wissenschaft gründete man als erstes eine Gesellschaft, „die auf dem Boden des Christentums stehende Gelehrte und Künstler ... zur gegenseitigen Anregung und zu gemeinschaftlicher Inangriffnahme von Aufgaben der Wissenschaft und Kunst“ verband¹⁷⁹⁾. Das war die Geburtsstunde der „Leo-Gesellschaft. Österreichischer Verein christlicher Gelehrter und Freunde der Wissenschaft“ (1889). In Anlehnung an die „Görres-Gesellschaft“ und die ungarische „Szent István Társulat“ [St. Stephans-Gesellschaft] gegründet, setzte sie sich die Vermittlung der „wesentlichen Grundlagen der christlichen Gesellschaftsauffassung“ sowie die „Behandlung der Hauptgrundlagen des Gesellschaftslebens, im Lichte der christlichen Weltanschauung dargestellt“, zum Ziel. Sie wurde der intellektuelle Braintrust innerhalb des sich allmählich bildenden und aus verschiedenen Wurzeln speisenden christlichsozialen Lagers. Wenngleich keine Massenorganisation – am Ende des ersten Bestandsjahres unter der Präsidentschaft Joseph Alexander von Helferts zählte sie in drei Sektionen (Geschichts-, Gesellschafts- und Rechtswissenschaft) lediglich 1090 Mitglieder – war ihre Gründung ein Meilenstein im Verbandskatholizismus. In ihren Publikationen formulierte sie das neue katholische Kultur- und Kunstverständnis. Weitere Gründungen (u. a. „Cartellverband der katholischen Studentencorporationen der österreichischen Hochschulen“, 1891; „Katholischer Lehrerbund für Österreich“,

¹⁷⁸⁾ VERHANDLUNGEN ÖSTERREICHISCHER KATHOLIKENTAG 1877 563 ff.

¹⁷⁹⁾ FRANZ MARTIN SCHINDLER, Die Leo-Gesellschaft 1891–1901. Sonderabdruck aus der Zeitschrift „Die Kultur“, hg. von der Österreichischen Leo-Gesellschaft in Wien (Wien 1902) 401; vgl. weiters DIE KONSTITUIERENDE VERSAMMLUNG DER LEO-GESELLSCHAFT, hg. vom Direktorium der Leo-Gesellschaft (Wien 1892) 26; sowie FRIEDRICH FUNDER, Aufbruch zur christlichen Sozialreform (=Beiträge zur neuen Geschichte des christlichen Österreich, Wien – München 1953) 83 ff.

1893; „Verein Christliche Presse“, 1893 (ab 1904: „Verein Reichspost“, ab 1912: „Verein Herold“); „Verband katholischer Schriftsteller und Schriftstellerinnen“, 1895; „Gralbund“, 1906) folgten. Auch diese Verbände erlangten nie den Status einer breiten Massenbewegung. Trotzdem formten sie eine neue katholische Kulturbewegung, die Österreich als katholischen Staat erhalten wollte und im politischen Katholizismus die Alternative zu Liberalismus und Sozialismus erblickte¹⁸⁰). Als Antwort auf den Vorwurf einer „intellektuellen, künstlerischen und wissenschaftlichen Inferiorität“ des Katholizismus formulierten die beiden CVer Michael Maier und Karl Drexel das kulturpolitische Programm der Christlichsozialen. Mit diesem geistigen Überbau schritten sie zur Realisierung der von Lueger während des Sechsten Allgemeinen österreichischen Katholikentages ausgegebenen Parole von der „christlichsozialen Eroberung der Universität“, vor allem stellten sie sich gegen die Vormachtstellung der deutschnationalen Pennalien auf universitärem Terrain. Die Stunde der Bewährung kam in den Jahren des „Zweiten Kulturkampfes“. Während der „Wahrmund-Affäre“ (1907/08) eskalierten die Spannungen zwischen den beiden Lagern. Am Höhepunkt der parlamentarischen Auseinandersetzung, in der „Kulturkampf-Debatte“ (3. bis 6. Dezember 1907) avancierten die Mitglieder des „Cartellverbandes“ zum Bollwerk für die katholische Sache¹⁸¹).

Die neue Denkweise fand sich, vermittelt durch seine Mitglieder, sowohl in der „Katholischen Volkspartei“ als auch in der „Christlichsozialen Partei“ wieder. „Cartellverband“ wie „Leo-Gesellschaft“ bildeten das personelle Reservoir für die Führungspositionen innerhalb der beiden Parteien, und das, obwohl gerade der „Österreichische Cartellverband“ betonte, mit keiner Partei in Verbindung stehen zu wollen. Allein aufgrund der Zielsetzungen, nämlich der Abwehr des liberalen wie sozialdemokratischen Antiklerikalismus, ergab sich eine enge Wesensverwandtschaft zum politischen Katholizismus und über diesen zu den Christlichsozialen. Deutlich zeigte sich das erstmals bei den Reichsratswahlen 1907, als von den 97 Abgeordneten der christlichsozialen Fraktion 19 aus dem „Cartellverband“ kamen. Vier Jahre später stellte er 14 von 76 Abgeordneten. Mit

¹⁸⁰) Vgl. GAVIN LEWIS, Kirche und Partei im politischen Katholizismus. Klerus und Christlichsoziale in Niederösterreich 1885–1907 (=Veröffentlichungen des Instituts für kirchliche Zeitgeschichte am internationalen Forschungszentrum für Grundlagen der Wissenschaft Salzburg II/4, Wien – Salzburg 1977) 261; vgl. auch KNOLL, Christlichsoziale Partei 179 ff.; PETER LEISCHING, Die römisch-katholische Kirche in Cisleithanien; in: ADAM WANDRUSZKA, PETER URBANITSCH (Hgg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918 IV: Die Konfessionen (Wien 1985) 1–247, hier 165 ff.; ALBERT FUCHS, Geistige Strömungen in Österreich 1867–1918 (Wien 1984; Nachdruck der Ausgabe von 1949) 54.

¹⁸¹) HARTMANN, Gestern bewährt, Heute bereit 101 ff.; FUNDER, Vom Gestern ins Heute 424–427; HOCHSCHULKAMPF 1908. Der österreichische Hochschulkampf im Sommer 1908, hg. vom Vertrauensmännerkomitee der freiheitlichen Studentenschaft Wiens (Innsbruck 1908); MATTHIAS HÖTTINGER, Der Fall Wahrmund, phil. Diss. (Wien 1949); ROLAND J. HOFFMANN, T.G. Masaryk und die tschechische Frage I: Nationale Ideologie und politische Tätigkeit bis zum Scheitern des deutsch-tschechischen Ausgleichsversuches vom Februar 1909 (=Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 58, München 1988) 340–343.

Alfred Ebenhoch (Ackerbauminister, 1907/08), Albert Geßmann (Minister ohne Portefeuille, 1907/08; Minister für öffentliche Arbeiten, 1908), Friedrich Graf Schönborn (Justizminister, 1888–1895) sowie Richard Weiskirchner (Handelsminister, 1909–1911) stellte der „Cartellverband“ bis 1914 vier Minister¹⁸²).

Mitte der achtziger Jahre formierten sich außerhalb des engeren katholischen Milieus weitere Kombattanten für den geistigen Kampf gegen „Materialismus und Liberalismus“. Vorerst fehlte dazu „fast völlig das moderne geistige Rüstzeug, vor allem die Organisation der Berufsstände“. Zwar hatte schon während des Ersten Allgemeinen österreichischen Katholikentages Aloys Prinz Liechtenstein zu einem „Neuaufbau der Gesellschaft“ unter christlich-katholischen Vorzeichen aufgerufen, doch stießen seine Überlegungen damals nur auf geringe Resonanz¹⁸³). Nach 1885 wurde, basierend auf den gesellschaftspolitischen Ideen Karl von Vogelsangs und Franz Schindlers, unter dem Postulat einer berufsgenossenschaftlichen Ordnung eine Gründungswelle berufsständischer Vereinigungen mit einem (christlich-)sozialpolitischen Auftrag ausgelöst. Der stärkste Akzent wurde anfangs auf die Erfassung des städtischen kleingewerblichen Mittelstandes gelegt. Diesem war mit dem Zerfall des antiliberalen, antisemitischen „Österreichischen Reformvereines“ die interessenpolitische Vertretung abhanden gekommen. Die entstehende christlichsoziale Bewegung stieß in dieses Vakuum vor und machte sich zum Ansprechpartner der Gewerbetreibenden, die infolge der neuen Konkurrenzsituation in eine schwere Bedrängnis geraten waren.

Im ökonomischen Überlebenskampf hatten sich die seit der liberalen Gewerbenovelle von 1859 bzw. 1883 bestehenden Gewerbevereine als wenig effizient erwiesen¹⁸⁴). In der „gewerbepolitischen Bewegung“ fanden sich nun die Gewerbetreibenden zu größeren und dauerhaften Interessenverbänden zusammen¹⁸⁵). Mit der Forderung nach einem Selbstschutz des Gewerbes engagierte sich der auf Betreiben von Ludwig Psenner und Adam Latschka gegründete und in seinen Aktivitäten zunächst ganz auf Wien beschränkte „Christlich-soziale Verein“ (1887) für gewerbliche Reformen. Er wurde zur Keimzelle einer christlichsozialen Volksbewegung, die sich mit ihrem mittelständischen Antikapitalismus und Antisemitismus bis 1910 reichsweit profilierte (Gründung des „Christlichsozialen Vereines für Österreich“, 1910)¹⁸⁶). Dabei profitierte man von der seitens der „Freien Gewerkschaften“ praktizierten industriepolitischen Konzeption, die jedwede sozialpolitische Hilfestellung für das pauperisierte Kleingewerbe ausklammerte. Für dieses wurde die katholisch-konservative, „ständische“

¹⁸²) HARTMANN, Gestern bewährt, Heute bereit 205; DERS., CVer als politische Mandatare der österreichisch-ungarischen Monarchie; in: Acta Studentica. Österreichische Zeitschrift für Studentengeschichte 7, Folge 19/20 (Dezember 1976) 4 f.

¹⁸³) Bahnbrechend ALOIS PRINZ VON LIECHTENSTEIN, Über Interessenvertretung im Staate. Rede, gehalten in der Festversammlung des katholisch-patriotischen Volksvereines für Niederösterreich am 18. Mai 1875 (Wien 1875); vgl. FUNDER, Aufbruch 40, 52 f.

¹⁸⁴) BOYER, Political Radicalism 90 ff.; SANDGRUBER, Ökonomie und Politik 257 f.

¹⁸⁵) ALOIS NASKE, Die Gewerbepolitische Bewegung in Österreich und ihre Schlagworte (Brünn 1896) 24 ff.

¹⁸⁶) SILBERBAUER, Österreichs Katholiken 101 ff.

Spielart antikapitalistischer Gesellschaftspolitik der Rettungsanker. Vorerst als Sammelbecken der antiliberalen, ab den neunziger Jahren immer stärker auch der antisozialistischen Kreise bildete der „Christlich-soziale Verein“ Herz und Motor für das Entstehen eines breiten christlichsozialen Verbandssystems, dessen Aufstieg sich im Gleichklang mit jenem der „Christlichsozialen Partei“ vollzog. Seine Protagonisten (Ludwig Psenner, Karl von Vogelsang, Adam Latschka, Karl Lueger, Albert Geßmann, Aloys Prinz Liechtenstein) zeichneten auch für den politischen Kurs der „Christlichsozialen Partei“ verantwortlich.

Seit der Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts für Männer (1907) und dem sich daraus ergebenden Verschwinden der Kurie der Handels- und Gewerbekammern bei den Reichsratswahlen war trotz früher erreichter standespolitischer Erfolge (Gewerbeordnungsnovelle 1883; staatliche Förderung der Gewerbe-genossenschaften; Einrichtung von Meisterkrankenkassen 1907) die politische Vertretung der Gewerbetreibenden geschwächt. Die Angehörigen des Gewerbestandes sahen sich als eine bedrohte Minderheit, die Gefahr lief, zwischen Großindustrie und Arbeiterschaft zerrieben zu werden. Zukunftsangst bestimmte ihr Denken. Dieses Angstgefühl führte zu einer Kritik am System der kapitalistischen Konkurrenzwirtschaft, ein Gefühl, das durch die Tatsache, daß sich die Handels- und Gewerbekammern sowie der „Reichsverband der gewerblichen Territorial- und Fachverbände Österreichs“ (1909) als Spitzenorganisation der Gewerbe-genossenschaften zunehmend als politisch wenig durchschlagskräftig erwiesen, gesteigert wurde. Deren standespolitische Bemühungen fanden bei den staatlichen Stellen immer weniger Gehör.

Vor diesem Hintergrund initiierte Karl Lueger die Gründung des „Deutsch-österreichischen Gewerbebundes“ (1908) als eine den Christlichsozialen nahestehende gewerbliche Interessenorganisation¹⁸⁷). Personell wie programmatisch bestand zwischen ihnen ein hohes Maß an Affinität. Im Verwaltungsrat des „Gewerbebundes“ saßen tonangebende Persönlichkeiten der „Christlichsozialen Partei“, die sich, um den gerade im deutschen Sozialkörper stark vertretenen „gewerblichen Mittelstand“ in ihr Lager herüberzuziehen, dessen Forderungen zu eigen machten. Sie führten den seit der Ära Taaffe hochgehaltenen Gedanken einer zünftlerischen Gewerbeprotektion selbst nach der Beschränkung der Gewerbe- und Handelsfreiheit sowie der 1885 durch eine zweite Novelle zur Gewerbeordnung erfolgten Wiedereinführung des Befähigungsnachweises fort. Im Reichsrat traten die Mitglieder des „Gewerbebundes“ als christlichsoziale Abgeordnete für eine Politik des gewerblichen Protektionismus ein. Dieser Linie blieben sie bis 1914 treu. Damit drängten sie den noch ganz der altliberalen Wirtschaftsauffassung verhafteten „Reichsverband der deutschen Gewerbevereine in Österreich“ (1903), der mehr die kleinen Fabrikanten und weniger die Gewerbetreibenden vertrat und wohl aus diesem Grund auch nicht in den Gewerberat aufgenommen wurde, in den Hintergrund¹⁸⁸).

¹⁸⁷) DEUTSCH-ÖSTERREICHISCHER GEWERBEBUND 1908–1928 (Wien o. J.) 3 ff.

¹⁸⁸) PETER G. FISCHER, Freie und genossenschaftliche Interessenvertretungen der gewerblichen Wirtschaft in Österreich vom Vormärz bis zum „Ständestaat“; in: Zur Geschichte der Handels-

Seit den Reichsratswahlen von 1907 traten die beiden christlichsozialen Organisationen nun auch auf parlamentarischer Ebene vehement für die Gewerbetreibenden ein. Ihr Programm war eine Kampfansage an das kapitalistische Wirtschaftssystem, das – ihrer Sichtweise nach – einseitig die Interessen des Großkapitals förderte und das Klein- und Mittelgewerbe durch übermäßige Konkurrenz in seiner Existenz gefährdete¹⁸⁹⁾. Der kompromißlosen Haltung des „Gewerbebundes“ in gewerberechtlichen Fragen ist es zuzuschreiben, daß sich im österreichischen Gewerbe- und Fabrikwesen die kleinbetrieblichen Strukturen erhalten konnten.

Mit dem „Christlich-sozialen Verein“ und dem „Deutsch-österreichischen Gewerbebund“ zeichnete sich im christlichsozialen Lager von Anfang eine starke Achse von Verbandsbewegung und Parteiorganisation ab. Sie dienten aber auch als Scharnier zwischen Partei und Kirche sowie als ideologisches Kampfmittel gegenüber dem politischen Gegner. Obwohl per definitionem nicht „politisch“, übernahmen sie die Verteidigung und Förderung der Interessen des Katholizismus. Das fiel umso leichter, als gerade im Falle des „Christlich-sozialen Vereins“ mit dem niederen Klerus eine feste Klammer zwischen Kirchenorganisation und Partei bestand. Im Zusammenwirken von religiöser und politischer „Bekehrung“ wurde der Priester nicht nur in der ländlichen Idylle, sondern genauso im urbanen Milieu zum eigentlichen politischen Streiter für den Katholizismus¹⁹⁰⁾, der mit der Enzyklika „Rerum novarum“ (1891) einen großen sozialreformerischen Auftrag erhalten hatte. Von ihr ging für das christlichsoziale Verbändewesen sämtlicher Völker des Habsburgerstaates eine Initialzündung größerer Dimension aus.

Basierend auf diesem von Leo XIII. verkündeten katholischen Sozialprogramm konkretisierte sich das gesteigerte Interesse der österreichischen Kirche an sozialen Fragen in weiteren Verbandsgründungen. Fast gleichzeitig (1892/93) konstituierten sich bei den einzelnen Völkern in einer ersten Phase katholische Arbeitervereine und Genossenschaften, die sich zum Teil noch während der neunziger Jahre, spätestens aber im ersten Jahrzehnt nach der Jahrhundertwende zu Dachverbänden zusammenschlossen. Die tschechischen Katholiken verfügten mit dem „Jednota katolických tovaryšů“ [Katholischer Gesellenverein] und der „Jednota sv. Metoděje“ zumindest über zwei Organisationen, die die sozialpolitischen Prinzipien des Katholizismus umzusetzen versuchten. Gleichmaßen bauten sich die slowenischen Katholiken unter Federführung von Janez Evangelist Krek Schritt für Schritt mit dem „Slovenska krščansko-socialna zveza“ [Slowenischer christlich-sozialer Verband], dem „Slovensko delavsko stavbeno društvo“ [Slowenischer Arbeiterbauverein], der „Gospodarska zveza“ [Wirtschaftsverband]

kammerorganisation. Spitzenkörperschaften der gewerblichen Wirtschaft vor ihrer Eingliederung in die Handelskammerorganisation (=Schriftenreihe der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft 37, [Wien 1978]) 18.

¹⁸⁹⁾ Vgl. KNOLL, Christlichsoziale Partei 217.

¹⁹⁰⁾ SILBERBAUER, Österreichs Katholiken 142 ff.

(ab 1903: „Zadružna zveza“ [Genossenschaftsverband]) ein umfassendes katholisches Verbandsnetz auf. Auch bei den Polen kam es im Anschluß an die päpstliche Enzyklika zu einem Aufschwung des katholischen Vereinswesens, der 1897 in der Gründung des „Związek stowarzyszeń robotniczych katolickich“ [Verband der katholischen Arbeitervereinigungen] gipfelte. Ein Jahr später erwuchs aus diesem Verband die konservativ orientierte „Stronnictwo Katolicko-Narodowe“ [Katholisch-Nationale Partei], während schon 1896 eine „Stronnictwo Chrześcijańsko-Ludowe“ [Christliche Volkspartei] entstanden war, die sich unter ihrem Führer Stanisław Stojalowski stark an der päpstlichen Enzyklika und den Wiener Christlichsozialen ausrichtete. Die katholischen Parteien erfuhren bis 1914 ein wechselvolles Schicksal, wobei sie sich trotz enger personeller Verschränkung allmählich von dem ihr organisatorisch vorangehenden Verbandswesen emanzipierten¹⁹¹).

Bei der deutschsprachigen katholischen Arbeiterbewegung stand am Beginn der von Leopold Kunschak gegründete „Christlichsozialer Arbeiterverein“ in Wien (1892; ab 1893: „Christlichsozialer Arbeiterverein für Niederösterreich“)¹⁹². Im Kampf um die Seelen der Arbeiterschaft stellte er zunächst den alleinigen Kontrahenten zur sozialdemokratischen Arbeiterbewegung dar. Erst nach der Jahrhundertwende schlossen sich ihm Mitstreiter an. So standen etliche Arbeitnehmerorganisationen für Angehörige verschiedenster Berufe sowie eine Reihe berufsspezifischer Standesvereine in einem Nahverhältnis zu ihm, zum Beispiel der als Rechtsschutz- und Unterstützungsverein gegründete „Verkehrsbund“ (1895; ab 1914: „Reichsverband christlicher Eisenbahner Österreichs“), der „Christliche Verein jugendlicher Arbeiter“ (1898; ab 1905: „Bund der österreichischen Arbeiterjugend“) oder der „Verein der österreichischen Eisenbahnbediensteten“ (1900). Gemeinsam mit den im „Reichsverband der nichtpolitischen Vereinigungen christlicher Arbeiter Österreichs“ (1902) zusammengefaßten Fachvereinen bildete Kunschaks „Christlichsozialer Arbeiterverein“ das feste Fundament „zur Wahrung und Förderung der geistigen und materiellen Interessen der Arbeiterschaft auf dem Boden der christlichen Sozialreform“. 1909 entschloß man sich, eine eigenständige berufliche Interessenvertretung der christlich orientierten Arbeiterschaft zu gründen: den „Christlichen Gewerkschaftsverband Österreichs“, der in wechselseitiger Ergänzung mit dem „Reichsverband der nichtpolitischen Vereinigungen christlicher Arbeiter Österreichs“ zum Verfechter christlichsozialer Arbeitnehmerpolitik wurde, dem aber innerhalb der Partei nur eine zweitrangige Rolle zukam. Dem entsprach die schwache Repräsentanz christlicher Arbeitervertreter innerhalb des christlichsozialen Parlamentsklubs. Als Sprecher christlichsozialer Arbeitnehmerpolitik im Abgeordnetenhaus verfochten sie einen gemäßigeren Kurs als die in ihrem Programm radikaleren, aus der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung kommenden Abgeordneten, die eine Totalreform

¹⁹¹) BINDER, Galizien in Wien 92–101.

¹⁹²) LEOPOLD KUNSCHAK, 10 Jahre christlichsozialer Arbeiterorganisation (Wien 1903); DERS., 45 Jahre christlichsozialer Arbeiterverein (Wien 1937).

der Arbeits- und Gesellschaftsverfassung forderten, u. a. die ausnahmslose Einführung des Achtstundentages, ein generelles Verbot der Nacharbeit, die Sonntagsruhe, das Verbot der Kinderarbeit, die Beschränkung der Frauenarbeit oder die Wahl von Gewerbeinspektoren durch die Arbeiter¹⁹³⁾. Dementsprechend überwogen für die christlichsozialen Gewerkschafter auf dem Gebiet der Arbeitnehmerpolitik die Mißerfolge. Die christlichen Gewerkschafter mit ihrem sozialreformerischen Programm waren zu wenig radikal und zahlenmäßig zu schwach, um große politische Erfolge zu erringen.

Tabelle 36: ZAHL DER ARBEITER-ORGANISATIONEN NACH LÄNDERN (STAND: 1900)^{a)}

	sozial- demokratisch	katholisch oder christlichsozial	deutschnational	tschechisch- national
Niederösterreich	504 ^{b)} /197 ^{c)}	121 ^{d)} / 1 ^{e)}	9 ^{f)} /— ^{g)}	19 ^{h)} / 1 ⁱ⁾
Oberösterreich	68 / 68	70 / 3	3 /—	— / —
Salzburg	33 / 10	24 / —	1 /—	— / —
Steiermark	164 / 60	78 / 3	7 /—	— / —
Kärnten	43 / 13	18 / —	— /—	— / —
Krain	15 / 10	20 / —	— /—	— / —
Küstenland	12 / 9	16 / 1	— /—	— / —
Tirol und Vorarlberg	91 / 25	87 / 1	1 /—	— / —
Böhmen	1.369 /412	248 / 8	108 /4	288 /79
Mähren	223 / 86	205 / —	18 /—	62 / 8
Schlesien	82 / 29	39 / —	1 /—	2 / —
Galizien	77 / 17	60 / 1	— /—	— / —
Bukowina	10 / —	2 / —	— /—	— / —
Dalmatien	1 / —	1 / —	— /—	— / —
Gesamt	2.692 /936	989 /18	148 /4	371 /88

^{a)} Nicht angeführt ist die Zahl jener Vereine, bei denen keinerlei Zugehörigkeit zu einer der großen Arbeiter-Organisationen festzustellen war.

^{b)} Zahl der Vereine, die dem sozialdemokratischen Lager zugehörig sind.

^{c)} Zahl der Vereine, die in einem Nahverhältnis zum sozialdemokratischen Lager standen.

^{d)} Zahl der Vereine, die dem christlichsozialen Lager zugehörig sind.

^{e)} Zahl der Vereine, die in einem Nahverhältnis zum christlichsozialen Lager standen.

^{f)} Zahl der Vereine, die dem deutschnationalen Lager zugehörig sind.

^{g)} Zahl der Vereine, die einem Nahverhältnis zum deutschnationalen Lager standen.

^{h)} Zahl der Vereine, die der „Česká národně-sociální strana v Čechách, na Moravě, ve Slezsku a Dolních a Horních Rakousích“ [Tschechische National-Soziale Partei in Böhmen, Mähren, Schlesien, Ober- und Niederösterreich] angehörten.

ⁱ⁾ Darunter sind jene zu verstehen, die in einem Naheverhältnis zur „Česká národně-sociální strana v Čechách, na Moravě, ve Slezsku a Dolních a Horních Rakousích“ [Tschechische National-Soziale Partei in Böhmen, Mähren, Schlesien, Ober- und Niederösterreich] standen.

Quelle: DIE ARBEITERVEREINE IN ÖSTERREICH nach dem Stande vom 31. Dezember 1900 samt den in diesem Stande bis Ende 1904 vorgefallenen Veränderungen, hg. vom k. k. Arbeitsstatistischen Amte im Handelsministerium I: Tabellarischer Teil (Wien 1905) 31.

¹⁹³⁾ REICHHOLD, Christliche Gewerkschaften 207.

Tabelle 37: DICHTEN DER ARBEITER-ORGANISATIONEN NACH LÄNDERN (STAND: 1900)^{a)}

Von 100 der bestehenden Vereine waren

	sozial- demokratisch	katholisch oder christlichsozial	deutschnational	tschechisch- national
Niederösterreich	43,1 ^{b)} /16,9 ^{c)}	10,4 ^{d)} /0,1 ^{e)}	0,8 ^{f)} / – ^{g)}	1,6 ^{h)} /0,1 ⁱ⁾
Oberösterreich	26,4 /26,4	27,0 /1,2	1,2 / –	– / –
Salzburg	43,4 /13,2	31,6 / –	1,3 / –	– / –
Steiermark	38,9 /14,3	18,5 /0,7	1,7 / –	– / –
Kärnten	44,8 /13,5	18,8 / –	– / –	– / –
Krain	20,5 /13,7	27,4 / –	– / –	– / –
Tirol und Vorarlberg	31,6 / 8,7	30,3 /0,3	0,3 / –	– / –
Böhmen	43,8 /13,2	7,9 /0,3	3,5 /0,1	9,2 /2,5
Mähren	29,6 /11,1	27,0 / –	2,4 / –	8,2 /1,1
Schlesien	41,6 /14,7	19,8 / –	0,5 / –	1,0 / –
Galizien	25,0 / 5,5	19,5 /0,3	– / –	– / –
Bukowina	29,4 / –	5,9 / –	– / –	– / –
Dalmatien	5,9 / –	5,9 / –	– / –	– / –

^{a)} Nicht berechnet wurden die Werte für jene Vereine, bei denen keinerlei Zugehörigkeit zu einer der großen Arbeiter-Organisationen festzustellen war.

^{b)} Zahl der Vereine, die dem sozialdemokratischen Lager zugehörig sind.

^{c)} Zahl der Vereine, die in einem Nahverhältnis zum sozialdemokratischen Lager standen.

^{d)} Zahl der Vereine, die dem christlichsozialen Lager zugehörig sind.

^{e)} Zahl der Vereine, die in einem Nahverhältnis zum christlichsozialen Lager standen.

^{f)} Zahl der Vereine, die dem deutschnationalen Lager zugehörig sind.

^{g)} Zahl der Vereine, die einem Nahverhältnis zum deutschnationalen Lager standen.

^{h)} Zahl der Vereine, die der „Česká národně-sociální strana v Čechách, na Moravě, ve Slezsku a Dolních a Horních Rakousích“ [Tschechische national-soziale Partei in Böhmen, Mähren, Schlesien, Ober- und Niederösterreich] angehörten.

ⁱ⁾ Darunter sind jene zu verstehen, die in einem Naheverhältnis zur „Česká národně-sociální strana v Čechách, na Moravě, ve Slezsku a Dolních a Horních Rakousích“ [Tschechische national-soziale Partei in Böhmen, Mähren, Schlesien, Ober- und Niederösterreich] standen.

Quelle: ARBEITERVEREINE IN ÖSTERREICH 31.

Es wäre eine unzulässige Vereinfachung, in der quantitativen Schwäche die einzige Ursache für den mangelnden Erfolg der christlichen Gewerkschaften zu sehen. Ebenso schwer wog, daß man innerhalb des katholisch–christlichsozialen Lagers die Relevanz der sozialen Frage erst sehr spät erkannte. Lange hatte sich der Katholizismus auf Verbandsebene mit sozial–karitativen Aktivitäten begnügt und der Sozialpolitik im Arbeitnehmerbereich kaum Aufmerksamkeit geschenkt¹⁹⁴⁾. Bezeichnenderweise waren die Schwerpunkte christlichsozialer Poli-

¹⁹⁴⁾ Vgl. ERIKA WEINZIERL, Aus den Anfängen der christlichsozialen Bewegung in Österreich. Nach der Korrespondenz des Grafen Anton Perggen; in: Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs 14 (1961) 468–486, hier 472.

Tabelle 38: MITGLIEDERZAHL DER CHRISTLICHEN UND DER SOZIALDEMOKRATISCHEN REICHSGEWERKSCHAFTSKOMMISSIONEN, 1904–1913

	Reichsgewerkschaftskommission der christlichen Arbeiterschaft Österreichs	Sozialdemokratische Reichsgewerkschaftskommission in Wien ^{a)}
1904	k. A.	189.121
1905	k. A.	323.099
1906	k. A.	448.270
1907	61.767	501.094
1908	83.627	482.279
1909	84.237	455.401
1910	82.322	445.232/400.565
1911	82.052	496.263/421.905
1912	82.459	532.176/428.363
1913	73.085	516.036/415.195

^{a)} Bis 1909 einschließlich der Tschechoslawischen Gewerkschaftskommission in Prag. Für die Jahre 1910, 1912 und 1913 enthält die erste Angabe die Mitgliederzahlen für die Wiener Reichsgewerkschaftskommission und die Prager Tschechoslawische, „autonome“, Gewerkschaftskommission, die zweite jene für die Wiener Reichsgewerkschaftskommission.

k. A. = keine Angaben

Quellen: MICHAEL MESCH, Arbeiterexistenz in der Spätgründerzeit – Gewerkschaften und Lohnentwicklung in Österreich 1890–1914 (=Materialien zur Arbeiterbewegung 33, Wien 1984) 37, basierend auf JULIUS DEUTSCH, Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung I: Von den Anfängen bis zur Zeit des Ersten Weltkrieges (Wien 1929) 284, 461; FRITZ KLENNER, Die österreichischen Gewerkschaften. Vergangenheit und Gegenwartsprobleme, 3 Bde. (Wien 1951–1979), hier I 464 f.; ARBEITSEINSTELLUNGEN UND AUSSPERRUNGEN in Österreich 1900 ff., hg. vom Arbeitsstatistischen Amt (Wien 1900 ff.) 1908, 208; 1909, 194; 1910, 200; 1911, 222; 1912, 103, 110, 113; 1913, 88, 94; 1914, 53; weiters MARGARETE GRANDNER, Kooperative Gewerkschaftspolitik in der Kriegswirtschaft. Die freien Gewerkschaften Österreichs im ersten Weltkrieg (=Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 82, Wien – Köln – Graz 1992) 17.

tik auf den gewerblichen Mittelstand und die Bauernschaft gerichtet. Unter diesen Voraussetzungen konnte die christlichsoziale Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung nie zu einer Massenbewegung werden. Das fand im geringen Einfluß der diversen Arbeiterverbände auf die Politik der Partei im Abgeordnetenhaus seinen Niederschlag. Da nützte es wenig, daß führende Verbandsrepräsentanten wie Leopold Kunschak („Christlichsozialer Verein für Österreich“), aber auch Cyrill Stojan („Jednota katolíckých tovaryšů“ [Katholischer Gesellenverein]) oder Janez Evangelist Krek („Slovenska krščansko-socialna zveza“ [Slowenischer Christlich-sozialer Verband]) als Abgeordnete der „Christlichsozialen Partei“, der „Katolícká strana národní na Moravě“ [Katholische Nationalpartei in Mähren] oder der „Katoliška narodna stranka“ bzw. „Slovenska ljudska stranka“ [Katholische Nationalpartei bzw. Slowenische Volkspartei] Arbeiterinteressen im Sinne der neuen katholischen Soziallehre vertraten. Die Arbeiterfrage war und blieb keine Herzensangelegenheit, was bei den Nichtdeut-

schen – bedingt durch die anders geartete Sozialstruktur – allerdings nicht so deutlich zu Buche schlug wie bei den Deutschen.

Im Zusammenhang mit der Mobilisierung der wahlberechtigten ländlichen Bevölkerung für die Reichsratswahlen setzte noch vor 1900 die Integration der ländlichen Bevölkerung in das christlichsoziale Lager mittels der Agrarverbände ein. Bis zu diesem Zeitpunkt war die katholische Bauernschaft hinsichtlich ihrer modernen politischen Organisierung auf die lokale bzw. regionale Ebene beschränkt geblieben. Ihrer Einbindung als „gefolgschaftstreue Klientel“ in die christlichsoziale Strategie wurde angesichts des hohen Anteils der bäuerlichen Wahlberechtigten seit der Ausweitung des Wahlrechts Priorität eingeräumt. Als die geistig tief im Katholizismus verankerte bäuerliche Bevölkerung ihre Sympathie für das sich radikalierende Deutschtums-Denken verlor, gelang der Durchbruch. In den Kronländern profilierte sich die katholische Bauernbewegung als Kontrapunkt zu den deutschnationalen Bauernbünden. Die katholischen Bauernbünde „Katholischer Bauernbund für Steiermark“, 1899; „Tiroler Bauernbund“, 1904; „Niederösterreichischer Bauernbund“, 1906; „Katholischer Bauernbund für Salzburg“; gefolgt von ähnlichen Organisationen in den übrigen Kronländern (es gab sogar einen „Bund der Wiener Landwirte“), bildeten wie die Standesorganisationen ihrer politischen Kontrahenten den Ausgangspunkt für die Politisierung der ländlich-agrarischen Bevölkerung, ohne jedoch bis 1914 einen länderübergreifenden politischen Bauernverband zustande zu bringen¹⁹⁵). Dennoch stellten die Agrarier stärker als alle anderen gesellschaftlichen Gruppen innerhalb der „Christlichsozialen Partei“ eine starke Vertretung: 1907 stellten sie nahezu ein Drittel (35) der insgesamt 96 Abgeordneten und sechs Jahre später die Hälfte (38) von insgesamt 76 christlichsozialen Abgeordneten. Kein Wunder, daß sie neben allgemeinpolitischen Forderungen wie der Restauration der kirchlichen Stellung im Staat oder der Annullierung der liberalen Schulgesetze standesspezifische Zielsetzungen wie staatliche Förderungsmaßnahmen zugunsten des agrarischen Sektors oder eine Hochschutzzollpolitik verfolgten¹⁹⁶).

Noch vor der Fusionierung der Katholisch-Konservativen und der christlichsozialen Avantgarde zur „Christlichsozialen Reichspartei“ (1907) war die „vertikale“ und „horizontale“ Koordinierung der nichtpolitischen christlichsozialen Verbändebeziehung so weit fortgeschritten, daß man in der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung mit den antikirchlichen Kräften reichsweit über die natio-

¹⁹⁵) Ein „Katholischer Reichsbauernbund“ als Zusammenfassung aller auf christlicher Grundlage stehenden Bauernorganisationen Österreich wurde erst 1919 in der Republik geschaffen, J. STURM, Die katholische Bauernbewegung; in: ALOIS HUDAL (Hg.), Der Katholizismus in Österreich. Sein Wirken, Kämpfen und Hoffen (Innsbruck – Wien – München 1931) 319–327, hier 323; BURKERT, „Arbeit, Bildung, deutsch und frei“; ERNST BRUCKMÜLLER, Wirtschaftsentwicklung und politisches Verhalten der agrarischen Bevölkerung in Österreich 1867–1914; in: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 59 (1972) 489–529, hier 516 ff.; HANISCH, Politik und Landwirtschaft 43–49.

¹⁹⁶) Vgl. BRUCKMÜLLER, Wirtschaftsentwicklung 524.

nalen Grenzen hinweg Massen mobilisieren konnte. Das verlangte eine adäquate Verankerung in der Publizistik, insbesondere in der Tagespresse, in der man im Vergleich zu den politischen Widersachern mäßig präsent war. In der Kenntnis dieses Mangels beschloß der Fünfte Allgemeine österreichische Katholikentag (1905) die Gründung eines Presseverbandes zur Koordinierung der katholischen Publizistik. Das Ergebnis war der „Pius-Verein“ als ein die gesamte Monarchie umfassender Reichspresseverband, in dem sich alle Nationalitäten zusammenfinden sollten und in dem die beiden Pole, die konservative wie die christlichsoziale Strömung, ihr Medium hatten. *Vaterland* wie *Reichspost* waren unter seiner Schirmherrschaft gleichberechtigte Partner¹⁹⁷). Es war ein letzter Versuch des österreichisch denkenden Katholizismus, von oben mit einer gesamtösterreichischen, übernationalen Institution der staatlichen Desintegration entgegenzuarbeiten. Anders noch als ein Jahrzehnt zuvor bei der Gründung des Salzburger „Katholischen Universitätsvereines“ (1901), der die Errichtung einer staatsunabhängigen katholischen Universität als intellektuelles Bollwerk gegen die antiklerikale, liberale Geistigkeit anstrebte, versagten ihm nun aber tschechische, slowenische, kroatische wie italienische Diözesen ihre Unterstützung.

Das Scheitern dieses Projektes einer übernationalen Organisation bedeutete nicht, daß sich die Katholiken der Monarchie über die Verbände zu keinen gemeinsamen Aktionen zusammenfanden. Beispielhaft in dieser Hinsicht waren die Aktivitäten um die Ehegesetzgebung und den Religionsunterricht. Unter Federführung eines zu diesem Zweck gegründeten „Österreichischen Zentralkomitees“, dem alle namhaften katholischen Verbände sämtlicher Nationalitäten angehörten, machte man gegen die von den Sozialdemokraten unterstützte Petition des Vereines „Freie Schule“ im Reichsrat die Massen mobil und sammelte reichsweit 4,5 Millionen Unterschriften zur Unterstützung der christlichsozialen Initiative gegen eine Änderung der Ehegesetze¹⁹⁸). Diese Aktion war eine der wenigen, in der sich die katholischen Verbände noch einmal über die nationalen Grenzen hinweg zu einer Allianz gegen die Aushöhlung des Katholizismus verbündeten.

In der Regel gingen die einzelnen Nationalitäten, wie die zahlreichen Verbandsgründungen ab den neunziger Jahren zeigen, jedoch eigene Wege. Bestrebungen wie jene des slowenischen Theologen Aleš Ušeničnik im Jahre 1897, alle christlichsozial-katholischen Gruppen der Monarchie zu einer multinationalen „Christlichsozialen Partei Österreichs“ zusammenzuführen, scheiterten, zumal die nationalpolitischen Antagonismen an Schärfe zunahmen¹⁹⁹). Mit der Bildung eigen-

¹⁹⁷) FUNDER, Vom Gestern ins Heute 314–320; DERS., Die katholische Presse; in: ALOIS HUDAL (Hg.), Der Katholizismus in Österreich. Sein Wirken, Kämpfen und Hoffen (Innsbruck – Wien – München 1931) 189–204, hier 190 ff.; BERICHT ÜBER DEN V. ALLGEMEINEN ÖSTERREICHISCHEN KATHOLIKENTAG in Wien 18. bis 21. November 1905, hg. vom vorbereitenden Diözesankomitee (Wien 1906) 39 ff., 130–150.

¹⁹⁸) LEWIS, Kirche und Partei 368 f.; ULRIKE HARMAT, Divorce and Remarriage in Austria-Hungary: The Second Marriage of Franz Conrad von Hötzendorf; in: Austrian History Yearbook 32 (2001) 69–103, insbes. 76.

¹⁹⁹) LUKAN, Krek 139 Anm. 41.

ständiger katholischer Parteien konstituierten die nichtdeutschen Katholiken wie ihre deutschsprachigen Glaubensbrüder Vorfeldorganisationen. Zu diesen zählten die sich über Böhmen, Mähren und Niederösterreich erstreckenden Verbände der tschechischen Katholiken wie der „Katolícký spolek českého rolnictva na Moravě, ve Slezsku a Dolních Rakousích“ [Katholische Verband der tschechischen Landwirte in Mähren, Schlesien und Niederösterreich], die Gruppierungen der Landjugend, der Turnverein „Orel“ oder die „Všeodborové sdružení křesťansko-sociálního dělnictva v království Českém“ [Gesamtgewerkschaftsverband der christlich-sozialen Arbeiterschaft im Königreich Böhmen], die um 1907 zusammen auf 76.140 Mitglieder verweisen konnten. Schon 1894 hatte sich im Gefolge der Sozialenzyklika „Rerum novarum“ (1891) in Leitomischl [Litomyšl] als Zusammenschluß von 152 böhmischen und mährischen Bildungs-, Gesellen- und christlichsoziale Vereinen die „Křesťansko-sociální strana pro Čechy a Moravu“ [Christlich-Soziale Partei für Böhmen und Mähren] konstituiert²⁰⁰). Bei den Slowenen bestand eine Beziehungen zwischen der „Katoliško narodna stranka“ bzw. (ab 1909) der „Vseslovenska ljudska stranka“ [Allslowenische Volkspartei] und dem „Zadružna zveza“ [Genossenschaftsverband] (1900), dem „Jugoslovanska strokovna zveza“ [Südslowenischer Fachverband] (1909) und der Sammelorganisation der Volksbildungsvereine, dem „Slovenska kršćansko-socialna zveza“ [Slowenischer christlich-sozialer Verband] (1897; von 1894–1897: „Slovenska katoliška delavska zveza“ [Slowenisch-katholischer Arbeiterverband]), der 1911 mit 462 Vereinen und 43.229 Mitgliedern zu den Säulen der inzwischen zur modernen Massenpartei aufgestiegenen katholischen Partei geworden war²⁰¹). Auch bei den Polen und den Italienern zeigt sich das oben beschriebene Bild einer tiefgreifenden Vernetzung verschiedenster Vereine, Verbände und Parteien und die solcherart zustandgekommene Bildung eines spezifischen katholischen Milieus.

Das Aufkommen eigenständiger nationaler Verbände im Schatten der katholischen Volksparteien blieb für die Haltung der Katholiken zur Gesamtstaats-Idee nicht folgenlos. Bis 1914 war die Überzeugung, Nationalidee und Vielvölkerstaat wären miteinander vereinbar, unverrückbares Prinzip ihrer Programmatik. Die Idee des Vielvölkerstaates wurde über den Nationalstaatsgedanken gestellt. Neben dem Katholizismus bildete das den geistigen Kitt zwischen der christlichsozialen Bewegung der verschiedenen Nationalitäten. Hinzu kamen als weitere Charakteristika die Heterogenität des sozialen Spektrums, das die christlichsoziale Verbändelandschaft repräsentierte, und das Fehlen eines dichten Netzes von Organisationen, die die Alltagskultur und die Freizeitbedürfnisse erfaßten. Das war nicht ausschließlich, aber doch hauptsächlich der Grund dafür, daß das katholisch-christlichsoziale Lager und mit ihm die Idee der österreichischen Staatseinheit auf föderalistischer Basis innerhalb der einzelnen Völker – abgesehen von den Slowe-

²⁰⁰) ARNOLD SUPPAN, Christlich-demokratische Parteien bei den Tschechen; in: KAROLY GAAL u. A. (Hgg.), Christlich-demokratische Bewegungen in Mitteleuropa (Graz – Wien 1986) 133–219, hier 140 f.

²⁰¹) LUKAN, Krek 98 ff.; FRAN ERJAVEC, Zgodovina katoliškega gibanja na Slovenskem [Geschichte der katholischen Bewegung im slowenischen Raum] (Ljubljana 1928) 150.

nen – nicht so fest in der Bevölkerung verankert waren wie die in ihrer sozialen Zusammensetzung wesentlich homogenere Sozialdemokratie oder die in ihrer ideologischen Orientierung eindimensionalen Nationalismen.

Mit dem Inkrafttreten des Koalitionsrechtes (1870) setzte der fast über zwei Jahrzehnte andauernde Prozeß einer Parteibildung der österreichischen Sozialdemokratie ein. Ihr Aufstieg zur Massenpartei hing eng mit der Zunahme des Grades der gewerkschaftlichen Organisierung der Industriearbeiterschaft zusammen. Unmißverständlich formulierte man: „Sie [die Gewerkschaft] muß die Vorarbeit für die politische Organisation leisten. Aus den Kadern der Gewerkschaften werden die eigentlichen Kämpfer der revolutionären sozialdemokratischen Bewegung hervorgehen.“²⁰²⁾ Die Gewerkschaften wurden zum Herz der österreichischen Sozialdemokratie und von der Parteiführung als nützliche Zentren der politischen Agitation betrachtet. Nach 1900, als sich das Netz der gewerkschaftlichen Organisation verdichtete, wurde die Zusammenarbeit von Partei und Gewerkschaften noch inniger, vermehrt übernahmen Gewerkschaftsfunktionäre Parteifunktionen²⁰³⁾. Bis zum Reichenberger Parteitag (1909) funktionierte die Allianz zwischen den Spitzengremien der Partei und den „Freien Gewerkschaften“, die 1897 mit Anton Schrammel erstmals einen Abgeordneten im sozialdemokratischen Parlamentsklub hatten. Nach den Reichsratswahlen von 1907 stellten die Gewerkschaften mit 18 Vertretern innerhalb der deutschen Sozialdemokratie mehr als ein Drittel der Abgeordneten. Auch in den nichtdeutschen sozialdemokratischen Parteien begannen Gewerkschaftsfunktionäre (u. a. Silvio Pagnini, Józef Hudec, Gheorghe Grigorovici) Fuß zu fassen, wenn auch nicht mit jener Intensität wie bei der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie²⁰⁴⁾.

Bis es zu dieser starken Vertretung in der sozialdemokratischen Fraktion kam, war ein langer Weg zurückzulegen gewesen. Noch bis Ende der achtziger Jahre mußten die Arbeiter(bildungs-)vereine aufgrund staatlicher Einschränkungen ihre Tätigkeit auf den lokalen Bereich begrenzen. Unter solchen Voraussetzungen konnte eine staatsweite Koordinierung von Arbeiterinteressen nur partiell stattfinden. Nach dem Hainfelder Parteitag (1888/89) änderte sich das. Zu diesem Zeitpunkt existierten 104 Arbeitervereinigungen mit 15.500 Mitgliedern. Die 1890 erfolgte Zusammenfassung sämtlicher Metallarbeitervereine zu einem Reichsverband markierte für die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung den Beginn einer rasanten Expansion. Gefördert durch das von den Taaffeschen

²⁰²⁾ Zitiert nach LUDWIG BRÜGEL, *Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie*, 5 Bde. (Wien 1922–1925), hier IV 231.

²⁰³⁾ WOLFGANG MADERTHANER, *Das Entstehen einer demokratischen Massenpartei: Sozialdemokratische Organisation von 1889 bis 1918*; in: WOLFGANG MADERTHANER, WOLFGANG C. MÜLLER (Hgg.), *Die Organisation der österreichischen Sozialdemokratie 1889–1995* (Wien 1996) 21–92.

²⁰⁴⁾ JULIUS DEUTSCH, *Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung*, 2 Bde. (Wien 1929 und 1932), hier I: *Von den Anfängen bis zur Zeit des Weltkrieges* 436; FREUND, *Österreichisches Abgeordnetenhaus 1907–1913*.

Sozialreformen geschaffene politische Umfeld und durch die seitens der Parteiführung unter der Parole einer „unpolitischen beruflichen Organisation aller klassenbewußten Fachgenossen“ gelenkte Zusammenfassung der Arbeiterschaft entwickelten sich die „Freien Gewerkschaften“, die in den einzelnen Industriebranchen für die Arbeitnehmer bald die Stellung von Pflichtverbänden erlangten, zum Fundament der Sozialdemokratie²⁰⁵).

Auf ihrem ersten gesamtösterreichischen Kongreß (1893) erhielten die Fachgewerkschaften mit der „Provisorischen Gewerkschaftskommission“ eine erste feste institutionelle Grundlage, die in den folgenden Jahren zur „Reichsgewerkschaftskommission“ ausgeweitet wurde. 1896 gehörten ihr 17 Zentralvereine, 284 Lokal- oder Landesvereine mit 775 Ortsgruppen und insgesamt 98.669 Mitglieder an. Die Konjunktur der österreichischen Wirtschaft ebenso wie das Wohlwollen der österreichischen Regierungen, die in einer übernationalen Organisation der Arbeitermassen einen möglichen Rettungsanker für den durch die Nationalitätenkämpfe erschütterten Staat erblickten, begünstigten ihren rasanten Aufstieg. Das Regierungskalkül ging jedoch nicht auf, zumal der in der „Reichsgewerkschaftskommission“ existente deutsch-tschechische Antagonismus nicht bewältigt werden konnte. Durch das Einsetzen der nationalen Separierung in einzelnen Branchenverbänden zeichnete sich bereits seit den späten achtziger Jahren der Anfang vom Ende der national gemischt organisierten sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung und in der Folge auch der übernationalen „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich“ ab. Neben die Arbeitervereine der deutschsprachigen Bevölkerung traten bald jene der anderen Nationalitäten, insbesondere die zahlenmäßig starken tschechischen Arbeitervereinigungen. Das verkomplizierte die Entwicklung in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung vor allem in Böhmen, wo es im Laufe der Zeit zu „einer scheinbaren Negation der ungestörten Übereinstimmung zwischen den Arbeitern der verschiedenen Nationalitäten“ kam²⁰⁶). In der Frage der Kulturarbeit schieden sich die Geister, was zu ersten nationalen Absonderungstendenzen führte. Mit der Schaffung einer eigenständigen Prager Kommission (1897) eskalierte der interne Streit zwischen deutsch- und tschechischsprachigen Mitgliedern. Das Prager Büro war mit seiner Forderung einer Gliederung des Gesamtverbandes auf nationaler Grundlage nicht durchgedrungen und machte sich nun selbständig. Die folgende Austrittsbewegung der tschechischen Zentralverbände leitete das Ende der „Reichsgewerkschaftskommission“ als übernationaler Verband ein, dem im letzten Bestandsjahr

²⁰⁵) HANS MOMMSEN, Die Sozialdemokratie und die Nationalitätenfrage im habsburgischen Vielvölkerstaat I: Das Ringen um die supranationale Integration der zisleithanischen Arbeiterbewegung (1867–1907) (=Veröffentlichungen der Arbeitsgemeinschaft für Geschichte der Arbeiterbewegung in Österreich 1, Wien 1963) 155–180; FUNDER, Vom Gestern ins Heute 193.

²⁰⁶) JIŘÍ KOŘÁLKA, Die tschechische Arbeiterbewegung im Prozeß der Modernisierung der böhmischen Länder bis 1914; in: DERS., Tschechen im Habsburgerreich und in Europa 1815–1914. Sozialgeschichtliche Zusammenhänge der neuzeitlichen Nationsbildung und der Nationalitätenfrage in den böhmischen Ländern (=Schriftenreihe des Österreichischen Ost- und Südosteuropainstituts 18, Wien – München 1991) 201–239, hier 224.

als völkerübergreifende Organisation (1908) 51 Zentralvereine, 78 Landes- oder Lokalvereine sowie 5337 Ortsgruppen mit insgesamt 482.279 Mitgliedern angehörten.

Die Mehrzahl der tschechischen Verbände hatte sich mit der „Československé odborové sdružení“ [Tschechoslawische Gewerkschaftsvereinigung] eine eigene tschechische, „autonome“, Zentralorganisation geschaffen. Das war ein Bruch mit dem bestehenden Organisationssystem und eine Schwächung der Gewerkschaft als Interessenorganisation. Man konnte auch innerhalb der tschechischen Arbeiterschaft den Alleinvertretungsanspruch von Arbeitnehmerinteressen nicht mehr aufrechterhalten, weil sich mit dem „Politický klub katolického dělnictva“ [Politischer Klub der katholischen Arbeiterschaft] und der national-sozialen „Česká obec dělnická“ [Tschechische Arbeitergemeinde] Konkurrenzverbände etabliert hatten, die sich bis 1914 eines regen Mitgliederzustroms erfreuten. Binnen eines Jahrzehnts verzehnfachte die „Česká obec dělnická“ ihre Mitgliederzahlen (1902: 7700; 1913: 77.000), die „Československé odborové sdružení“ wuchs bedeutend langsamer, zählte 1913 aber dennoch rund 103.000 Mitglieder²⁰⁷⁾.

Von der wachsenden Organisationsdichte der nach industriellen Sektoren gegliederten Teilverbände profitierte die als Zentralorganisation fungierende Wiener „Reichsgewerkschaftsorganisation“ innerparteilich wenig. Die Macht konzentrierte sich bei den Branchengewerkschaften. Sie traten im Rahmen der Binnenorganisation des sozialdemokratischen Lagers neben der Partei und den nach 1900 hinzukommenden „Konsumgenossenschaften“ als eine der „drei Armeen“ auf²⁰⁸⁾. Ihren politischen Auftrag und ihre Bedeutung für die Durchdringung des Staates hatte schon die austromarxistische Gesellschaftstheorie entsprechend betont: „Alles wirtschaftliche Geschehen wird zur bewußten Tat der Organisation. ... Alle wirtschaftlichen Organisationen suchen den Staat in ihren Dienst zu stellen. Sie fordern von ihm nicht mehr bloß den Schutz ihres Eigentums, sondern unmittelbares Eingreifen in das Wirtschaftsleben ... alle diese und viele andere mittelstaatliche Eingriffe in das Wirtschaftsleben zwingen alle Organisationen zur Beeinflussung der Staatsgewalt, zum Kampf um die politische Macht. Das ganze politische Leben löst sich in die Machtkämpfe der Interessengruppen auf.“²⁰⁹⁾

²⁰⁷⁾ EBD. 236 f.

²⁰⁸⁾ MARGARETE GRANDNER, Kooperative Gewerkschaftspolitik in der Kriegswirtschaft. Die freien Gewerkschaften Österreichs im ersten Weltkrieg (=Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 82, Wien – Köln – Weimar 1992) 9; FRANZ SEIBERT, Die Konsumgenossenschaften in Österreich (=Materialien zur Arbeiterbewegung 11, Wien 1978) 40 ff.

²⁰⁹⁾ OTTO BAUER, Der Weg zur Macht; in: Der Kampf 2 (1909) 342, zitiert nach EVERHARD HOLTSMANN, Arbeiterbewegung, Staat und Sozialpolitik in der Spätzeit der Habsburgermonarchie. Strukturelle Bedingungen österreichischer Sozialgesetzgebung zwischen 1890 und 1914; in: ISABELLA ACKERL, WALTER HUMMELBERGER, HANS MOMMSEN (Hgg.), Politik und Gesellschaft im alten und neuen Österreich. Festschrift für Rudolf Neck zum 60. Geburtstag, 2 Bde. (Wien 1981) I 239–254, hier 249.

Unter dem Eindruck der Destabilisierung des Vielvölkerstaates durch die eskalierende Nationalitätenfrage gingen Regierung und Bürokratie daran, den wachsenden Druck der gewerkschaftlichen Organisationen auf sozial- wie wahlrechtspolitischem Gebiet dadurch zu relativieren, daß sie ihn in kontrollierbare Bahnen einer institutionalisierten Konfliktregelung lenkten. Die Regierungen waren zu Zugeständnissen bereit. Nach Ansicht der freigewerkschaftlichen Organisationen verlangte die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse den Eingriff des Staates, dem auch die Kontrolle der Arbeitsverhältnisse oblag. Das reichte vom Problem der Arbeitszeit mit der Kernforderung einer Verkürzung des elfstündigen auf einen achtstündigen Maximalarbeitstag über die Frage der sozialen Absicherung der Arbeiter bei Krankheit, Invalidität, Arbeitslosigkeit oder nach einem Unfall, über den Auf- und Ausbau eines Sozialversicherungswesens bis hin zur Gewährung einer Arbeitslosenunterstützung. Eng wurde der Arbeiterschutz mit der parlamentarischen Orientierung verknüpft und dem Abgeordnetenhaus in der sozialpolitischen Gesetzgebung eine besondere Rolle zugewiesen. Aufgrund dieser Überlegungen maßen die Gewerkschaften dem allgemeinen und gleichen Männerwahlrecht einen hohen Stellenwert bei und waren bereit, für dieses Ziel auch zum Mittel des Generalstreiks zu greifen. Nur eine entsprechende große Zahl von Arbeitervvertretern im Abgeordnetenhaus konnte ein Erreichen der sozialpolitischen Zielsetzungen garantieren.

Mit dem auf Initiative Joseph Maria Baernreithers geschaffenen „Arbeitsbeirat“ (1898) hatte man ein ständiges sozialpartnerschaftliches Beratungsgremium eingerichtet. Unter Einbeziehung von Vertretern der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände leitete man die sozialen Spannungen sowie die umstrittenen Fragen der Sozialgesetzgebung in das vorparlamentarische Feld der Enqueten und Ministerialkommissionen um. Hier bot sich die Gelegenheit der Entschärfung des sozialpolitischen Sprengstoffes²¹⁰). Weitblickend war damit das System einer institutionalisierten, autonomen Konfliktregelung eingerichtet worden, das die sozialdemokratischen Gewerkschaften als Vertretung der Arbeiterschaft faktisch anerkannte und deren Forderung nach einer gleichberechtigten Repräsentanz und Mitsprache bei sozialpolitischen Fragen berücksichtigte. Mit dem Eintritt in den „Arbeitsbeirat“, das Gewerbegericht, den Wasserstraßenausschuß oder in die Un-

²¹⁰) Vgl. u. a.: ERGEBNISSE DER VON DEM GEWERBEAUSSCHUSSE des österreichischen Abgeordnetenhauses veranstalteten mündlichen und schriftlichen ENQUETE über den Gesetzentwurf, betreffend die Einführung von Einrichtungen zur Förderung des Einvernehmens zwischen den Gewerbsunternehmern und ihren Arbeitern. Zusammengestellt vom Berichterstatter Dr. [Joseph Maria] Baernreither (Wien 1893); STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL DER GEWERBEENQUETE im österreichischen Abgeordnetenhaus sammt geschichtlicher Einleitung und Anhang. Zusammengestellt von den Referenten Abgeordneten Dr. Alfred Ebenhoch und Abgeordneten Engelbert Pernerstorfer (Wien 1893); BACHMANN, Joseph Maria Baernreither 44 f.; BRIGITTE PELLAR, „Arbeitsstatistik“, soziale Verwaltung und Sozialpolitik in den letzten zwei Jahrzehnten der Habsburgermonarchie. Das arbeitsstatistische Amt im k.k. Handelsministerium und sein „ständiger Arbeitsbeirat“; in: GERALD STOURZH, MARGARETE GRANDNER (Hgg.), Historische Wurzeln der Sozialpartnerschaft (=Beiträge zur Geschichte der Neuzeit 12/13, Wien 1986) 153–190.

fallverhütungskommission verbesserten sich die Umsetzungsmöglichkeiten des sozialpolitischen Programms der „Freien Gewerkschaften“. In den Beiräten erreichten sie mit einer Politik der kleinen Schritte eine Vielzahl von arbeits- und sozialrechtlichen Verbesserungen für die Arbeiterschaft. Die Palette der sozialpolitischen Erfolge reichte von der Einführung der Unfallpflichtversicherung über die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit bis zu Gesetzen über den Schutz von Leben und Gesundheit im Bergbau, Hochbau, in den Blei- und Zinkhütten und im Malergewerbe (1907/08) bzw. zum Entwurf einer gesetzlichen Regelung der Heimarbeit (1913), der – ausgearbeitet von der Sozialpolitischen Sektion des Arbeitsstatistischen Amtes – ganz im Sinne der gewerkschaftlichen Wünsche gestaltet war²¹¹). Zwar setzte man nicht immer alle Wünsche durch. Es konnte durchaus passieren, daß manche Forderung in den beiden großen Beiräten (Industrie- und Gewerberat) verwässert bzw. bürokratisch verzögert wurde. Wenn auch viele der hochgesteckten Zielsetzungen nicht ad hoc erreicht wurden, kann jedoch von einer Enttäuschung der gewerkschaftlichen Erwartungen auf sozialpolitischem Gebiet nicht gesprochen werden²¹²).

Parallel zu den staatsinterventionistischen Maßnahmen strebten die Realisten in der Gewerkschaftsspitze entgegen dem vom radikalen Flügel gepflogenen Klassenkampfdenken mit dem Abschluß von Kollektivverträgen – über den Bezirks- und Landesvertrag bis zum Reichsvertrag – in den Fragen der Entlohnung, der Arbeitszeit wie des Arbeitsschutzes einen Ausgleich mit der Unternehmerschaft an. Als sich die Durchsetzung sozialpolitischer Anliegen nach der Jahrhundertwende schwieriger gestaltete, suchte man häufiger als zuvor in der staatlichen Verwaltung als einer über den Interessenparteien stehenden Instanz den Ansprechpartner²¹³). Spätestens seit der Wahlrechtsreform von 1907, die ihnen ja verstärkte Mitsprachemöglichkeiten bot, verstärkte sich innerhalb der sozialdemokratischen Gewerkschafter die Meinung, daß es im Interesse der Arbeiterschaft liegen müsse, zu einem *modus vivendi* mit dem Staat, in dem sie lebten, zu gelangen, anstatt gegen ihn eine doktrinäre klassenkämpferische Opposition zu betreiben. An dieser Maxime hielten die Gewerkschaftsführer trotz nach wie vor existenter Interessensunterschiede fest. Die Fähigkeit, Übereinkommen mit dem Staat und mit den Industrievertretern zu erzielen, war ein sichtbares Zeichen dafür, daß man nicht auf die Zerschlagung des bestehenden politischen Systems festgelegt war. Gleichsam von unten wuchs so über die „Freien Gewerkschaften“ die Sozialdemokratie in den Staat, in dem sie sich bald eine eigene antibürgerliche Lebenssphäre und Kultur schuf, hinein.

Ausgehend von der Vorstellung, der Klassenkampf habe sich nicht nur auf die Alltagspolitik zu beschränken, ging die sozialdemokratische Arbeiterbewegung

²¹¹) Vgl. FRITZ KLENNER, Die österreichischen Gewerkschaften. Vergangenheit und Gegenwartprobleme, 3 Bde. (Wien 1951–1979), hier I 242–383.

²¹²) Vgl. GRANDNER, Gewerkschaftspolitik 29.

²¹³) EBD. 22–35; DEUTSCH, Österreichische Gewerkschaftsbewegung I 437–457; UNGERSBÖCK, Arbeitsvertrag 123–152.

aller Völker daran, über ein verzweigtes Netz überregionaler Kultur- und Freizeitorganisationen scheinbar „unpolitische“ Lebenssphären zu politisieren. Gemäß ihrem Konzept sollte der „neue Mensch“ nicht nur in der Politik, sondern auch in seiner Freizeit, bei Sport, Spiel und Unterhaltung unter seinesgleichen sein²¹⁴). Innerhalb der deutschösterreichischen Sozialdemokratie gruppierten sich um die Gewerkschafts- und Parteiorganisation zahlreiche kulturpolitische wie freizeitorientierte Verbände: der aus dem „Verein der Konfessionslosen“ (1887) entstandene „Freidenker-Bund“, der „Arbeiter-Stenographenverband“ (1894), die „Naturfreunde“ (1895), der „Arbeiter-Radfahrerverband Österreichs“ (1899), der „Reichsverband der Arbeitersänger“ (1902), der „Arbeiter-Abstinentenbund“ (1905), die „Freie Schule“ (1905), der Verein „Kinderfreunde“ (1908), der „Arbeiter-Turn- und Sportbund“ (1909) oder der „Arbeiter-Schwimmverband“ (1909)²¹⁵). Ihr Ziel war die Schaffung eines sozialdemokratischen Kulturmilieus. Konkret bedeutete das, daß man in gesellschafts- und kulturpolitischen Fragen eine ausgeprägte antibürgerliche und antikatholische Position bezog. Mancher Verband ordnete sich mit seiner Programmatik nach der Jahrhundertwende in die „Los-von-Rom-Bewegung“ ein und schloß mit dieser eine Allianz. Im Sinne der antikatholischen gesellschafts- und kulturpolitischen Positionen agitierten die „Freie Schule“, in der sich bis 1914 in 231 Ortsgruppen rund 17.000 Mitglieder sammeln sollten²¹⁶), und die agnostischen „Freidenker“ für die Schaffung der „Neuschule“. Anders als in den katholischen Privatschulen und den staatlichen Schulen sollte in dieser an die Stelle des (katholischen) Religionsunterrichtes ein allgemeiner Moralunterricht treten. Ebenso setzte man sich im Bündnis mit dem „Eherechtsreform-Verein“ (1906) für die Anerkennung der Konfessionslosigkeit als ein staatlich anerkanntes Bekenntnis sowie die Reform des Eherechts ein. Für ihr öffentliches Auftreten war es von Vorteil, daß die Freidenker seit 1891 mit Ludwig Wutschel in der Sozialdemokratischen Partei fest verankert und seit 1907 im Reichsrat vertreten waren²¹⁷). Die geringe regionale Verbreitung fiel weniger ins Gewicht.

²¹⁴) Vgl. JOSEF WEIDENHOLZER, Auf dem Weg zum „Neuen Menschen“. Bildungs- und Kulturarbeit der österreichischen Sozialdemokratie in der Ersten Republik (=Schriftenreihe des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung 12, Wien – München – Zürich 1981) 90 f.; DIETER LANGEWIESCHE, Zur Freizeit des Arbeiters. Bildungsbestrebungen und Freizeitgestaltung österreichischer Arbeiter im Kaiserreich und in der Ersten Republik (=Industrielle Welt 29, Stuttgart 1979) 64–76.

²¹⁵) HUGO PEPPER, Die frühe österreichische Sozialdemokratie und die Anfänge der Arbeiterkultur; in: WOLFGANG MADERTHANER (Hg.), Sozialdemokratie und Habsburgerstaat (=Sozialistische Bibliothek, Abt. 1: Die Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie 1, Wien 1988) 79–100.

²¹⁶) TRAUNER, Los-von-Rom-Bewegung 271.

²¹⁷) PAUL MICHAEL ZULEHNER, Kirche und Austromarxismus. Eine Studie zur Problematik Kirche – Staat – Gesellschaft (=Veröffentlichungen des Instituts für kirchliche Zeitgeschichte am Internationalen Forschungszentrum für Grundfragen der Wissenschaften Salzburg II/1, Wien – Freiburg – Basel 1967) 47, 203 ff.

Trotz der auf dem Reichenberger Parteitag von 1909 für den gesamten cisleithanischen Reichsteil zur Koordinierung der Aktivitäten geschaffenen „Zentralstelle für das Bildungswesen“ konzentrierten sich die Verbände in der ersten Phase ausschließlich auf den Wiener Raum und die Städte. Mit den Kulturaktivitäten wirkten sie jedoch nicht nur im eigenen Lager und Volk, sondern über diese hinaus. Das kam doppelt zum Tragen: Zum einen hatten sie eine Vorbildwirkung für ähnliche Verbandsgründungen der nichtdeutschen Völker, insbesondere der slawischen. So spielten innerhalb der tschechischen Sozialdemokraten neben den Gewerkschaftsorganisationen die Freizeit- und Kulturverbände wie etwa die „Jednota českoslovanských turistů“ [Verein der tschechoslawischen Touristen] oder der „Dělnické tělocvičné jednoty“ [Arbeiterturnverband] eine immer gewichtigere Rolle²¹⁸). Durchaus vergleichbare Entwicklungen bei den italienischen Sozialdemokraten führten nur deshalb zu keinen größeren Verbandsbildungen, weil die italienischen Sozialdemokraten im wesentlichen auf eine Stadt, auf Triest, konzentriert waren²¹⁹). Bei Slowenen, Polen und Ruthenen spielte die sozialdemokratisch organisierte Industriearbeiterschaft schon zahlenmäßig eine geringere Rolle, doch gab es auch bei ihnen entsprechende Kulturorganisationen.

Zum anderen hatte man mit Vereinigungen wie der „Freidenker“-Bewegung und der „Freien Schule“ einen ideellen Schnittpunkt mit dem Liberalismus. Die Konfessionalisierung der „Schul- und Unterrichtsordnung“ (1905) führte die beiden Lager wieder zusammen. Die Gründung der „Freien Schule“ (1905) war eine Neubelebung jener seit der Revolution von 1848 bestehenden stillen Allianz von Deutschliberalismus und Arbeiterbewegung. Beiden war der politische Katholizismus das Feindbild par excellence. Nicht zufällig kamen die Gründer der „Freien Schule“ aus beiden Lagern. Das liberal-sozialdemokratische Kulturbündnis führte in der Praxis dazu, daß sich um 1905 die „Freidenker“, der Verein „Die Flamme“, der „Eherechtsreform-Verein“ im Bündnis mit der liberalen „Freien Schule“ der „Los-von-Rom-Bewegung“ anschlossen und eine politisch motivierte Austrittsbewegung aus der katholischen Kirche auslösten, mit dem Ergebnis, daß der österreichische Katholizismus durch diese Austrittswelle bis 1909 nahezu 50.000 Mitglieder verlor²²⁰).

Neben einer Vielzahl von sozialpolitischen Anliegen bildete die Schwächung der katholischen Position im Staatsgefüge einen weiteren gemeinsamen Nenner

²¹⁸) Vgl. GLETTNER, Wiener Tschechen 467–478.

²¹⁹) SABINE RUTAR, Arbeiterkulturvereine und die Entwicklung städtischer Öffentlichkeit in Triest vor dem Ersten Weltkrieg; in: ANDREAS R. HOFMANN, ANNA VERONIKA WENDLAND (Hgg.), Stadt und Öffentlichkeit in Ostmitteleuropa 1900–1939 (=Forschungen zur Geschichte und Kultur des östlichen Mitteleuropa 14, Stuttgart 2002) 193–212.

²²⁰) FUNDER, Vom Gestern ins Heute 223; HELMUT KONRAD, Religiöser und sozialer Protest. Die frühe österreichische Arbeiterbewegung und die Religionsgemeinschaften; in: ISABELLA ACKERL, WALTER HUMMELBERGER, HANS MOMMSEN (Hgg.), Politik und Gesellschaft im alten und neuen Österreich. Festschrift für Rudolf Neck zum 60. Geburtstag, 2 Bde. (Wien 1981) I 195–213, hier 195, 199; HELMUT UITZ, Die österreichischen Kinderfreunde und Roten Falken 1908–1938. Beiträge zur sozialistischen Erziehung (=Veröffentlichungen des Historischen Instituts der Universität Salzburg 11, Wien – Salzburg 1975).

von sozialdemokratischem und deutschnationalem Lager, das bis 1914 in seiner Binnenorganisation niemals zu jener klaren Strukturierung wie Sozialdemokratie und Christlichsoziale fand. Im Bürgertum und in den agrarischen Bevölkerungsschichten verankert, war das Erscheinungsbild des „nationalen Lagers“ inhomogener als jenes der beiden anderen Lager. Das traf für alle Nationalitäten in gleichem Maße zu und fand in den Verbandsideologien seinen sichtbaren Ausdruck. Innerhalb des deutschnationalen Verbändewesens reichte es von deutsch-österreichisch, über großdeutsch bis zu alldeutsch-völkisch²²¹), innerhalb des slawischen von austroslawisch über austroföderalistisch bis zu allslawisch-antidynastisch und innerhalb des italienischen von nationalliberalen bis zu ausgesprochen irredentistischen Positionen. Was sein soziales Rekrutierungsspektrum anlangte, war das deutschnationale Verbandssystem (z. B. „Bund deutscher Landwirte in der Ostmark“, „Deutscher Schulverein“, „Deutscher Turnerbund“, die diversen Schutzvereine) der Arbeiterschaft lange Zeit distanziert gegenübergestanden. Das änderte sich am Ende des 19. Jahrhunderts. Ab nun wurde der Organisation der Fabrikarbeiterschaft ein größeres Augenmerk geschenkt. Angesichts der Zusammenfassung des Großteils der tschechischen Arbeiterschaft in eigenständigen Gewerkschaften war das auch eine nationale Entscheidung.

Nach einem ersten Herantasten an soziale Themen durch den „Deutschnationalen Arbeiterbund“ (1893) setzte von den industriellen Zentren Böhmens und Mährens aus um die Jahrhundertwende die Ausbildung einer deutschvölkischen Gewerkschaftsbewegung ein. Mit dem „Reichsbund deutscher Arbeiter Germania für Böhmen und Mähren“ (1899) konstituierte sich eine erste überregionale Organisation. Mit dem „Deutschen Handlungsgehilfenverband“, dem „Verband deutscher Privatbeamten“ sowie dem „Deutsch-österreichischen Lehrer-Bund“ folgten binnen weniger Jahre weitere nationale Berufsverbände. Mit diesen versuchte das deutschnationale Lager die Arbeiterschaft in die nationale Milieubildung einzubinden. Eine gewisse Skepsis gegenüber dieser blieb aber bestehen. Der als Kampforganisation gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaften gegründete „Verband der deutschen Gehilfen- und Arbeitervereinigungen in Österreich“ (= „Mährisch-Trübauerverband“) (1898) beschloß, daß „gewöhnliche Fabrik- und Tagelöhner nicht als wirkliche Mitglieder in einem deutschen Gehilfenverein aufgenommen werden, denn die Arbeiter würden in kurzer Zeit die Vereine nur allzubald in ein anderes gefährliches Fahrwasser bringen“²²²). Entsprechend gering blieb vorerst sein Organisationsgrad (1902: 42 Ortsgruppen mit 13.713 Mitgliedern).

²²¹) Vgl. WANDRUSZKA, Österreichs politische Struktur 369; OTTO URBAN, Der tschechische Austroslavismus nach dem österreichisch-ungarischen Ausgleich; in: ANDREAS MORITSCH (Hg.), Der Austroslavismus. Ein verfrühtes Konzept zur politischen Neugestaltung Mitteleuropas (=Schriftenreihe des Internationalen Zentrums für europäische Nationalismus- und Minderheitenforschung 1, Wien – Köln – Weimar 1996) 36–45; JANEZ CVIRN, Der Austroslavismus und die Slovenen; in: EBD. 77–85; ISKRA IVELJIC, „Stiefkinder Österreichs“: Die Kroaten und der Austroslavismus; in: EBD. 125–137.

²²²) Zit. nach KLENNER, Österreichischen Gewerkschaften II 1077.

Den Durchbruch brachte der auf Betreiben von Ferdinand Burschofsky und Franko Stein einberufene erste deutschvölkische Arbeitertag in Eger (Cheb) (1899). Das hier verkündete antiliberale und antikapitalistische demokratische Programm wurde zur Grundlage des „Deutschnationalen Arbeiterbundes“ (1899; ab 1900: „Bund Deutscher Arbeiter Germania“). Das Programm war ein Schluß von „national“ und „sozial“, in den zentralen arbeits- und sozialrechtlichen Forderungen ähnelte er dem der „Freien Gewerkschaften“²²³). Unter anderem ging es um die „allmähliche Überführung der kapitalistischen Großbetriebe, ... die im Besitz genossenschaftlicher Vereinigungen oder anderer öffentlicher Körperschaften“ standen, insbesondere der Bergwerke und Eisenbahnen, in den Besitz der Arbeiter, ebenso um die Übernahme aller Betriebe, „welche die Befriedigung der Bedürfnisse größerer Gemeinwesen zum Gegenstande haben (z. B. Gaswerke, Elektrizitätswerke, Straßenbahnen, Wasserversorgung, Kraftvermittlung usw.) durch die Gemeinden“, dann auch um die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit auf der Grundlage des Achtstundentages und um die Festsetzung von Mindestlöhnen²²⁴). Damit war ein einigendes Band zwischen den deutschnationalen Teilgewerkschaften wie dem „Reichsbund deutscher Eisenbahner“ (1906: 80 Ortsgruppen mit 5500 Mitgliedern), dem „Deutschen Handlungsgelhilfenverband“ (1906: 50 Ortsgruppen mit 3500 Mitgliedern) oder der „Deutschen Arbeiterjugend“ gefunden. 1906 erhielten diese Organisationen in der „Deutschen Gewerkschaftskommission für Österreich“ mit Sitz in Aussig (Ústí nad Labem) eine organisatorische Zusammenfassung. Zwei Jahre später entstand daraus die „Zentralkommission deutscher Arbeitnehmervverbände“ (1908), in der nach Berufen bzw. regionaler Herkunft die Eisenbahner, die Berg- und Textilarbeiter und die ländlichen Handwerker aus den böhmischen Industrievieren, die sich durch den Zustrom tschechischer Arbeiter in ihrer beruflichen Existenz bedroht fühlten, den größten Anteil stellten. Neben dem „Reichsbund deutscher Arbeitervereinigungen Österreichs“ war sie die zweite bedeutende deutschnationale gewerkschaftliche Organisation²²⁵). 1909 zählte die „Zentralkommission deutscher Arbeitnehmervverbände“ 21.482 Mitglieder. Die Zusammenarbeit zwischen den beiden deutschnationalen Arbeiterverbänden war nur von kurzer Dauer. Ein Jahr nach der Gründung entschloß sich die „Zentralkommission“ für ein Zusammengehen mit der nationalen „Deutschen Arbeiterpartei“ (1904), die keine Arbeiterpartei war, sondern in scharfem Gegensatz zur tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterorganisation stand. Dieser wiederum war mit der (tschechisch)national-sozialen Bewegung (politisch organisiert in der „Česká

²²³) ANDREW G[LADDING] WHITESIDE, Nationaler Sozialismus in Österreich vor 1918; in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 9 (1961) 333–359, hier 335 f.; DERS., Austrian National Socialism 64 ff.

²²⁴) PICHL, Schönerer VI 220 ff.

²²⁵) WHITESIDE, Austrian National Socialism 79 f.; [N.N.], Vom deutschen Volkstum und seinen Gegnern; in: Der getreue Eckart. Monatsschrift für die Gesamtinteressen deutscher Schutzarbeit 4 (1906) 75.

strana národně-sociální“ [Tschechische National-Soziale Partei]) unter ihrem spiritus rector Václav Klofáč, der im „National-Sozialismus ... eine moralisch-erneuernde Bewegung ..., die den Weg zu einer besseren menschlichen Gesellschaft ebnet“, erblickte, ein Mitbewerber um die Gunst der Arbeiterschaft erwachsen²²⁶). Das Auftauchen der radikalnationalistischen Gewerkschaften innerhalb der deutschen und der tschechischen Bevölkerung bedingte das Ende der Einigkeit im Arbeitermilieu. Jene Aufsplitterung, wie sie in den übrigen Bereichen der nationalen Verbandskultur und Parteienlandschaft schon bestand, hatte auch innerhalb der Arbeitnehmervertretungen Platz gegriffen.

5. Das cisleithanische Verbändewesen: Apokalyptischer Wegbegleiter oder staatsintegratives Element?

Die Geschichte der Vereine und Verbände in der Habsburgermonarchie, vor allem in seinem westlichen Teil, seit 1848 war eine Erfolgsgeschichte, und es war nicht zuletzt der Staat, der diesen Erfolg ermöglichte. 1914 erreichte das cisleithanische Verbändewesen, sowohl was seine Dichte als auch seine Differenzierung nach den Interessen anlangt, einen Höhepunkt. Begonnen hatte die Expansion nach 1880.

Mit dem „Eisernen Ring“ verfolgte die Regierung Taaffe seit 1879 eine Politik der „konservativen Modernisierung“ des Kaiserstaates, die auf die Ausgrenzung nichtkonformistischer Kräfte verzichtete und unter Anerkennung sowie Zuhilfenahme integrativer Elemente das Zusammenwachsen des fragilen Staatsverbandes zu intensivieren suchte²²⁷). Eines der Elemente war das Verbändewesen. Sein Auftreten bedeutete in der Entwicklung der politischen Verfassung Cisleithaniens einen tiefen Einschnitt.

Die Ursachen für den Gründungsboom von überregionalen Organisationen seit den achtziger Jahren waren vielfältig. Ein Grund war die tolerante Vereinspolitik. Durch eine freizügigere Handhabung des Vereinsrechtes verbesserten sich – abgesehen von den politischen Vereinigungen – nach 1867 die Entwicklungschancen für eine staatsweite Interessenorganisation. Dahinter verbarg sich das Bemühen der Staatsinstanzen, die system- und staatskritischen Kräfte unterschied-

²²⁶) BOHUSLAV ŠANTRŮČEK, Václav Klofáč (1868–1928). Pohledy do života a díla [Václav Klofáč (1868–1928). Einblicke in Leben und Werk] (Praha 1928) 53, zitiert nach DETLEF BRANDES, Die tschechoslowakischen National-Sozialisten; in: KARL BOSL (Hgg.), Die Erste Tschechoslowakische Republik als multinationaler Parteienstaat. Vorträge der Tagungen des Collegium Carolinum in Bad Wiessee vom 24. bis 27. November 1977 und vom 20. bis 23. April 1978 (=Bad Wiesseer Tagungen des Collegium Carolinum, München – Wien 1979) 101–154, hier 105; vgl. auch RUDOLF SIEGHART, Die letzten Jahrzehnte einer Großmacht. Menschen, Völker, Probleme des Habsburger-Reiches (Berlin 1932) 329.

²²⁷) Vgl. ARTHUR SCHLEGELMILCH, Konservative Modernisierung in Mitteleuropa. Preußen-Deutschland und Österreich-Cisleithanien in der „postliberalen Ära“ 1878/79 bis 1914; in: OTTO BÜSCH, ARTHUR SCHLEGELMILCH (Hgg.), Wege europäischen Ordnungswandels. Gesellschaft, Politik und Verfassung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts (Hamburg 1995) 21–70, hier 46 ff.

lichster Provenienz in den staatlichen Makrokosmos einzubinden und für dessen Modernisierung zu gewinnen. Das gelang nur bedingt, obwohl die Vereine und Verbände ein konstitutiver Teil der österreichischen Realverfassung geworden waren. Neben die Körperschaften öffentlichen Rechts (Handels- und Gewerbekammern, Landeskulturräte, Notariatskammer, Rechtsanwaltskammer, Ärztekammer), die als autonome Selbstverwaltungsinstitutionen zwischen Staatsverwaltung und privater Interessenvertretung agierten, waren als anerkannte Verhandlungspartner auch die Interessenverbände getreten. Das war die eine Seite. Die andere war dem nahezu diametral entgegengesetzt und betraf den Bereich, der nicht auf die Vertretung berufsspezifischer Interessen fixiert war, im besonderen die kulturpolitischen Organisationen. Im verhängnisvollen Konflikt zwischen den Nationalgesellschaften und dem Staat wurden jene Verbände, die den Vielvölkerstaat zu desavouieren versuchten, zu Kontrahenten des Staates. Zunächst wurde durch sie die Vorstellung vom Primat der Nation im politischen Alltag salonfähig gemacht. Mit der Emotionalisierung des „Unpolitischen“ fand über sie der Nationalismus Eingang in die Massen. Gegenüber den nationalen Denkmustern erwies sich die Vision, im Zeitalter der Nationalstaaten keine nationalen Gesellschaften und keinen nationalen Staat entstehen zu lassen, sondern an deren Stelle eine Vielfalt von Gesellschaften und Nationalitäten in einen Staat zu integrieren, als nicht mehr attraktiv. Trotz der Vorausahnung der Probleme, die sich aus der Demokratisierung seines gesellschaftlichen Gefüges ergaben, hielten die österreichischen Regierungen, wenngleich mit unterschiedlicher Intensität, am Kurs in die politische Moderne fest und garantierten einen „extrem großen staatsfreien Raum“, der den nationalen, kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklungen ein freies Betätigungsfeld eröffnete²²⁸). Sämtliche Nationalitäten, Konfessionen und sozialen Gruppen zogen für sich daraus einen Nutzen.

Damit scheint die These vom Auseinanderklaffen zwischen ökonomischer Modernisierung und politischer Immobilität während der Ära des „Eisernen Ringes“ fragwürdig. Gerade im Hinblick auf die Modernisierung des politischen Systems, zu deren Parametern u. a. die Organisation öffentlicher Interessen in Verbänden gehört, stellte die Ausbildung eines umfassenden Organisationswesens einen Fortschritt dar. Die Verbände mit ihren Zweigvereinen sorgten für ein erhöhtes Maß an Kommunikation und Organisationsbereitschaft. Indirekt wirkten sie damit auf die Veränderung der politischen Verfassung ein. Was in anderen Systemen die Parteien leisteten, wurde in Österreich zunehmend von den Verbänden wahrgenommen. Durch sie erhielt das politische System Cisleithaniens eine eigene Prägung. Neben den Parteien, mit denen personelle wie organisatorische Verflechtungen bestanden und deren Basis sie bildeten, entstand mit dem

²²⁸) Vgl. HELMUT RUMPLER, Elemente der „Moderne“ in der österreichischen Politik um 1900? Thesen zur Interpretation des politischen Systems der Habsburgermonarchie am Vorabend ihres Unterganges; in: EMIL BRIX, PATRICK WERNER (Hgg.), Die Wiener Moderne. Ergebnisse eines Forschungsgesprächs der Arbeitsgemeinschaft Wien um 1900 zum Thema „Aktualität und Moderne“ (Wien – München 1990) 84–91, hier 87.

Verbandssystem eine neben- und außerparlamentarische Konstante, die durch ihre internen Mechanismen der Entscheidungsfindung zu einer Schule parlamentarischer Beratungs- und Entscheidungsformen wurde. Verknüpft damit war die Demokratisierung des politischen Systems.

Der neue Verbandstyp, der an die Stelle des feudalen Honoratiorenverbandes getreten war, formulierte gegenüber der Staatsmacht politische, ökonomische wie gesellschaftspolitische Anliegen. Daß die Verbände bis 1914 zu einem Träger der politischen Partizipation und Bestandteil einer unter den Leitlinien der Demokratisierung und Parlamentarisierung subsumierten Neugestaltung der politischen Entscheidungsfindung wurden, war nur eine logische Folge eines zielorientierten Auftretens, das die Parteien nur als Erfüllungsgehilfen für die Durchsetzung der eigenen Interessen heranzog. Die Parteien wurden zum Werkzeug der Verbände. Es war deren Verdienst und weniger das der Parteien, die cisleithanische Gesellschaftsverfassung mit pluralistischen Elementen durchgesetzt zu haben. Solange der österreichische Parlamentarismus funktionierte, stellten sie allerdings den Primat der Parteien nicht in Frage. Im Gegensatz zu diesen nahm aber ihr Stellenwert innerhalb des Entscheidungsgefüges kontinuierlich zu. Als Organisationen im Vorfeld der Parteien rekrutierten diese aus ihren Reihen die Kandidaten für die Wahlen zu den öffentlichen Körperschaften ebenso wie das weltanschauliche Rüstzeug. In ihrem Kreise wurden die Richtlinien, die gegenüber den staatlichen Stellen und den Konkurrenzverbänden zu vertreten waren, festgelegt. Daher überrascht es kaum, daß nach der Jahrhundertwende, als die cisleithanische Reichshälfte in den Zustand der permanenten politischen Krise schlitterte und sich die Parteien in ihrer Arbeit selbst paralyisierten, die Verbände deren Position einnahmen. Aufgrund der Instabilität des österreichischen Parlamentarismus verschob sich die Entscheidungsfindung sukzessive in den außerparlamentarischen, staatsbürokratischen Bereich, wo die Verbände – stärker als vor der Jahrhundertwende – entscheidende Weichenstellungen vorzunehmen in der Lage waren. Die Mitarbeit in den Ministerialkommissionen und Beiräten (Zollbeirat des Handelsministeriums, Industrierat, Ständiger Arbeitsbeirat) bot sich als Möglichkeit einer Kooperation mit dem Staatsapparat an. Die Verbandskultur avancierte zu einem Element einer staatsverantwortlichen und systembejahenden Gesinnung²²⁹⁾. Auf diese Weise partizipierte man am Staat, wuchs in den Staat hinein und leistete einen maßgeblichen Beitrag dazu, daß der Vielvölkerstaat trotz der parteipolitischen Instabilität arbeits- und reformfähig blieb. Ihr Bestreben, als Partner von Abkommen und Vereinbarungen zu fungieren, sowie das Gefühl, in Krisenzeiten Zuflucht beim schützenden Staat zu finden, trug wiederum nicht unwesentlich zur Ausweitung der Bürokratisierung und des Staatsinterventionismus bei. In der Ökonomie mündete das in die Vorformen des „Organisierten Kapitalismus“²³⁰⁾, in der Sozialpolitik in einen sich an sozialpartnerschaftlichen Leitlinien orientierenden konsensualen Interessenausgleich.

²²⁹⁾ Vgl. SCHLEGELMILCH, *Konservative Modernisierung* 6.

²³⁰⁾ Vgl. SANDGRUBER, *Ökonomie und Politik* 293 f.

Die politischen, ökonomischen und sozialen Strukturveränderungen im österreichischen Kaiserstaat, die 1914 noch voll im Gange waren, waren von den Verbänden mitinitiiert worden. Schon während der ersten Gründungswelle im ökonomischen Sektor ab den siebziger Jahren zeichneten sie für weitreichende Reformimpulse verantwortlich. Als sich nach 1880 bzw. 1900 der Trend zu Organisierung in Verbänden verstärkte und auf andere gesellschaftliche Sektoren übergriff, zog das binnen dreier Jahrzehnte eine grundlegende Um- und Neustrukturierung der Einfluß- und Machtsphären im cisleithanischen Staat, zu dem sich die unterschiedlichsten Einstellungen herausbildeten, nach sich. Vor allem traten die Verbände während der Umbruchsphase von den feudal-agrarischen bzw. vorkapitalistisch-gewerblichen Wirtschafts- und Lebensformen zum industriellen Agrarstaat in der Auseinandersetzung um die Macht im Staate als Interventoren der unterschiedlichsten Interessen auf. Moderne wie antimoderne Ideologien instrumentalisierten die überregionale Erfassung von Interessen in Form des Verbandes für ihre Zielsetzungen. Mit der auf breiter Front einsetzenden Mobilisierung sämtlicher Bevölkerungsschichten entstanden über die Verbände und deren Zweigvereine neue politische Kraftfelder. Aus dem hochgradigen Spannungsverhältnis der Verbände gegenüber den staatlichen Instanzen wie untereinander resultierte eine politische, ideologische und gesellschaftliche Dynamisierung des Vielvölkerstaates. Sie vermittelten sozial- und demokratiepolitische, weniger ökonomische Reformgedanken.

Jedoch verstärkte das Verbändewesen nicht nur die Tendenzen zur Politisierung sowie zur politischen Partizipation und Emanzipation breiter Bevölkerungsschichten. Wo sie ein Werkzeug der Nationalitäten wurden, rissen sie tiefe Gräben in das Staatsgefüge. In den Massen hinterließ das Agieren der nationalen Organisationen immer deutlichere Spuren der Destruktion. Mit dem Aufbau kollektiver Bewußtseinsinhalte und Solidarisierungsmuster unterstützten sie die nationale Identitätsbildung und destabilisierten den Vielvölkerstaat „von unten“. Das über sie geschaffene Netzwerk nationaler Identifizierung stellte sich angesichts des sich verstärkenden staatsverneinenden Charakters als mitentscheidender Faktor der staatlichen Desintegration heraus. Das gelang umso leichter, als ein starkes, in überregionalen Verbänden organisiertes, übernational, reichsloyal und dynastisch denkendes Österreichertum fehlte²³¹). Mit Einschränkungen läßt sich ein solches Bekenntnis bei den Wirtschaftsverbänden, die allerdings nicht nur Vertreter einer Reichseinheit, sondern auch Hindernisse für die ökonomische Modernisierung waren, beobachten. Wenn auch bei ihnen zum Teil germanophile Tendenzen nicht zu übersehen sind, orientierte sich ihr wirtschaftspolitisches Programm – zwar mehr aus Kalkül und Eigennutz denn aus Überzeugung – in Summe doch am österreichischen Gesamtstaat. Eine Politik der Nationalisierung der cisleithanischen Volkswirtschaft, was eine Partikularisierung und

²³¹) PETER URBANITSCH, *Pluralist Myth and Nationalist Realities: The Dynastic Myth of the Habsburg Monarchy – a Futile Exercise in the Creation of Identity?*; in: *Austrian History Yearbook* 35 (2004) 101–141.

Verkleinerung des Großwirtschaftsraumes bedeutet hätte, kam für sie nicht in Frage. Ihre wirtschaftspolitischen Ziele strebten vielmehr das Gegenteil an. Mittelbar stützte ihr Schutzzoll-Programm sogar den Gesamtstaatsgedanken. Die Forderung nach dem Schutz der eigenen Volkswirtschaft gegenüber der ausländischen Konkurrenz schloß als Sekundäreffekt den Ausbau des Binnenmarktes und als Konsequenz daraus die Integration der peripheren Räume in das Staatsganze ein. Daß sich dieses Konzept der Schaffung eines starken Binnenwirtschaftsraumes als fester Rahmen für den österreichischen Kaiserstaat als zu wenig anziehend erwies, lag an der Kraft des Nationalismus, der seitens der diversen Schutzvereine stimuliert wurde und auf die Massen eine faszinierendere Anziehungskraft ausübte als die Idee des Großwirtschaftsraumes. Die von den nationalen Verbänden ausgelöste Ekstase überbot die Rationalität der ökonomischen Verbände.

Als zusätzliches, das Staatsgefüge belastendes Problem gesellten sich zur nationalen Polarisierung noch die parteipolitischen Gegensätze, die über die Verbände ausgetragen wurden. Sie zeichneten dafür verantwortlich, daß das Lager-Denken über die Parteien in alle Bevölkerungsschichten getragen wurde. Die eigentliche Politisierung erfolgte nicht in den Parteien, sondern in deren Vorfeldorganisationen, die eine unverzichtbare Grundlage für die parteipolitische Arbeit bedeuteten. Erst mit ihrer Einbindung in die Parteiorganisation erzielten die anfangs noch lose organisierten Parteien eine Massenwirkung.

Fragt man nach den Impulsen, die bis 1914 von den überregionalen Organisationen ausgegangen sind, bleibt festzuhalten, daß diese trotz des ihrerseits initiierten Paradigmenwechsels hin zu einer moderaten Modernisierung die Zukunftsperspektiven des österreichischen Kaiserstaates nicht verbaut, aber auch nicht entscheidend verbessert haben. Schwerwiegend war, daß sie letztlich den Partikularinteressen gegenüber der gesamtstaatlichen Verantwortung Vorrang einräumten. Daher verwundert es nicht, daß sie sich am Ende für das Überleben der Monarchie kaum, und wenn, dann nur halbherzig, engagierten. Mit ihrer Staats- und Systemkritik, die bis zur Staatsverneinung ausgeweitet wurde, mit der Ausbildung gruppenspezifischer Interessen sowie mit der Eskalierung der nationalen Auseinandersetzung arbeiteten sie bereits vor 1914 jenen Kräften in die Hände, die 1918 die Wende zum Nationalstaat vollzogen.